



# Der Schulungsbrief

Deutschland

Werden · Wesen · Wirken

❖  
Zweiter Teil

H  
Herausgeber: Der Reichsorganisationsleiter der NSDAP.







Februar 1938  
V. Jahrg. • 2. Folge



# Der Schulungsbrief

Das zentrale Monatsblatt der NSDAP. und DAF. (Hauptschulungsamt der NSDAP. und Schulungsamt der DAF.) herausgeber: Der Reichsorganisationsleiter

---

**W**ir haben alle gemeinsam nur etwas besessen:  
eine unbändige Liebe zu unserem Volk und einen uner-  
schütterlichen Glauben an seine Wiederauferstehung.  
Und heute ist Deutschland wirklich wieder aufgestanden,  
aufgestanden als unser Werk . . .

Zusammengefaßt sind wir alles, nach einem Befehl  
unüberwindlich, aufgelöst in einzelne gar nichts!  
Wir wollen aber auch in Zukunft Deutschland sein!

Der Führer (Reichsparteitag 1937)



# Wilhelm Heinrich Riehl

## Das Studium des Volkes der Anfang aller Staatswissenschaften

„Volk ist niemals bloß Gegenwart“

Sein 40. Todestag, am 16. November 1937, gab besonderen Anlaß, dieses hervorragenden Mannes und seines Werkes zu gedenken, der 1823 in Wiebich bei Wiesbaden geboren wurde. Übereinstimmend wurde die gegenwartsnahe Bedeutung Riehls festgestellt und der Wert seines Werkes für das nationalsozialistische Deutschland betont. Wilhelm Heinrich Riehl hat mit seinem Lebenswerk in reichstem Maße erfüllt, was er sich als 21-jähriger vorgenommen hatte. Er gab 1844 das von seiner allein stehenden Mutter nur mit schwersten Opfern ermöglichte Theologiestudium auf, um sich ganz dem bis dahin noch unbekannten „Studium unseres Volkes und seiner Gesittung“ zu widmen. Riehl hat sich mit dieser Arbeit unschätzbare Verdienste um die deutsche Volkserforschung erworben. Wir zählen ihn zu jenen Männern des vergangenen Jahrhunderts, deren Bedeutung erst in unserer Zeit ganz verstanden und voll gewürdigt wird und deren Werk wir als eine lebendige Macht neben uns bei unserer Arbeit wissen.

Auf weiten Fußwanderungen, die durch ganz Deutschland führten, hatte Riehl, „der Wanderer des 19. Jahrhunderts“, sich jene gründliche Kenntnis vom deutschen Volk und Land erworben, die eine Voraussetzung seines Werkes bildet und dieses so lebendig macht. Er wurde so vom Wanderer durchs Land zum sitzenden Wanderer durch das Leben und den Geist des deutschen Volkes. Sein Ziel wurde „das Studium des deutschen Volkes und die Ergründung der Naturgesetze des Volkslebens“. Nach der anfänglich freudigen Aufnahme seiner Werke, wie: „Land und Leute“ (1853), „Die Familie“ (1855), „Kulturgeschichtliche Novellen“ (1856), „Die Pfälzer“ (1857), „Kulturstudien aus drei Jahrhunderten“ (1859), wird die Klöße immer größer, die Riehl vom Geiste des ausgehenden 19. Jahrhunderts trennt. Der hemmungslose Fortschrittsstau, die von fremden Kräften selbstbewußt geschürte und geführte Zerfegung des deutschen Lebens geht auch über Riehls Werk, über sein strenges, volkstüftes Denken instinktilos und fakt hinweg. Der Liberalismus leugnet jene völkischen Kräfte und Bindungen, denen Riehl das Wort gesprochen hat. Erst die Nähe des Abgrundes, erst der vollständige Zusammenbruch des Liberalismus und seine Überwindung durch die nationalsozialistische Bewegung haben ein neues Verständnis und eine echte Würdigung W. H. Riehls möglich gemacht. Deshalb steht

er heute wieder mitten unter uns, und sein Werk, das in den vergangenen vier schicksalsschweren Jahrzehnten eine so ungeheure Rechtfertigung erfährt, beweist endgültig seine Lebenskraft.

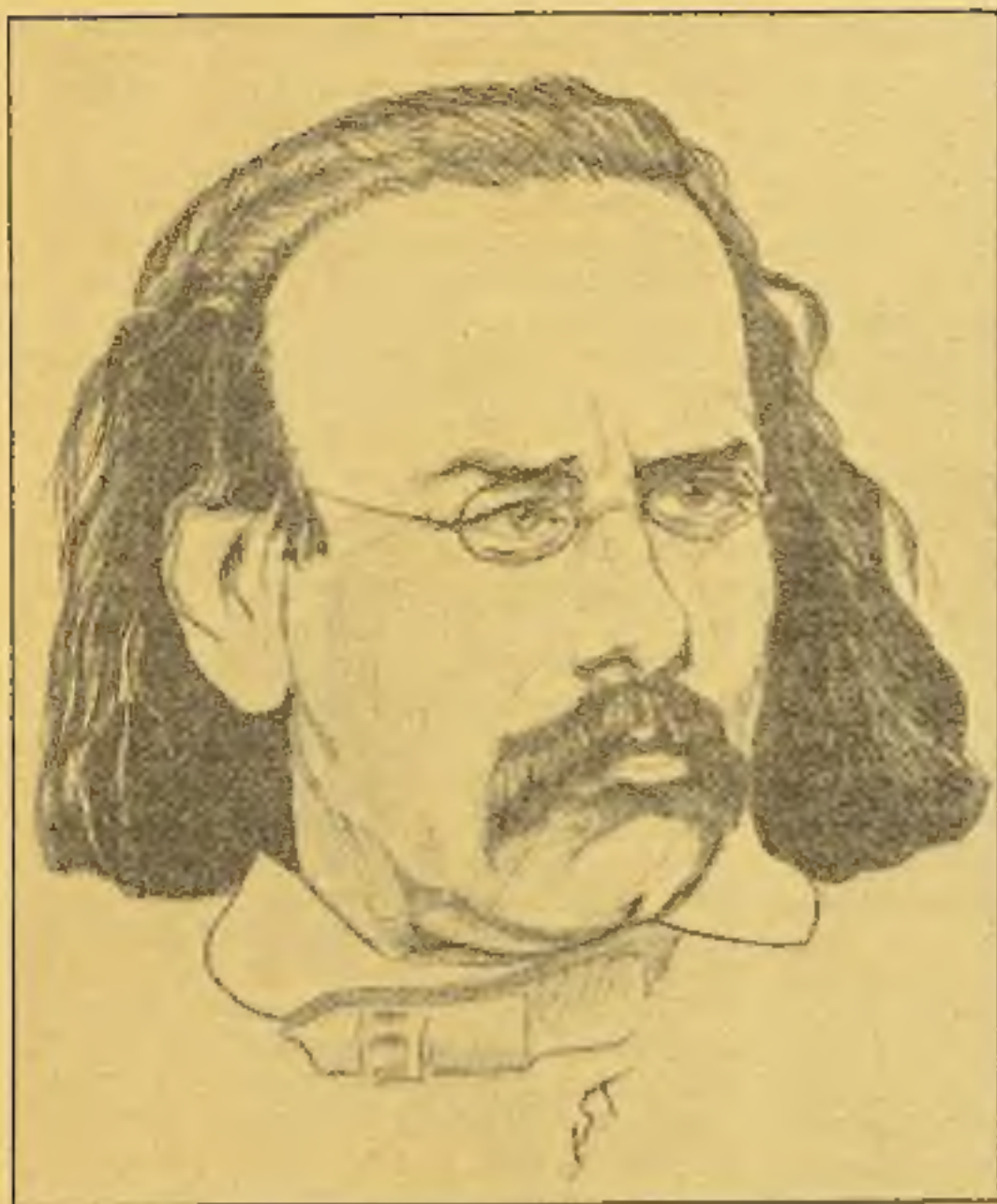
Riehls Arbeitsgebiete waren sehr vielseitig.

Seit 1845 war er Schriftleiter in Frankfurt, Karlsruhe, Wiesbaden und Augsburg. Im Jahre 1854 wurde er Professor der Staatswissenschaften und 1859 für Kulturgeschichte an der Universität München. Seit 1885 dann auch Direktor des Bayerischen Nationalmuseums und Generalkonservator der Kunstdenkmäler und Altertümer Bayerns. Er nannte seine Arbeit eine Beschäftigung mit „sozialer Volkskunde“, „Kulturstudien“ und „Dichterische Beschäftigung“.

So verschieden die Gebiete scheinbar auch sind, auf denen Riehl gearbeitet hat, so tragen doch alle seine Arbeiten ein gemeinsames, kennzeichnendes Merkmal: Die nahe Verbindung zum Volke! Das macht sie so lebenserfüllt und läßt sie trotz ihrer Vielfalt doch zu einer Einheit werden. Volkskunde, Kunst- und Kulturgeschichte, Volkswirtschaft, Philosophie, Musik, Religion, musikgeschichtliche und novellistische Arbeiten wachsen hier zu jener „harmonischen Totalität des Wissensfeldes“ zusammen, von der Riehl selbst einmal spricht, und die bei ihm in Volk und Volkstum ständig ihren gemeinsamen und beherrschenden Mittelpunkt findet. Riehl hat mit seinem Werke in einer Zeit, da Volk und Wissenschaft sich bereits in verhängnisvoller Weise voneinander entfernen, ein Beispiel völkerverbundener Wissenschaft gegeben, das auch heute noch vorbildlich ist. Zu diesem ersten Wesensmerkmal des Riehlschen Werkes gesellt sich ein zweites, das entscheidend ist für Riehls Stellung in der geschichtlichen Entwicklung der deutschen Volkstumsforschung: Die bewußte Hinlebe zur Gegenwart und ihren Aufgaben! Diese politische Zielsetzung, die manchmal fast als ein Versuch politischer Willensbildung erscheint, ist es in besonderem Maße, was Riehls Werk mit unserer Zeit verbindet.

Die hier nur ganz kurz mögliche Behandlung einiger Teilgebiete wird die angeführten Grundgedanken zu der Lebensarbeit dieses großen Forschers noch deutlicher hervortreten lassen. Aus der deutschen Volkskunde ist W. H. Riehl jedenfalls heute schon nicht mehr wegzudenken, seine Bedeutung als einer ihrer entscheidenden Beobachter und





Wilhelm Heinrich Riehl

Nach einer Zeichnung f. d. RSB. von J. Straub

Mitbegründer steht endgültig fest. So finden beispielsweise die beiden grundlegenden Forderungen Riehls erst heute ihre reifliche Erfüllung, nachdem konfessionelle oder liberale Interessen und Vorurteile sich nicht mehr wie bisher entgegenstellen können: „Die Volkskunde ist gar nicht als Wissenschaft denkbar, solange sie nicht den Mittelpunkt ihrer zerstreuten Untersuchungen in der Idee der Nation gefunden hat.“ Die Tatsache, daß heute noch ehemalige Zentrumsprälaten mit großangelegten und konfessionell bestimmten „Volkskunde“-Unternehmen ihre eigene Art von Volkskunde betreiben (Georg Schreiber, Münster) zeigt, wie notwendig wir völkisch zuverlässigere Quellen brauchen. Riehl will aber — und das ist seine zweite grundsätzliche Forderung — diese Volkskulturen nicht als eine unverbindliche und vielleicht rührselige Beschäftigung mit Altertümern betrachtet wissen, sondern stellt entscheidende politische Forderungen. Er verlangt und weist den Weg von der Kenntnis zur Erkenntnis und von dieser zur politischen Tat! Auch mit dieser Haltung steht Riehl wieder mitten unter uns und spricht eines der höchsten Ziele unserer nationalsozialistischen Volkskunde aus. Diese wird zur „Vorhalle der

Staatswissenschaft“ und das Studium vom deutschen Volke nach Riehls bekanntem Worte zum „Anfang aller Staatsweisheit“.

Seinen Wanderungen dankt Riehl u. a. zu einem großen Teile seine Kenntnis vom Wesen deutschen Bauerntums und die daraus folgende Erkenntnis von dessen ungeheurer politischer Bedeutung für Volk und Staat!

Er erkennt in ihm den Träger der völkischen Überlieferungswelt, in dem allein noch „die Geschichte alten, deutschen Volkstums lebhaftig in die moderne Welt herüberragt“, er sieht in ihm den treuesten Träger jener Werte und Bindungen, die im Liberalismus des Zweiten Reiches allenthalben angegriffen werden, ohne die aber doch das deutsche Volk nicht leben kann. Vor allem aber erkennt Riehl im Bauerntum und in der Familie den Lebensquell des deutschen Volkes und erntet daraus beider politische Bedeutung.

Riehls Arbeit galt jedoch nicht nur einem Stande, sondern immer dem Volke in seiner Ge-

samtheit. Er mußte auch von der Notwendigkeit einer deutschen Sozialpolitik. Diese bildete sein Hauptanliegen, dem alle seine volkswissenschaftliche Arbeit dienen sollte. In einer für seine Zeit kaum zu wertenden Sicherheit erkannte Riehl die immer drängendere soziale Frage und wußte vor allem, daß diese für den deutschen Arbeiter nicht nur in einer Lohn-, sondern mehr noch in einer Gefühlsfrage bestand. Heimat und Gemeinschaft war ihm wiederzugeben — und deshalb forderte Riehl als einer der ersten die nationale Lösung der sozialen Frage.

Während nun die wissenschaftliche Arbeit Wilhelm Heinrich Riehls heute allgemein gewürdigt wird, sind seine Erzählungen noch in weiten Kreisen unseres Volkes völlig unbekannt. Und doch hat Riehl selbst diese sehr hoch eingeschätzt, sie sogar einmal als das Dauerhafteste bezeichnet, das er geschrieben habe, Kleinbilder deutschen Lebens, in denen das gestaltet wird, was das deutsche Volk in einem Jahrtausend seiner Geschichte bewegte.





# Deutschland

Was wir Vaterland nennen, wird jenseits der Reichsgrenzen, die nicht die Volksgrenzen sind, von unseren Volksgenossen häufiger Mutterland genannt.

Vater- und Mutterland sind im letzten Sinne dem Begriffsgleich, was wir in die neue Formel „Blut und Boden“ geprägt haben: Leben und Land, Schicksal und Scholle, Ahnen und Eitel, Blut und Boden, Vater- und Mutterland ...

Beider Begriffe Kind ist unser Volk.

Vor einem Jahrhundert noch war es nur das Vorrecht einiger völkischer Scher, zu erkennen, daß „ein Volk zu sein, die Religion unserer Zeit“ ist (E. M. Uendt). Vor einem halben Jahrzehnt noch konnte die Ankündigung der Einsetzung eines Reichstatthalters in Bayern von den schwarzen Vertretern einer überwundenen Zeit mit schweren Drohungen gegen die Reichseinheit Rumpfdeutschlands beantwortet werden. Heute scheint uns jeder, wenn auch noch so ernst gemeinte Versuch, irgendein Stammesinteresse gegen die Volks- und Reichsgemeinschaft auszuspielen, geradezu lächerlich. Die Volkwerdung der Deutschen ist das Große unserer Zeit. Aus der Volkwerdung wird ein neues Sendungsbewußtsein erwachsen, wie es notwendig ist, um unserem Kontinent seine Geltung auch in Zukunft zu erhalten.

Volkwerdung ist das Vergessen der einzelnen Stämme um des gemeinsamen Volkstums willen, das Vergessen der Parteien um der Nation willen und die Überwindung jeder Verzweiflung durch das neue gemeinsame Selbstvertrauen. Es gibt keine zweite Macht Europas, deren Staatsvolk mit gleichem Blut auch nur annähernd so groß wäre, wie das deutsche Volk. Die Lage Deutschlands und die Zerrissenheit dieser gewaltigen Gemeinschaft bewahrt uns vor hurrapatriotischem Mißbrauch dieser Vorrangstellung unter den Völkern Europas. Aber das kann andererseits nicht heißen, daß wir sie vergessen dürfen, das größte Volk Europas zu sein.

Jede Größe ist nur halb, wenn nicht auch die entsprechende Tiefe hinzukommt. Wie aber die Größe der neuen Nation das Werk aller Deutschen ist, vom unbekannten Soldaten im grauen und braunen Rod bis zu der unbekannten Mutter jenes Jungen, der heute singend besenkt „Wie ein Dom steht unser Staat“, so muß auch die Tiefe der Begriffe Deutschland und deutsches Volk von allen Deutschen gesucht und mehr denn

je erkannt werden. Wie im Kampf um die Größe Deutschlands, soll nun auch in dem völkischen Ringen um die Tiefe seiner Erfassung Deutschlands ärmster Sohn als sein getreuester erkennbar sein. Darum komme man uns hier nicht mit dem Bedenken: Was soll die Zweihunderteinhalb-Millionen-Auflage der Schulungsbrieife nun sogar in zwei Folgen mit einer so tiefgehenden Untersuchung der Begriffe Deutschland und deutsches Volk, wie sie doch nur den Wissenschaftler und den Politiker interessieren wird? ...

Mein Freund, wenn uns Deutschland auch in der breitesten Masse unseres Volkes endlich mehr als eine schöne patriotische Angelegenheit des guten Tones und der allgemeinen Bildung zu sein beginnt, dann muß auch die Millionenmasse der Volksgenossen und nicht nur einige Bevorzugte die Tiefe und den Reichtum des Begriffes Deutschland kennenlernen.

Wenn Deutschland in unserer Zeit erstmals im ganzen Volke eine gleiche programmatisch klare Zielsetzung geworden ist, ja dem ganzen Volke ein gemeinsamer Glaube zu werden beginnt, dessen Befenner seit Langemarck zu Millionen das Blutzeugnis erbracht haben in einem ununterbrochenen Bluten von 1914 bis heute, dann ist es wahrhaftig an der Zeit, durch Schulung auch sachlich erkennen zu lassen, daß Deutschland mehr ist als ein Länderräume.

Es soll in dem neuen Volkreich der Deutschen kein Vorrecht viel glücklicher und wenig verstandener Dichter bleiben, erkennen zu lassen, weshalb keiner zu gut ist und keiner fehlen darf in entschlossener Bereitschaft alles freudig oder wenigstens in bewahrter Entschlossenheit einzusetzen für das, was wir durch den Führer wiedergewonnen haben von dem Ewigen Deutschland unserer Träume. Freudiger Einsatz, auch wenn der Alltag seine Sorgen hat! Gerade weil wir mehr als andere Völker durch das Vaterland vor besondere Sorgen und Nöte gestellt werden, die es heute genau wie seit Jahrhunderten zu meistern gilt, wächst unsere stolze Liebe. Not von innen, Reid von außen, beiden trohend unsere Liebe. Diese Liebe ist nicht irgendein aus historischen Beispielen bekanntes Interesse an einem Lande, da Milch und Honig fließt, unsere Liebe ist herbharte Treue, vergleichbar der heldischen Verbundenheit des Hailigbauern zu seiner ständig umbrandeten, täglich begehrten und ständig angekehrten, meist zu engen Scholle.

In der Tat, man muß schon einmal gewissenhaft verfolgen, was wir als Volk in tausend Jahren verloren haben, was man uns vor-enthielt und worauf wir heute noch gerechten Anspruch haben, um voll würdigen zu können, was wir seit 1933 durch den Führer gewonnen





# Die deutsche Not.

Wie kein anderes Volk Europas  
müssen wir den Raum zu meistern  
suchen, ehe er uns meistert.

Oben:  
Selbst höchstes Gebirgsgefände muß der  
Rebelsdienst kultivieren

Unten:  
Die geniale Festigung der deutschen Raum-  
und Volksgemeinschaft durch die Autobahnen  
des Führers

Aufn.: H. Bittner, Berlin  
E. Landwehr-Dirksen, Berlin





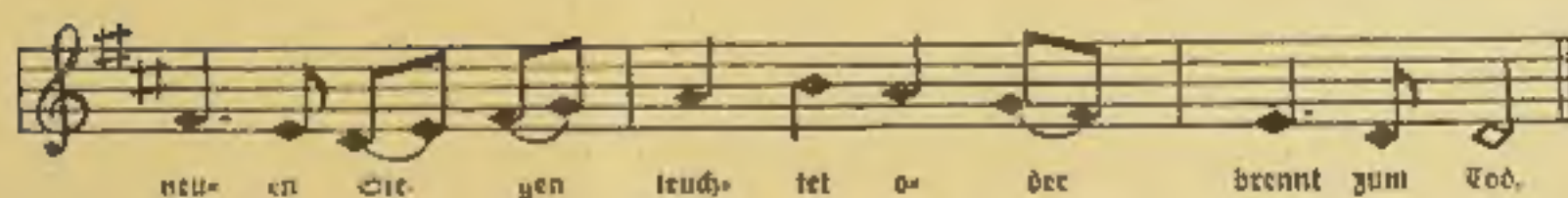
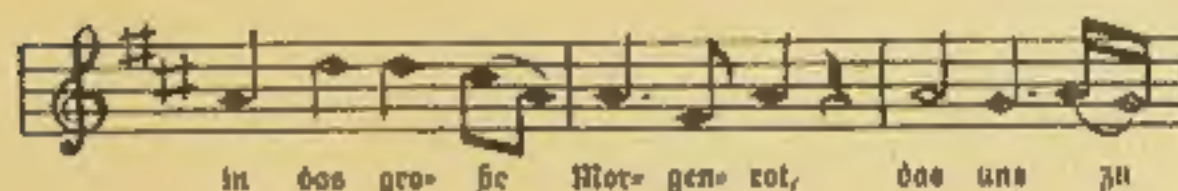
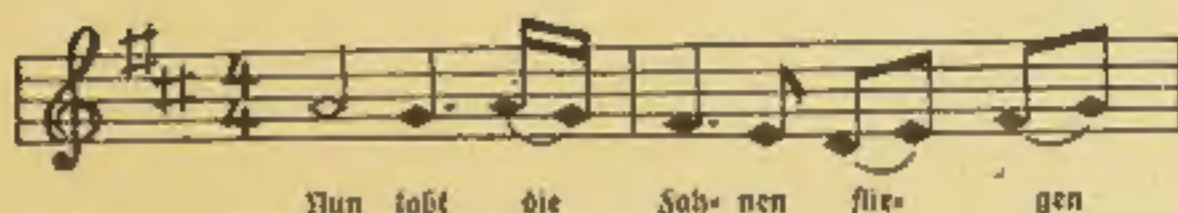


Ein schöner Land

Aufn.: H. P. Meisdike, Berlin



# Nun laßt die Fahnen fliegen



Denn: mögen wir auch fallen —  
wie ein Dom steht unser Staat.  
Ein Volk hat hundert Ernten  
und geht hundertmal zur Saat.

Deutschland, fleh uns, wir weihen  
dir den Tod als kleinste Tat,  
grüßt er einst unser Reichen,  
werden wir die große Saat.

Drum laßt die Fahnen fliegen  
in das große Morgenrot,  
das uns zu neuen Siegen  
leuchtet oder brennt zum Tod.

Text und Melodie von Hans Baumann



und mit Hilfe des so Gewonnenen aus der Kraft unserer wachsenden Volksgemeinschaft noch erhoffen dürfen.

Je mehr wir die Bedeutung der überalltäglichen Gewinne des Dritten Reiches an der an Band und Blut so unerhört verlustreichen Geschichte Deutschlands vergleichen, desto leichter wird es uns, den leidigen Alltag zu meistern. — Das Kartenbild vom Reich, wie es am größten war, und die Erdkugelaufbildung mit dem Mißklang der heutigen liberalistisch-jüdischen Erbauteilung soll immer mehr jedem Deutschen täglich vor Augen stehen.

Was wir bis heute gewonnen und was immer wir um des freien Lebens unserer Kinder willen noch erringen müssen, das lernen wir aus dem, was wir und unsere Väter verloren haben. Darum wird diesem zweiten Deutschland-Heft ein Versailles-Heft folgen und sodann ein Schulungsbrief uns zeigen, wieso und weshalb wir das in ganz Europa einzigartige Recht haben, uns als Hundertmillionenvolk bezeichnen zu dürfen. Wenn der Schulungsbrief

diese Erkenntnisse einer so großen Leserschaft vermittelt, dann wird damit auch das geistige Vorrecht jener gewinbert, die Zeit und Geld genug haben, sich die einschlägigen, meist nicht billigen Werke selber zuzuführen. Indem der Schulungsbrief dem Volksgenossen sorgfältig bearbeitetes wertvolles Ausgangsmaterial aus großen Werken billigt liefert, kommt er nicht allein dem Wissensbedürfnis und Bildungshunger der schaffenden Volksgenossen entgegen, sondern er sucht damit zugleich im Rahmen seines Bereiches zu beweisen, daß der Sozialismus der NSDAP. auch auf geistigem und wissenschaftlichem Gebiete das Beste als gerade noch gut genug für jeden Volksgenossen ansieht. Eine wahrhaft völkerverbundene Wissenschaft wird das zu schätzen wissen. Nur ein solches Forscherturn kommt für uns in Frage, wenn wir uns nun an unsere Freunde wenden mit der Aufforderung zur Mitarbeit an der Vertiefung der Erfassung des Begriffes Deutschland. Zeiten soll uns und alle zur Mitarbeit Bereiten dabei allein das Programm der NSDAP. und der Wille des Führers.

W. H. RIEHL:

## Familie und Staat

Die Familie ist uns nicht bloß religiös, sondern auch sozial und politisch ein Heiligtum. Denn die Möglichkeit aller organischen Gliederungen der Gesellschaft ist in der Familie im Keim gegeben, wie der Eichbaum in der Eichel steht.

In der Familie ist gegründet die sozialpolitische Potenz der Sitte, aus welcher das Gesetz hervorgewachsen ist. Die Familie ist überhaupt die notwendige Voraussetzung aller öffentlichen Entwicklung der Völker. Die Familie antasten, heißt aller menschlichen Gesittung den Boden wegreißen.

Der Staat setzt die Familie voraus, aber er ist keineswegs, wie man oft behauptet, die erweiterte Familie, noch ist der Organismus der Familie schlecht hin ein Vorbild des Staatsorganismus.

Die Familie ist nur das natürliche Vorgebilde der Volkspersönlichkeit. Beide sind, gleichsam als Naturprodukt unserer geschichtlichen Entwicklung, bestimmt durch die Idee der Sitte; der Staat dagegen ruht auf der Idee des Rechtes.

Hausregiment und Staatsregiment sind zwei grundverschiedene Dinge. Dennoch reißt der Verfall des Hausregiments auch das Staatsregiment unrettbar mit sich fort.

Es gehört zu den reizvollsten Aufgaben der Philosophie wie der Staats- und Volkswissenschaft, die öffentlichen Rechtsgewohnheiten der Völker mit den

Resten der überlieferten Familiensitten zu vergleichen, auf daß man innerwerde, welcher geheimnisvoller Austausch zwischen der Sitte des Hauses und der nationalen Gesetzgebung besteht. Da kann man ahnend hinabschauen in die unergründliche Tiefe des Seelenlebens der Nationen. Ein Volk, welches nicht mehr fähig ist, Hausregiment zu führen und zu ertragen, kann auch mit keinem Staatsregiment mehr zurechtkommen. Und doch sind Hausregiment und Staatsregiment grundverschiedene Dinge geworden. Je gefestigter die Sitte des Hauses, um so gefestigter ist das Gesetz. Im achtzehnten Jahrhundert entwickelte sich auch bei uns der Geist der Familienlosigkeit: der Polizeistaat und die sozialistische Standeslosigkeit folgte im neunzehnten; nun wird die Umkehr folgen müssen oder der Ruin.

Es ist aber Sitte des Hauses gerade derjenige Punkt, wo jeder einzelne Großes wirken kann, um (mit einem Modeausdruck) „die Gesellschaft zu reformieren“, tüchtigen Bürgerinn zu wecken, einen echt konservativen und loyalen Geist im Volke zu begründen, das Staatsregiment zu stärken. Die höchste Aufgabe für den Neubau der halb zertrümmerten Gesellschaft ist für jeden gegeben in der Erneuerung der Familiensitten. Selbst dem Frauen ist hier das Reich ihrer politischen Wirksamkeit angewiesen. Statt über neue Verfassungen zu phantasieren, wollen wir unsere Familie wieder in Zucht und Ordnung bringen, dann sind wir auch politische Männer. Wer den Teufel bannen will, muß selber rein sein.

Im eigenen Hause müssen wir uns zuerst rein machen.



# Anderthalb Jahrtausend Politik ohne Volk

## Die Auflösung der genossenschaftlichen Lebensordnung von der Völkerwanderung bis zum Zweiten Reiche

Durch Adolf Hitler und seine Gefolgschaft ist das Volk Ausgangspunkt und Ziel der deutschen Politik geworden. Alle anderen Gesichtspunkte „Politik“ zu treiben, ob dynastisch, Herrschel, kapitalistisch oder marxistisch, wurden als das erkannt, wozu sie allein tauglich sind: als volks-schädliche Politisierungen.

Die bedingungslose Ausrichtung des politischen Denkens am Volk ist in ihrer weitreichenden Bedeutung nur von der Kenntnis der Geschichte her zu verstehen. Nichts vermittelt besser als die Geschichtskennntnis ein wirkliches Wissen um Ursprung und Herkunft der reaktionären Politisierungen der Gegenwart, gleichgültig in welcher Maske sie auch auftreten. Im Spiegelbilde der geschichtlichen Tatsachen tritt uns ihr wirkliches Gesicht und ihre verderbliche politische Absicht schonungslos entgegen; ihre Wurzeln liegen bloß, und immer wieder zeigt sich derselbe Nährboden, auf dem sie wuchern konnten: das mangelnde Volksebewußtsein und die sich daraus ergebende deutsche Zwietracht.

Und noch mehr: unter Blick für die Bedeutung der nationalsozialistischen Politik wird durch den Blick auf die Geschichte unendlich vertieft. Wir erkennen plötzlich, daß in unserer Gegenwart eine mindestens anderthalb Jahrtausend alte Verfallstendenz aufgehalten und zum Gegenteil gewendet wird. Heute wird politischen Verfehlern, die sich 15 Jahrhunderte erhielten, Einhalt geboten, und Mächten, die in dieser Zeit ununterbrochen an ihrer Macht-ergreifung über das deutsche Leben zumerkten, werden die Herausforderungen ihrer Schädlingearbeit genommen. Grundlagen werden geschaffen, die es Kindern und Kindeskindern ebenso wie uns selbst ermöglichen, das ewige Leben unseres Volkes weiterzutragen und jede Bedrohung der deutschen Lebenskraft siegreich abzuwehren.

Wenden wir uns der nächsten Sprache der Tatsachen den Weg durch die Geschichte.

Die Begegnung mit der Mittelmeerwelt gestaltete bei allen deutschen Stämmen verhängnisvolle Folgen. Die Germanen lernten den Herrschaftsapparat des spätrömischen Weltreiches kennen. Sie traten in eine Welt des rassistischen Verfalls und der Entartung und sahen sich jener eigenartigen Mischung hochentwickelter Zivilisation und komplizierter Verwaltungsformen mit charakterlicher Unzulänglichkeit und intellektueller Verschwendlichkeit, wie sie alle Verfallszeiten kennzeichnen, gegenüber. Da war vieles, was dem Germanen neu war und seinem aufgeschlossenen Geiste verwendbar schien, aber da war auch vieles, was ihn taufte und blendete, und da war anderes, was er einfach brauchte und verwenden mußte, nachdem er sich darauf eingelassen hatte, ganze Teile des Weltreiches herrschaftlich zu übernehmen.

Wir wollen diesen Vorgang bei dem fränkischen Stamme verfolgen; denn dieser war es, der seit Chlodwig aus dem Hause der Merowinger (481) bis zu Kaiser Karl (und zwar im Jahre 804) sämtliche deutschgebliebenen Stämme unter seiner obrigkeitlichen Gewalt vereinte und dadurch für die deutsche Geschichte von ausdehnender Bedeutung wurde. Es sind hier insbesondere folgende Erscheinungen, die einen tiefen Einschnitt in die alte Verfassung der deutschen Gefolgsordnung darstellen:

### 1. Die rassistische Verschlechterung der fränkischen Gefolgsordnung.

Die deutschen Stämme hatten zum erheblichen Teile das spätrömische Rassengetusch als politische Herrschaft überlagert. Sie lebten nach ihrem eigenen alten Blutsrechte und ließen der überlagerten Bevölkerung das herkömmliche Rechtsleben. Die Zeit zerstörte aber diese strenge Trennung, und wir bemerken dreierlei:

a) Das Haus der Merowinger ging eine Vermischung mit Frauen ungerer Herkunft ein und ver-



fiel dadurch einer zunehmenden Degeneration. Die Folge war nicht nur sein späterer Sturz, sondern bereits während seiner Herrschaft die Entstehung eines fränkisch- spätromischen Mischrechtes.

b) Das königliche Gefolge, das die Kerntruppe der öffentlichen Macht darstellte, wurde durch die Erhebung Freigelassener rassistisch veredeltert. Abgesehen davon, daß die vornehmsten römischen Provinzialen zu politischen Beratern erhoben wurden, gelangten die meist münderrassigen Freigelassenen auch zu den wichtigsten Ämtern der Staatsorganisation, insbesondere zum Grafenamte.

Das gibt z. B. aus der Lex Ribuaria (741–747) hervor, die im 53. Abschnitt folgende Bestimmungen enthält:

1. Wer einen öffentlichen Richter, den man Gaugrafen nennt, tötet, werde mit 600 Schillingen bestraft.
2. Ist aber ein Königsknabe oder ein Freigelassener die zu dieser Stellung aufgestiegen, dann beträgt die Strafe nur 100 Schillinge.

c) Innerhalb der kirchlichen Immunität, die den Bischöfen und Äbten die Gerichtsbarkeit verschaffte, sind bereits im Anfang des 6. Jahrhunderts durch die Kirche Juden zu Mischern eingesetzt worden. Der wachsende Widerstand gegen diese semitische Überfremdung veranlaßte im Jahre 535 eine unter dem König in der Auvergne zusammentretende Synode, hiergegen ein Verbot auszusprechen. Ein Edikt Ethobars aus dem Jahre 615 befiehlt, daß geistliche und weltliche Große in ihren Gerichtsbezirken nur Einheimische (ele loco) einsetzen dürfen. Das alles beweist, daß bereits im 6./7. Jahrhundert

ein fremdrassiges Eindringen in die höchsten Beamtenstellen stattgefunden hat.

Wie war dieser fremdrassige Einbruch möglich geworden?

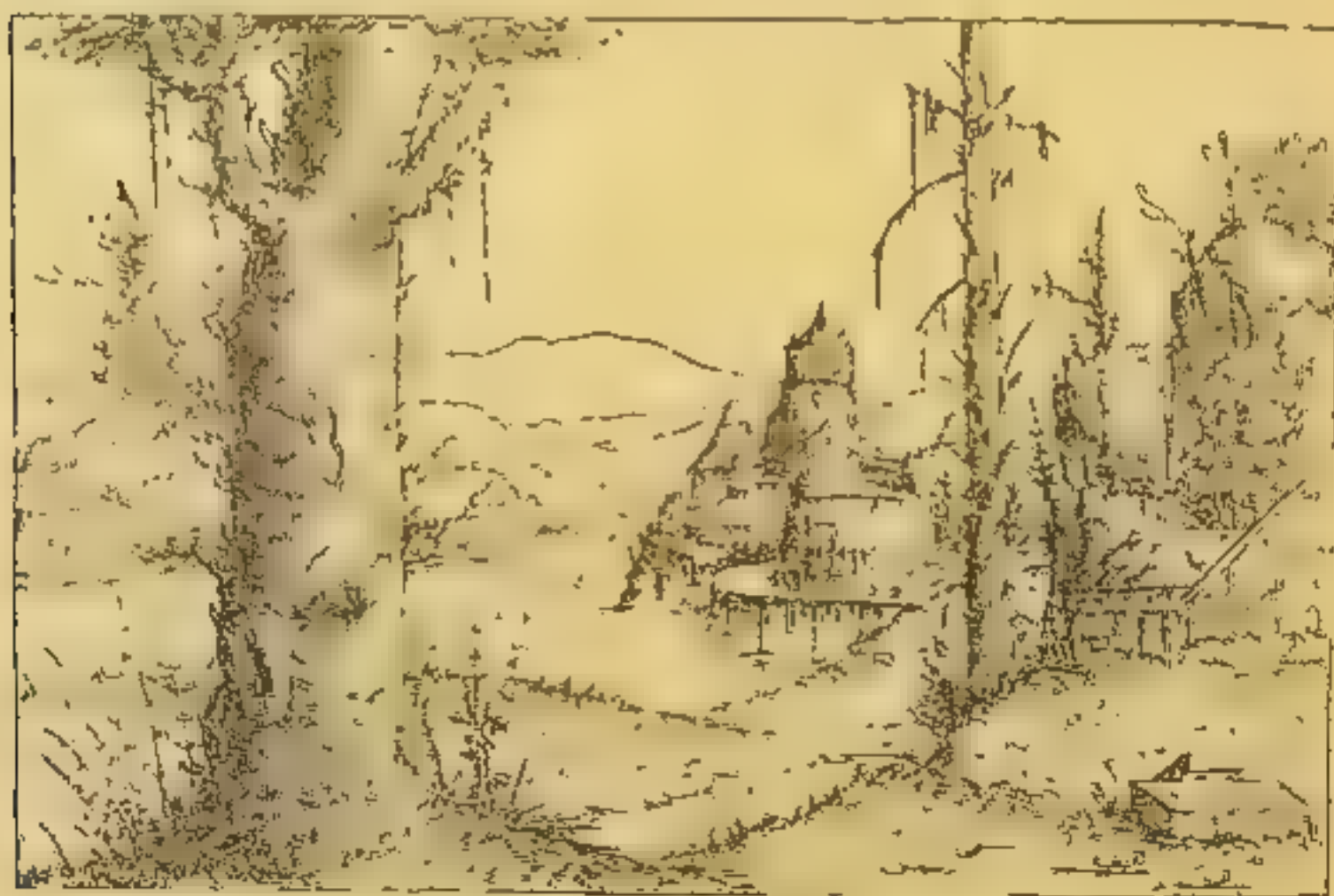
Das germanische Recht war ursprünglich so beschaffen, daß die Reinheit des Blutes gesichert war.

Noch die spätere Fassung der Lex Salica bestimmt im Titel 14 Abschnitt 6 und 7, daß der Königsheilige oder Halbherr, der eine freie Frau raubt, zu töten sei, und daß die freie Frau, die einem solchen freiwillig folge, selbst unfrei werde.

Auch der germanische Glaube forderte die Blutsreinheit und die Aufrechterhaltung der Trennung zwischen verschiedenen Völkern.

Oben nimmt die Edlen, welche in der Schlacht fallen, in seine Hallen auf — das Geschlecht der Unfreien aber sammelt sich bei Thor, so singt die alte Edda. Die Hermandall-Sage ist eines der treuesten Beispiele von der Verschiedenwertigkeit des Blutes, von der inneren und äußeren Verschiedenheit der Menschen und von der edlen Ehre und Kraft der nordischen Rasse.

Die römisch-kirchliche Lehre setzte dem deutschen Wissen von der Ungleichheit der Menschen das Dogma von der Gleichheit der Menschen entgegen. Die Auffassung von der rassistischen Verschiedenwertigkeit wurde als roh und barbarisch verworfen und die Lehre von der menschlichen Gleichheit als edel und fortgeschritten ausgegeben. Der ganze kirchliche Propagandaapparat wurde gegen das blut-



Deutsche Landschaft  
Kupst. von H. Hirschvogel, 1546. Dresden, Kupferstichkabinett



gebundene rassengefällige Denken eingesetzt. Die vielfältigen offenen und geheimen Beziehungen des Klerus zu den weltlichen Machthabern dienten der Änderung des deutschen Volksrechtes. Und die Folgen ließen nicht lange auf sich warten.

Die Bemühungen des römischen Klerus richteten sich mit Erfolg gegen den deutschen Rechtsatz, daß die Nachkommen aus Mischehen als unfrei zu gelten haben.

Es ist festzustellen, daß infolge der kirchlichen Gegenpropaganda, die nach der alten Lex Salica ergangenen vollrechtlichen Bestimmungen eine immer härtere Milde rung des alten Blutsrechtes aufwies. Schließlich setzte der Klerus Sonderregelungen durch, die den Mischlingen praktisch das volle politische Recht gaben.

Die Kirche propagierte mit größtem Erfolg die Freilassungen.

Hierfür bedarf es einiger Voraussetzungen. Es gab bei den Germanen nicht nur die Stände der Unfreien, die größtenteils Restbestände einer überagerten Bevölkerung darstellten. Die Verührung mit der spätromischen Mittelmeerwelt brachte die Germanen vielmehr auch mit der spätromischen Sklaverei zu tun, die einen ganz anderen Charakter hatte als der den Germanen bekannte Zustand der Unfreiheit. War die Unfreiheit im germanischen Sinne lediglich eine Angelegenheit politischen Rechtes, so war die spätromische Sklaverei gleichbedeutend mit der politischen Rechtlosigkeit. Es setzte sich nun die überall auftauchende Erscheinung, daß die spätromische Auffassung über die Sklaverei auf die germanische Auffassung der Unfreiheit abfarbt. So fasste selbst der Sklavenhandel in Gallien Fisch — allerdings: ausgeübt durch Juden, die sich bereits im 5. Jahrhundert in großen Scharen in Spanien und im südlichen Gallien eingenistet hatten.

Der Klerus geriet in einen großen Streit mit den südlichen Sklavenhändlern, der sich auf Jahrhunderte erstreckte. Die Haltung, die von der römischen Kirche in dieser Sache eingenommen wurde, hat aber nicht nur ihre positive Seite, sondern eine viel so. gegenwärtiger negative. Das Bestreben der Kirche konzentrierte sich nämlich nicht darauf, die fremden Anschauungen vom deutschen Leben abzuwehren und der Sklaverei ein Ende zu setzen, um die alte deutsche Auffassung von der Blutsrennung wieder zur Herrschaft zu bringen. Die Kirche setzte sich vielmehr nur für die Sklavenbefreiungen ein, und so geschah es, daß gerade dadurch der alte Grundsatz von der Blutsverschiedenheit am folgenschwersten getroffen wurde. Im Jahre 538 erwarb die Kirche in bestimmten Fällen das Recht, den Juden die Sklaven zu einem geschätzten Preise abzukaufen, um sie freizumachen. So rückten auf dem Wege über die Kirche Fremdblütige in die deutsche Ordnung ein. Die massenhaften Freilassungen wurden als gottgefällige Werke propagiert und so auch allmählich von weltlichen Machthabern, teils freiwillig, teils unter dem

Druck des Klerus, vorgenommen. Unsere Geschichtsquellen sind reich an Belegen dafür, daß bei feierlichen Ereignissen unter dem Einfluß der Kirche „in Dei nomine“ („im Gottes Namen“) freigelassen wurde. Den Höhepunkt dieser Entwicklung stellt die Erlaubnis Ludwigs des Frommen an den Klerus dar, Unfreie in dem Umfange, der erforderlich sei, mit Freibriefen auszustatten (817).

Die Kirche nahm Unfreie in den geistlichen Stand auf

Das geschah bereits seit dem 5. Jahrhundert. Die erste Synode von Orleans, die unter Chlodwig im Jahre 511 zusammentrat, beschloß: „... wurde ein Unfreier ohne Willen und Anwesenheit seines Herrn von einem Bischof, der wusste, daß er einen Unfreien vor sich habe, zum Diakon oder Presbyter geweiht, so behalt der Sklave die Weihe und die Freiheit, aber der Bischof soll dem Herrn das doppelte Vergelt seines Sklaven erleiden.“ Konnte der Bischof die Unfreiheit nicht, so hatte er das Vergelt nicht zu entrichten. Nun geschah mit diesen und anderen Mitteln die Auflösung von Klöstern, Klosterschulen und des Kirchendienstes mit Unfreien, die sich in Massen auf diesen Weg zur „Freiheit“ begaben, ein Vorgang, der uns so manche an fremde Geisteswelt, die von diesen Orten ausging, erklären hilft. Es wurde so beschlossen, daß der spätere Kaiser Karl es in einem Kapitular aus dem Jahre 789 für nötig hielt, den Klerus zu ermahnen, es sollten doch nicht nur leib eigene Kinder, sondern auch Söhne von Freien in die geistlichen Anstalten aufgenommen werden!

Durch alle diese klerikalen Erfolge unter der Fahne des Gleichheitsdogmas wurde der ursprüngliche Blutsinstinkt der Deutschen nach und nach verschleiert und jene weltanschauliche Übersetzung ermöglicht, die das Mittelalter ebenso kennzeichnet wie die rassistische Verschlechterung.

2. Die fränkische Übernahme des spätromischen Verfallsbegriffes. Die merowingischen Könige betrieben in allergrößtem Maßstabe die Übertragung spätromischer Einrichtungen auf ihren Herrschaftsbereich. So finden wir bei den Franken neue, der spätromischen Welt entnommene Beamten einrichtungen bzw. die Umdeutung alter Volksämter auf das spätromische Verfallsdenken.

Das fränkische Obrigkeitsystem kennt (nach dem salischen Gesetz) folgende Stufung, den König (als Titel laut Gregor von Tours erst seit dem 5. Jahrhundert), das königliche Gefolge, den *grafio* (Graf), den *thungin* (Zbmawalter), den *saccharo* und die *rachimburgi* (die beiden letzteren beim Rechtsgang beteiligt). Diese Anstufung ist noch weitgehend ursprünglich germanischer Art; denn zur Zeit der Abfassung des älteren salischen Gesetzes, dem sie entnommen ist, waren die Franken noch nicht einmal Christen. Das



schlingt römische Verfassung keineswegs aus, und es ist dem älteren salinischen Pöbel der römische Einfluß auch anzumerken; es legt lediglich die Wahrscheinlichkeit nahe, daß die Gefolgsordnung in ihrer inneren Struktur von der germanischen Grundart noch vieles in sich trägt. Besonders unterstrichen wird diese Auffassung durch die Tatsache, daß die zunehmende Romanisierung der Gefolgsordnung in den späteren merowingischen Urkunden ganz unverkennbar hervortritt und deutlich wird, wie das Komitum einen nur auf sich selbst bezogenen und vom Volke gelösten Beamtenapparat römischen Modells ausbildet, in dessen Haube mehr und mehr die ökonomische Gewalt gelangt. Wir bemerken hier den Beamtentyp, der nicht wie zuvor der freie bauerliche Gefolgsmann ist, sondern nur Werkzeug. Die Bezeichnung, welche in den lateinischen Urkunden nur ihm verwendet wird, charakterisiert ihn auch nach unserem Sprachgefühl völlig: seit dem Jahre 560 lautet die Bezeichnung *comes* für die Beamten auf *comes* und ist überraschend, daß sich in diesen Urkunden, die den Beamtentyp des reinen Staatsagenten (manchmal auch *actor publicus* genannt) herausstellen, der römische Ausdruck für 'Staatsdiener', *minister publicus*, findet. Ebenso der Ausdruck *ministerialis*, der seit dem 4. Jahrhundert für eine niedrige römische Beamtenklasse verwendet wurde. Die deutschen Stämme gebrauchten diese Bezeichnung zuerst für die Unfreien, die für allerlei Dienstleistungen verwendet wurden, später aber — insbesondere die fränkische Monarchie — für alle Beamten, auch die von freier Herkunft. Die Ministerialität vereinte also Freie und Unfreie in sich und stellte das Sachbeamtentum „als solches“ dar, d. h. ohne Rücksicht auf die römische Herkunft. Für die Unfreien war die Ministerialität ein Weg, in das königliche Gefolge und zur Waffenfähigkeit zu gelangen. Das rein staatliche Denken trat vor das Volkstum („*Erastianus*“).

Der Wandel der politischen Auffassung zeigte sich am deutlichsten bei dem Amte, das für die Reichsverwaltung ausschlaggebend wurde und die machtpolitisch sicherte, dem Grafenamte. Der Graf ist Obrigkeit des Gaues. Bereits in merowingischer Zeit leitete er seine öffentliche Gewalt in erster Linie vom Könige her und nicht vom Volke. Dieser Grundzug trat noch mehr hervor, als die Franken ihre Herrschaft auf andere Stämme und Gebiete erweiterten, auf diese die alte Gaumteilung übertrugen bzw. dort bestehen ließen oder die erworbenen römischen Städte mit ihren Territorien als Gaus bezeichneten; überall erscheint hier der Graf als Obrigkeit.

Diese Grafschaftsverfassung war in einer Hinsicht eine geschichtliche Notwendigkeit. Die fränkischen Könige hatten die Herrschaft über frühere römische Provinzen angetreten. Sie setzten ihre gräflichen Beamten meist an die Stelle der früheren absoluten römischen Obrigkeit.



„Wissenschaftliche“ Gleichberechtigung als Mittel zum weiteren Einbruch in das Volk

Gepräch zwischen christlichen Klerikern (geführt von einem Domkatholikermönch) und Juden (durch Ringfleck und Mantel gekennzeichnet) 1477

gewalt und führten damit wohl einen Wechsel der Herrschersicht, nicht aber einen Wechsel in der Sache herbei; denn die öffentliche Gewalt wurde in gleicher Weise ausgeübt wie zuvor: sie war absolute Gewalt, sie war politische Obrigkeit, und sie sah sich einer Untertanenschaft gegenüber. Der römische Untertan war fränkischer Untertan geworden.

In anderer Hinsicht war die Grafschaftsverfassung der Beginn einer tausendjährigen geschichtlichen Tragik: dort, wo sie über die Menschen ertösenden Blutes gebreitet wurde und nicht über eine rassistische Mischbevölkerung westlicher Art. Denn hier trat der Graf in der gleichen obrigkeitlichen Weise römischer Art auf wie in den früher römischen Provinzen. Hier, wo es geschichtliche Aufgabe gewesen wäre, die deutsche Einheit nicht nur mit der dünnen Schale von zentralen Gewalthabern zu sichern, hier, wo der deutschen Einheit die geschichtliche Dauer nur dadurch hätte werden können, daß die brutal ertöndste Befehlsmacht zur willigen und überzeugten Einheit der deutschen Herzen wurde und die fränkischen Grafen zu wirklichen Führern deutscher Gefolgschaften — hier blieb es bei der Ausbildung eines obrigkeitlichen Herrtums.



Könnte der frankische Amtsgraf sein Amt wenigstens noch vom Staatsgedanken herleiten und auf Staatsnotwendigkeiten verweisen, um daraus Pflichten aufzuerlegen, so ist das dem Vogt, einem Beamtentyp, der vornehmlich bei Klöstern und Fiscalgut auftaucht, gewöhnlich nicht mehr möglich. Er verkörperte keinen Staatsbegriff mehr. Er verkörperte nur die Berechtigung. Und bei ihrer Verfolgung: die Gewalt.

Die seit den Merowingern zur deutschen Wirklichkeit gewordene römische Staatsauffassung entleerte das politische Leben des notwendigen völkischen Gehalts, aus dem es allein fruchtbar sein kann.

Man versteht hieraus die entscheidende Tatsache, daß die frankische Herrschaft über die deutschen Stämme nicht zu einem Volkreich führte. Der Franke vergaß über seiner imperialen Herrschaftsidee die völksgenossenschaftliche Lebensordnung. Rudolf Sohn hat das klar ausgesprochen: „Dem Herrschaftszweck opferte der Franke sein Volkstum.“ Um diesen Zustand der politischen Ordnung, der weitgehend von Rasse und Volkstum gelöst worden war, muß man wissen, wenn man die nun beginnende Geschichte des Ersten Reiches verstehen will.



Schultheiß im 16. Jahrhundert  
Holzschnitt von Peter Flötner

## Das Erste Reich

Nach den Teilungsverträgen von Verdun (Verdun) 843 und Meersen 870 (siehe Bildseite 3 dieses Heftes) beginnt die Eigenentwicklung des Deutschen Reiches aus dem Karolingerreiche.

Vertrag zu Verdun (Verdun) 843. Teilung des Reiches es erhalten Lothar Mittelranken (zwischen Elbe und Maas, Saône, Rhone im Westen und Rhein und Alpen im Osten), Briesland und Italien, Ludwig der Deutsche Ostfranken (alles rechts des Rheinflusses außer Briesland) und die Gauen von Mainz, Worms und Speyer auf dem linken Ufer (also im allgemeinen das Land zwischen Rhein und Elbe). Karl (der Kahle) Westfranken (Nieder- und Aquitanien, Nordwest-Burgund, Septimanie, die spanische March). Dieser Vertrag ist ein Familienvertrag und berührt nicht die nationalen Unterschiede nicht, da aber in Ludwigs Reich die germanische und in Karls Reich die romanische Bevölkerung überwiegt, entwickelten sich Frankreich und Deutschland als nationale Staaten (vgl. Bildbeilage Straßburger Eide).

Vertrag zu Meersen 870. Nach dem Tode der beiden jüngeren Söhne Lothars (Karl und Lothar II.) teilen Ludwig der Deutsche und Karl der Kahle deren Erbe unter sich: der germanische Teil (Briesland, Lotharingen und Elsass) kommt zu Ludwig, der romanische Teil (Burgund und Provence) zu Karl. Grenze ist die Maas.

Die Kaiserwürde, die bei der Dreiteilung der frankischen Macht zu Verdun (Verdun) an Lothar, den Herrscher über Mittelranken, Briesland und Italien, gelangt war, kommt 962 an Otto I., den Großen, der das Erbe Heinrichs I. weiterführte, und wird damit an die deutsche Nation gebunden. Sie wird zum Ausdruck des Grundprinzips des Ersten Reiches: des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation. In diesem Charakter des Ersten Reiches sind die Gründe für die hohe Aufgabe und für den Verfall dieses Reiches gleichzeitig ein begriffen. Sein großer Wert ist der Grundgedanke der deutschen Geschlossenheit, seine Eigenschaft als Reich deutscher Nation. Sein Verhängnis beruht darin, daß es den fremden Einfluß nie überwunden hat, daß der Blick der deutschen Männer zu oft in die Fremde gerichtet war und darüber die Wohlfahrt der Heimat vernachlässigte; daß die deutsche Nation dem Gedanken, das „Heilige Römische Reich“ fortzuführen, nachhing. Dieses Zwitterlein, diese dauernde Begegnung des Eigenen und des Fremden steht im Vordergrund aller Auseinandersetzungen und bestimmt die Eigenart der Erscheinungen mittelalterlicher Welt, der Gegensätze von Stadt, Land, Bauerntum, Hofleben, Rittertum, Handwerk, Handel, kirchlichem Leben. Scharf prägt es sich aus in der Kunst, im Bau und Bild und noch scharfer in den Weltanschauungen, in denen der entscheidende Schritt vom gemeinen Wissen in Welt und Blut und Ehre gegangen wird zur Wissenschaft weniger, die unter dem Schein der Vergeistigung dem einfachen bauerlichen Menschen die Entscheidungen des täglichen Lebens aus der Hand nimmt, ein Vorgang, der sich am auffälligsten beim Einbruch des römischen Rechtes zeigt (siehe „Schulungsbrief“ 1936, Folge 5), als die fremdgelehrten



Doktoren den Bauern ihr Recht nehmen. Das Erste Reich ist an diesem Zweierlei des Eigenen und Fremden, das ihm als dem „Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation“ von vornherein mitgegeben war, zerbrochen. In Zeiten der deutschen Not ist das Eigene, Blutverwundete immer elementar hervorgebrochen und hat der völligen Vernichtung die Stürme geboten. Unsere Betrachtung der Geschichte des Ersten Reiches gliedert sich damit notwendig in die Darstellung zu lebensentscheidenden Taten für die Erhaltung der deutschen Existenz und in die Darstellung der Vorgänge, welche die deutsche Lebenssubstanz nunterten.



### Das Erste Reich als deutsche Nation.

1. Das Gefolgschaftsprinzip hielt die vielen Einzelgewalten zusammen und bewirkte die deutsche Geschlossenheit, wo sie in Erscheinung trat. Das Lehenswesen ist die spätere Verfassungsform dieses Gefolgschaftsprinzips. Das Leben hat zwei Wesensbestandteile, die innig zusammengehören und eine solche das andere unverständlich sind: das Treueverhältnis und das dadurch vermittelte Besitzverhältnis. Erst als im Ausgang des 12. Jahrhunderts das Gefolgschaftsverhältnis an Kraft verlor, verlegte sich das Schwergewicht rein auf die feudale Macht, die durch das Lehen gewahrt wurde. Das formale Lehensprinzip erhielt sich bis Mitte des 19. Jahrhunderts.

Vgl. Allgemeine des Landrecht von 1794 (für die preussischen Staaten), Teil I, Tit. 18, wo sich noch folgende Begriffsbestimmung findet (§ 13): „Eine Sache, deren ausübendes Eigentum jemand unter der Bedingung einer dem Obereigentümer zu erweisenden besonderen Treue gegen den von die er ihm zu leistenden Schutz besitzt, wird ein Lehen genannt.“ Durch die Niederlegung der Kaiserwürde 1806 wurde der Lehensschichtung die Spitze abgebrochen und die Reichsstände wurden entpflichtet; aber erst die durch Gesetz vom 5. Juni 1852 abgeänderte preussische Verfassungscharta vom 31. Januar 1850 bestimmte in Art. 40: „Die Errichtung von Lehen ist untersagt. Der in Bezug auf die vorhandenen Lehen noch bestehende Lehenverband soll durch gesetzliche Anordnung aufgelöst werden.“ (Vgl. auch WD-Friedrich Wilhelm I. vom 5. Januar 1717 und Gesetz vom 2. März 1850.)

Der Verfall des auf der ordnungsbewussten politischen Gefolgschaft beruhenden Lehensgedankens zur rein machtpolitischen individuellen Feudalität bringt den Verfall der deutschen Geschlossenheit und damit die Auflösung des Ersten Reiches und seine Ohnmacht mit sich.

Als das manneshundische Gefolgschaftsverhältnis

abgestorben war, als also die Ordnung der lebendigen Menschen vergangen war, zeigt das absterbende Reich als Ordnungserlass eine Fülle von Ordnungsgeboten, insbesondere die Landfrieden. (Siehe letzte Umschlagseite dieses Heftes! Schriftlin.)

Erster weltlicher Landfriede 1103 zu Mainz auf vier Jahre beschworen, bedeutendster Landfriede durch Friedrich II. am 15. August 1235: Constitutio Mougundina, danach noch verschiedene Landfrieden, schließlich 1495 der sogenannte ewige Landfriede; wichtig die Goldene Bulle Karls IV. von 1356, die Reichsstaatsgerichtsverordnung von 1495, die Penultima Gerichtsordnung von 1532, Reichspolizeiverordnungen.

Diese Ordnungsgesetze waren erforderlich geworden, weil die Lebensordnung der Menschen ausgefallen war. Da sie aber keine echte Neuordnung einleiteten, haben sie das Erste Reich nicht erhalten.

2. Die Erhaltung des deutschen Bestandes durch das Erste Reich zeigt als entscheidende Taten die Aufhaltung der Magyaren (933 durch Heinrich I. an der Unstrut, 955 durch Otto I. auf dem Lechfeld), des slawischen Nachdrängens (Sicherung der Elbegrenze durch Heinrich I. 928–934, Wendenkriege Ottos I., Zurückdrängung unter Lothar von Sachsen, 1125–1137), der Mongolen, die nach Ostasien (Eban vorstießen (Schlacht bei Wahlstatt 1241), der Türken (1683–1699; Karl Martel hatte schon 732 in der Schlacht bei Tours und Poitiers die Araber aufgehalten). Dazu kam die Ostriedung: 1. Anfänge 10.–12. Jahrhundert, 2. im 13. Jahrhundert Eindeutschung Pommerns, Sächsischens (Piaßen), Böhmens und Mährens, Süddeutschens, 3. Deutscher Ritterorden (1211: Süddeutschens, 1201: Gründung von Riga, 1231: von Ibern, 1255. von Königsberg, 1310: Erwerb von





Der Deutsche Ritterorden als Schutz gegen die Gefährdung unserer östlichen Land- und Seegehung auf der Höhe seiner Macht um 1400

Pommernellen, 1330: Neugründung von Danzig, 1410 Niederlage bei Tannenberg (in tragischer Gleichzeitigkeit mit dem Türkenzuge bei Nikopolis 1396 und der rücksichtslosen Ausnutzung deutscher Schwäche mit konfessionellen Mitteln durch die Tschechen (Hussiten) siehe Skizze Seite 76 dieses Heftes), 1455: Verkauf der Neumark an Brandenburg und dadurch Rettung vor Polen, 1466: erhebliche Landverluste im Frieden von Thorn). Die Völsiedlung brachte dem deutschen Volke 200 000 Quadratkilometer geschlossenen deutschen Volksboden. Nicht zu vergessen ist der nordische Städtebund, die Hanse, die den deutschen Norden vor Danemark schützte und die Ausbreitung der deutschen Stadtrechte weit über deutsches Volksgebiet hinaus (vgl. „Schulungsbrief“ 1938, Folge 1, Seite 21; über den Höhepunkt der deutschen Kaisermacht vgl. die Karte auf Umschlagseite 2).

3. Die verschiedenen rechtspolitischen Gestaltungsversuche, mit denen die Deutschen sich gegen das römische Recht, das seit der frankischen Herrschaft Geltung errungen hatte, wehrten. Im ersten Sinne ist hier der Sachsenspiegel des Eike von Repow zu nennen, über den im „Schulungsbrief“ 1936,

in den Gegenständen, die sie ordnen, denn durch obrigkeitliche Gewalt war ihnen — mehr als den Städten — die entscheidende Rechtsgewalt größtenteils entzogen worden.

### Die außerdeutsche Verzettlung der Kräfte und die Förderung des fremden Einflusses im Ersten Reich

1. Die Kaiserwürde des Ersten Reiches ist zu der Zeit, in der das Kaisertum der beherrschende Machtakt war, den römisch-internationalen Charakter niemals verloren.

Das lag bereits in der Kaiserkrönung Karls in der Peterskirche in Rom im Jahre 800; Otto I. erhielt 962 ebenfalls vom Papste die Krone und so ging es fort; wesentlich war der Kurverein zu Reims 1338, der jeden rechtmäßig gewählten deutschen König auch ohne päpstliche Krönung zum römischen Kaiser erklärte; das große Reichsgrundgesetz von 1356, die Goldene Bulle, übertrug die Kaiserwahl endgültig auf die 7 Kurfürsten, davon waren aber 3 zusätzlich die Erzbischöfe von Mainz, Trier und Köln, schließlich verlor das Kaisertum den großen

Folge 5, berichtet wurde. Er ist eine Kampfsituation des alten Volkstums, wurde durch den Mord Klenck wutend angegriffen und schließlich in den entscheidendsten Stellen von Papst Gregor XI verdammt. Schließlich sind noch bedeutend:

a) Die Stadtrechte (berühmteste: Magdeburger, sächsische, Lubische, Soester und Colner); Fortbildung des Rechtes durch die Stadtgerichte im Rahmen der Autonomie (Oberhöfe). So starke genossenschaftliche Elemente noch in den Stadtrechten enthalten waren — sie wurden wachsende mehr und mehr Gerichtsrechte und verhielten dem Fremdenrecht;

b) Landes-, Hof-, Dienst-, Lehnrechte

c) die Weltläuter des bürgerlichen Rechtes vom 14 bis 18. Jahrhundert tragen den Charakter genossenschaftlicher Ordnungen weit mehr als die Stadtrechte; dafür sind sie aber beschränkter



deutschen Gemeingedanken und wurde Instrument der habsburgischen Hausmacht.

2. Der Weg des Fremdblutigen ging über die Lauer, die unfürstliche Macht: das Judentum erhielt Privilege, die ihm die Existenz in Deutschland erst ermöglichten (vgl. Seite 60 unten), denn es waren das Befreiungen von der Strenge des deutschen Rechtsganges; die Reichsgesetzgebung schritt gegen den strengen Auslesemaßstab der Städte bei Einbürgerungen ein und begünstigte den fremdbürtigen Zulauf.

3. Die politisierende Kirche wurde durch die kaiserliche Gewalt gefördert: Ausnahme Gesetze und Landverleihungen begründeten die Existenz der Kirche in Deutschland. Nach den Grundrißen des alten deutschen Rechtes hatte sich die Kirche nie Erde aneignen können. Dort galt der Grundsatz, daß Erde

nicht frei verfügbar ist, daß „das Gut rührt wie das Blut“. Sie hatte auf dem natürlichen Wege des deutschen Volkerechtes also nie zu Grundbesitz gelangen können. Sie gelangte dazu auf eine zweifache Weise. Erstens dadurch, daß die fränkische Staatsgewalt mit einer Königsurkunde Grund und Boden antrief. Diese Urkunden der öffentlichen Gewalt hatten als Existenzvoraussetzung einer weltpolitisch machenden Kirche eine solche Bedeutung, daß Kirchenmänner sich nicht scheuten, umfangreiche Urkundenfälschungen zu begehen. Zweitens durch die Ausgestaltung des dem deutschen Volkerechte unbekannten römischen Testamentswesens, das es erlaubte, Bauland um des Seelenheils willen der Kirche zu vermachen und den Kindern und Kindeskindern die Heimat zu nehmen.

Schon 812 zählte das Bistum Augsburg 1507 Hufen; das Kloster Tegernsee besaß 11866 Hufen; Kloster Benediktbeuren besaß bei Stiftung über 6700 Zinsanwer; Kloster Fulda war gleich nach Gründung 15000 Hufen groß, im 11. Jahrhundert war Grundbesitz von etwa 15000 Morgen in geistlichen Händen die Regel, solcher bis zu 60000 Morgen nicht selten. Die großen Landeinkünfte erlitt die Kirche bekanntlich durch den Westfälischen Frieden im Jahre 1648 und den von Napoleon diktierten Reichsdeputationshauptschluß 1803. Durch letzteren gab die Kirche wieder ab, linksrheinisch 424 Quadratmeilen mit 800600 Einwohnern und jährlichen Einkünften von 5340000 Gulden, rechtsrheinisch 1295 Quadratmeilen mit 2361176 Einwohnern und jährlichen Einkünften von 12726000 Gulden, den bayerischen anrechenbaren Besitzungen 78 Stifte und 809 Äbteien mit jährlich 2870000 Gulden. Das war ein tiefer Verlust



Das Vordringen des Ostens

#### Erklärungen:

1. Christentum Mexiko um 1601
2. Großfürstentum Moskau bis 1482
3. Erweiterungen 1600-1605
4. Erwerbungen Peters des Großen
5. Erwerbungen von 1725-1800 (Erwerbungen Polens u. a.)
6. Erwerbungen bis zum Wiener Frieden 1806 (Anschluß, Konzeptionen, Erwerbungen)
7. Plakowen Erwerbungen nach dem „Warmer Meer“ (Erwerbungen)



weltlicher Macht, so daß der gegenwärtige Kirchen-  
anstand im Reich „nur noch“ der Größe des  
Landes Thüringen glich (S. 11).

Die Verleihung weltlicher Ämter und ins-  
besondere die Entstehung des Kirchenfürstentums  
nach 955 sicherte den kirchlichen Einfluß auf das  
politische Geschehen der Deutschen. Diese Ausstrahlung  
der Kirche mit politischer Macht wurde zum Ver-  
derben des Kaisertums; der dann erforderliche poli-  
tische Kampf gegen das Papsttum, der deshalb not-  
wendig eintreten mußte, weil das Papsttum nicht  
im Dienste des deutschen Völkcheninteresses stand, zer-  
störte die deutsche Einheit; die Kreuzüge im Dienste  
des Papsttums, die Unentschlossenheit und Unfähig-  
keit des Kaisertums zur Verbinderung der durch  
politisch-kirchlichen Streit veranlaßten Mordthaten,  
Ketzerverfolgungen vernichteten wertvolles  
deutsches Blut.

Die Blutverluste durch den 30jährigen Krieg  
erben auf 12 bis 13 Millionen Menschen geschätzt.  
In der Zeit von 1631 — 1649 verminderte sich z. B. die  
Bevölkerung der Gemeinden Altmannau, Rüdberg und  
Kaltensnordheim von 12285 auf 2864, der Ge-  
meinden Wernungen und Mansfeld von 12740 auf  
2764, von 1634 — 1639 verminderte sich die Bevol-  
kerung Württembergs von 414556 auf 97258;  
Deutschlands Bevölkerung betrug nach diesem Kriege  
nur etwa 8 Millionen (zuvor 20 Millionen). Noch  
1749 wurde in Würzburg eine Siebzugjährige als  
Hexe verbrannt; in Landshut noch 1756 eine Drei-  
zehnjährige enthauptet; in der Schwed. in Glarus,  
noch 1782 eine Magd als Hexe hingerichtet (in  
Preußen wurden die Hexenprozesse durch eine Ver-  
ordnung Friedrich Wilhelms I. vom 13. Dezember  
1714 beendet und die Begehung der Brandstiftung  
angekündigt (siehe „Schulungsbriefe“ 3. 37!)).

4. Der Einbruch artifizierender Geistes bewirkt, daß  
sich unter dem Deckmantel fremder Autoritäten volks-  
feindliche Anschauungen wie eine Nebelwolke über  
die Deutschen breiten und den gesunden Massen-  
instinkt, der Voraussetzung aller Entschlußfähigkeit  
ist, trüben. Im politischen Kampf der Kirche  
wird systematisch eine Denkwelt gelehrt  
und mit allen Mitteln (Universitäten) geübt,  
die den beruflich nichtkirchlichen Menschen benützt  
von jedem Einsatz für Volk und Ehre fernhält.  
Augustins Lehre der Weltverachtung vermittelt  
hier ihr volkstörendes Werk. Diese Erziehung  
zur Weltverneinung hat darin ihr Verhängnis, daß  
sie nicht nur zur Beherrschung des Einzelnen, zur  
Verachtung des Lasterhaften und zur Achtung des  
Sittlichen aufruft, sondern in einem Atemzuge  
zur Verachtung des Völkischen. Daraus ist  
das Wort des heiligen Bernhard von Clairvaux  
(12. Jahrhundert) kennzeichnend: „Vergeß dein  
Volk, dein Vaterland, entsage den fleischlichen  
Neigungen, verlerne die weltlichen Sitten, enthalte  
dich beider feuererregender Laster.“ Es wird ein Geist ge-  
lehrt, der von den Wirklichkeiten des echten Volks-  
lebens entfernt, der damit entwirklichend wirkt

und in sich den Trieb hat, das Leben nach Unwirklich-  
keiten auszurichten. Die Kirche wurde als das Reich  
des Geistes, der Staat dagegen nur als Reich des  
Leibes bezeichnet, darin lag grundsätzlich die Erniedri-  
gung des Staates zur rohen, äußerlichen Einrichtung  
und seine Abhängigkeit von der Kirche (der Staat  
als Kirchendiener).

Da die Kirche entscheidenden Einfluß auf das  
Erziehungswesen erhielt (siehe oben Seite 49  
seit den Franken), waren die Hochschulen keine  
Pflanzstätten weltlichen Geistes. Bereits das Latein  
als Gelehrtensprache verweist auf ihre internationale  
Ausrichtung. So kam es, daß die Hochschulen nur die  
ersten öffentlichen Einrichtungen waren, die im  
19. Jahrhundert seit der Judenemanzipation den  
Juden aufzufallen und daß wir noch heutzutage  
nicht im Volksschulwesen Restbestände aus den  
Kirchenschulen auszutreiben haben. Wiederum war es  
Preußen, das hier den ersten Schritt zur Überwin-  
dung des Mittelalters tat: mit der Errichtung  
der Wehrpflicht.

(Seit Niedergang des Lebenswesens Soldatenerziehung; seit dem  
Großen Kurfürsten stehendes Soldatenheer, Bürgeraushebung  
nur zur Grenze und Festung; durch Kabinettsorder Friedrich  
Wilhelms I. vom 1. und 18. Mai 1733 für jeden Truppenteil  
Aushebungslotterie; Kantonreglement vom 15. September  
1733 bringt Militärdienstbefreiung nur für Adel und  
Bürger mit 10 000 Rtlr. Mindestvermögen, später basierte  
für Einwohner der großen Städte, höhere Beamtenkinder  
und erste Bauernkinder, Distrikte nur vom Adel, Ausnahme  
bei Rentierern; allgemeine Wehrpflicht durch NO. vom 9. Fe-  
bruar 1813 verhängt, durch NO. vom 3. September 1814  
entandt.)

#### der Errichtung der Schulpflicht

(im ersten allgemeinen Schulgesetz vom 28. September 1717  
heißt es: „... daher vorordnen Wir ernstlich, daß fünfzig-  
bin an den Orten, wo Schulen sind, die Eltern bei nach-  
drücklicher Strafe gehalten sein sollen, ihre Kinder gegen  
den Dreier wöchentliches Schulgeld von einem jeden Kinde  
im Winter 1717/18 und im Sommer, wenn die Eltern der  
Kinder bei ihrer Wirtschaft benötigt sind, zum wenigsten ein-  
oder zweimal die Woche, damit sie dasjenige, was im Winter  
erlernt worden, nicht gänzlich vergessen, in die Schule  
schicken. Falls aber die Eltern das Vermögen nicht haben so  
weisen Wir, daß solche zwei Dreier aus jedem Orts Almosen  
bezahlt werden sollen.“)

und der Verstaatlichung des Schulwesens  
(der Westfälische Friede von 1648 bezeichnet das Schulwesen  
als *bonum* [= Anhangsel] der Religionsübung; nach das  
preussische Schulregulativ von 1736, die Verordnung von  
1738 und das Reglement von 1743 erteilten den Predigern  
und Erreuerern die Bestellung der Lehrer und deren Beauf-  
sichtigung; entscheidend ist das Preussische Allgemeine  
Landrecht von 1794, das Schulen und Universitäten in  
„Veranstaltungen des Staates“ erklärt, die  
„nur mit Bewilligung und Genehmigung des Staates errichtet  
werden“ dürfen).

Preußen hat den Weg zur Volkserziehung frei-  
gemacht und die politisierende Kirche nach und nach  
aus ihrer mittelmittelalterlichen Vormachtstellung ver-  
trieben.









Ein Richterkollegium

1. u. 2. Schnitt von H. Burgkmair (1473–1531)

späteren Sammlungen mit übernommen. So sind jene Anschauungen über das Verhältnis der geistlichen zur weltlichen Gewalt und die bevorzugte Stellung des römischen Stuhls fort und fort überliefert worden, und sie haben mit dem geschlossenen System aus der uralten Weglaubbung, in der sie dargeboten wurden, dem hierarchischen Benutzsein in dem gewaltigen Kampfe zwischen Papsttum und Kauterium eine energetische Kräftigung gewahrt.“ (Spernagen und deutsche Erklärungen von der Einführung.)

Die Lehnrechtbücher (*Libri feudorum*) schließlich sind eine Darstellung des deutschen Lebensprinzips in spätromischem Rechtsdenken (11./12. Jahrh.). Sie wurden dem *Corpus iuris civilis* angefügt und wirkten sich folgenswer gegen die deutsche Gefolgschaftsauffassung aus.

Seit dem 10. Jahrhundert kam bei den (im römisch-katholischen Denken erzogenen) „gebildeten“ Ständen Deutschlands die Überzeugung auf, daß das *Corpus iuris civilis* für Deutschland gültig sei (im Zusammenhang mit der Auffassung, daß das Reich das *Imperium Romanum* fortsetze). Die ersten deutschen Universitäten (Prag 1348, Wien 1365, Heidelberg 1386, Köln 1388, Erfurt 1392, Leipzig 1409) lehrten anfangs nur kanonisches Recht. Entscheidend war die Einsetzung des Reichskammergerichts 1495 und damit die Einführung fremdangelehrten Richter-

tums. Am Anfang des 16. Jahrhunderts erfolgte die Umgestaltung der unteren Gerichte nach dem Vorbilde des Reichskammergerichts. Damit war das

Fremdrecht in deutschen Lebensraum gesichert. (Über die Überwindung des Mittelalters auf dem Gebiete des Rechtes vgl. Schulungsbrief 1936, Folge 5.)

6. Die feindliche Ausnutzung jeder deutschen Schwäche. Aber nicht nur die Fremden, die sich im Reiche eingenistet hatten, auch die außerhalb des Reiches befindlichen Mächte betrachteten Volk und Land im verfallenden Reich als Beuteobjekt. E. Th. Perthes sagt darüber: „Kein Kanonenschuß ist seit dem Westfälischen Frieden (1648, gehört worden, welcher nicht den Franzosen, den Schweden, den Russen zum Signal diente, herbeizulaufen und das Reich

zu verwüsten. Bald sind sie Garanten, bald Schiedsrichter, und immer sengen und brennen, rauben und veröden sie.“



1806 legte Franz II. die deutsch-römische Kaiserkrone nieder, nachdem er bereits 1804 als Franz I. den Titel Kaiser von Österreich angenommen hatte.

Auf Grund des Tunitviller Friedens von 1801, auf dem Napoleon die Abtretung des linken Rheinufers dem Reiche diktierte, trat nach Reichstagsbeschluß vom Oktober 80. eine „Reichsfriedensdeputation“ zusammen, die unter französischem Druck eine Entschädigung der deutschen, auf dem linken Rheinufer begüterten geistlichen Fürsten in Deutschland regelte, sogenannter Reichsdeputationshauptschluß vom 27. April 1803. Hiernach erfolgte die Säkularisation fast aller geistlichen Fürsten und Korperschaften (Eingebung von 23 Bistümern, ähnlicher Vorgang zugunsten der Landesfürsten bereits durch den Westfälischen Frieden von 1648), Mediatisierung der freien Reichsstädte bis auf 6 (Mediate = Mittelbare Herrschaften, die nicht unmittelbar dem Kaiser, sondern einem Reichsfürsten als Zwischenherren untergeordnet waren; Mediatisierte = die früheren Reichsunmittelbaren, die ihre Reichsunmittelbarkeit durch Einordnung in einen größeren Staat verloren), neue Territorialverteilung. Diese Umgestaltung der deutschen Verhältnisse unter französischem Druck wurde durch den Rheinbund fortgesetzt. Wesentlich insbesondere die durch den Rheinbund erfolgte Mediatisierung der Reichsstädte.

Der Rheinbund vom 12. 7. 1806 war ein deutscher Verrat ersten Ranges. 16 „deutsche“ Fürsten



trennten sich aus dem deutschen Reichverbande und traten in einen Bund mit Napoleon. Es waren die Könige von Bayern und Württemberg, der Kurfürst von Baden, der Herzog von Kleve und Berg, der Landgraf von Hessen-Darmstadt, die Fürsten von Nassau-Weilburg und Nassau-Beilburg, die Fürsten von Hohenzollern-Sigmaringen und von Hohenzollern-Hechingen, die Fürsten von Salzuflen und von Salzuflen-Kurburg, der Fürst von Hohenlohe-Schillingsfürst, der Herzog von Abenberg, der Fürst von Lichtenstein und der Graf von der Leyen. Dieses fürstliche Gesandtenbrüder brachte den Verrätern folgendes ein: die alte landständische Verfassung wurde in ihren Ländern aufgehoben und die Verräterfürsten wurden gegenüber ihren Untertanen schrankenlose Absolutisten; der Kurfürst von Baden wurde „Kurfürst“, Kurfürst von Württemberg wurde „König“, Herzog von Kleve-Berg, Landgraf von Hessen-Darmstadt hießen „Großherzöge“ (mit königlichen Rechten), der Nassauer hieß „Herzog“, der Graf von der Leyen „Fürst“. Die Verräter verpflichteten sich zur Truppenstellung von 60.000 Mann. Später traten noch der Kurfürst von Brandenburg als „Großherzog“, der Kurfürst von Sachsen als „König“, die sächsischen Herzöge, die Fürsten von Schwarzburg, die Herzöge von Anhalt, die Fürsten von Lippe-Deimold und Schaumburg-Lippe, die Fürsten von Mecklenburg und der Fürst von Waldeck, der neue König von Westfalen, die Herzöge von Mecklenburg-Schwerin und Mecklenburg-Strelitz, der Herzog von Oldenburg. Das Bundesheer betrug schließlich 119.180 Mann. Die Bundesversammlung ist nie zusammengetreten. Der Zusammenbruch der napoleonischen Herrschaft bewirkte die stillschweigende Auflösung des Rheinbundes.

Die kaiserliche Führung des Reiches reagierte auf diese Ereignisse mit Abkündigung (1806). Zum organisierten Widerstand gegen die Fremdherrschaft war sie unfähig.

Das war das formelle Ende des nur treuhänderischen Bewahrung der Reichsidee und zur Erhaltung der deutschen Ordnung längst untauglichen Kaisertums habsburger Art. In der Wirklichkeit hatte bereits ein neuer Faktor die Verantwortung und die Aufgabe der deutschen Neuordnung übernommen: die aufstrebende Landesmacht, und hier wird Preußen zum neuen Kerne deutscher Ordnung. Das wirkliche Ende des Ersten Reiches datiert vom Westfälischen Frieden im Jahre 1648, in dem die Landesgewalten Staatsbehoörden erhielten (diese Entwicklung wurde durch die Umwandlung des Lehens in ein Landesfürstentum durch Friedrich II. 1713 etwa vollendet). Wie wenig das formell noch weiterexistierende Reichskaisertum moralisch galt, zeigt die Tatsache, daß 1750 in ganz Preußen das gewohnte Kirchengebet für den römischen Kaiser abgeschafft wurde. Im Jahre 1648 bereits ist das Erste Reich tot. Bis 1871 ist Kampfszeit um die Grundlagen für ein Zweites Reich der Deutschen.

„Möge Deutschland nie seine Größe und sein Glück auf anderen Grundlagen erbauen wollen, als auf der Gesamtheit aller seiner zur vollsten Ausbildung der in jedes Einzelne von ihnen gelegten Anlagen und Kräfte erzogenen Kinder, also auf so vielen Grundlagen, als es Söhne und Töchter hat...“

... Schlimme Folgen einer Uneinheit sind nach Außen hin nicht mehr zu befürchten: die Einheit selbst soll erst noch kommen, und sie kann nur von Innen heraus kommen... Was hilft es, unverdrossen auf des jetzigen Reichskanzlers Weisheit schwören, und dabei ganz so erbärmlich thatenlos bleiben, wie man unter dem Bundestage gewesen? Deutschland ist kein geographischer, aber auch kein in dem gewöhnlichen Sinne des Wortes politisch-politischer Begriff. Ein Vaterland gehört in die Zahl der ethischen Mächte, und darum können seine Angelegenheiten nicht vom Regierungssicht aus, sondern nur durch das ethische Pathos aller seiner Kinder besorgt werden. Deutschland ist die Gesamtheit aller deutsch empfindenden, deutsch denkenden, deutsch wollenden Deutschen: jeder Einzelne von uns ein Landesverräter, wenn er nicht in dieser Einsicht sich für die Existenz, das Glück, die Zukunft des Vaterlandes in jedem Augenblicke seines Lebens persönlich verantwortlich erachtet, jeder Einzelne ein Held und ein Befreier, wenn er es thut.“

Paul de Lagarde

in seinen Auslassungen „Über die germanische Idee“

## Das Zweite Reich

Die kleindeutsche Gründung Bismarcks

Die frankische Reichsorganisation, aus der die Eigenentwicklung des Ersten Reiches der Deutschen den Ausgang nahm, hatte sich gewaltmäÙig über die Vielzahl der deutschen Stämme gebreitet und damit den einzelnen Stämmen das politische Bestimmungsrecht in allen großen Dingen genommen. Diese Überwindung der germanischen Stammespolitik blieb durch das Ausbleiben einer zentralen Mächte eine halbe Lösung. Je mehr im Ersten Reich die zentrale Gewalt verfiel, um so mehr machte sich wieder die stammesmäßige Eigenart geltend. Je mehr sich herausstellte, daß der frankische Gefolgschaftsverband verfallen mußte, weil er nicht auf der volksbewußten Grundlage einheitlicher Blutsogenossenschaft beruhte, um so mehr verlegte sich das politische Schwerkraft schon im Ersten Reich zu den örtlichen Begebenheiten. Hier entstanden die aus dem Verfall des Ersten Reiches neu auflebenden Ordnungszellen. Sie sammelten als Ordnungszellen das Deutschbewußte, nachdem die gigantischen Anstrengungen der Großen unter den Deutschen Kaisern des Mittelalters keinen dauerhaften Erfolg brachten (vgl. die Karte auf





Die endgültige Auflösung des Ersten Reiches (1806)

umschlagseite 2: Höhepunkt der Kaisermacht) und das Erste Reich als Sammel der Deutschen untrennlich geworden war. Eins war aber dieser Entwicklung von vornherein unangehen: daß einmal die Auseinandersehung erfolgen mußte, die jene Vielfalt zur deutschen Willenseinheit zusammenschmiedet. Diese Auseinandersehung war die große Aufgabe des Zweiten Reiches. Das Zweite Reich trägt deshalb gegenüber dem Ersten Reich zwei besondere Züge: 1. Die aus der alten deutschen Stammesverfassung, den Marken und sonstigen örtlichen Neubildungen hervorgegangenen deutschen Länder werden aus dem Verfall der Reichesgewalt des Ersten Reiches die neuen deutschen Ordnungsstellen; 2. deren Auseinandersehung bewirkt ihre staatliche (leider aber wiederum nicht auch vollständige) Ausrichtung zum Reichsgedanken unter der Führung der Ordnungszelle Preußen.

Zur Vorgeschichte des Zweiten Reiches gehört also die Vorgeschichte der Landesmacht Preußen. Ihre Grundlage ist die Grenzmark des Ersten Reiches gegen die Wenden. Wir wollen die äußeren staatspolitischen Vorgänge, die sich um die Gestalten der drei Großen Brandenburg-Preußens, den Großen

Kurfürsten, Friedrich Wilhelm und Friedrich den Großen, ranken, hier nicht darstellen und uns auf gewisse innerpolitische Vorgänge beschränken, die für die deutsche Geschichte von weittragender Bedeutung geworden waren: die Einreihung der Juden als Staatsbürger und die preussischen Bemühungen um eine neue politische Gemeinde. Unsere Darstellung sieht also bewußt von den preussischen Taten um die Erneuerung von Heer, Beamtenstand und Schule ab und verfolgt die vollständigen Verfallstendenzen weiter, um die Unzulänglichkeit des nachfolgenden Zweiten Reiches zu erklären.

### Die Juden

Im mittelalterlichen Recht wurden die Juden wie Fremde behandelt. Sie besaßen also nicht die Rechte des Volksgenossen. Wenn sie in den Besitz einzelner solcher Rechte gelangen wollten

bedurfte es eines Spezialprivilegs seitens der öffentlichen Gewalt. Ihre Existenz war nur bei Vorhandensein eines besonderen königlichen Schutzes geduldet. Der Jude ist also in Deutschland nicht in organischer Weise zu Existenz gelangt, sondern indem er sich bei der öffentlichen Gewalt diese Existenz als Duldung erkaufte. Mit einem Geldgeschäft hat die Anwesenheit der Juden in Deutschland begonnen. Dieses Geschäft sah aber auf der anderen Seite nicht das Volk, sondern die öffentliche Gewalt, die ihren Geldmüssen daraus zog. Das Volk war immer gegen die Juden. Im Jahre 1236 erließ Friedrich II. das erste allgemeine Judentumsgesetz für ganz Deutschland, das für alle Juden noch einmal feststellte, was bisher nur durch Spezialbestimmungen festgestellt war: daß die Juden ihre Existenz nur der Duldung durch die öffentliche Gewalt verdanken. Der Ausdruck „servi camere“ (kaiserliche Kammerknechte) wurde nunmehr ihre offizielle Bezeichnung. Aus dieser klaren Rechtslage ergab sich mit Selbstverständlichkeit, daß der Kaiser die Häuser, Grundstücke und Mobilien von Juden, die auswanderten, für das Reich in Anspruch nahm.

Man soll übrigens nicht meinen, daß das in Frankreich oder in England anders gesehen ist



In England ist der Grundjah des jüdischen Rechtsstandes als geduldet Fremde vielleicht noch strenger durchgeführt worden: der König galt als Erbe des verstorbenen Juden, und Kinder und Verwandte mußten ihr Erbrecht erst dem König erneut gewährt erhalten; 1230 verlangte Heinrich III. als Gebühr für weitere Anerkennung der Juden ein Drittel ihres ganzen Vermögens; 1290 verbot Eduard I. wegen schlechter Erfahrungen mit den Juden, daß sie innerhalb zweier Monate wegzuziehen hatten. In Frankreich war die mittelalterliche Geschichte noch mehr, welche schlechten Erfahrungen mit den Juden gemacht wurden: 1182 wies Philipp II. die Juden aus und bezieht, wie es dem Rechte entsprach, deren Besitz, die Schuldforderungen laßerte er; sehr charakteristisch ist eine Bestimmung, die er für später wieder aufgenommene Juden traf, um deren bekannte unlautere Art einzuschränken: das für Darlehn erforderliche Siegel der Juden sollten in jeder Stadt zwei angelebene Bürger in der Weise verwahren, daß einer das Siegel, der andere die Rolle behielt, und in jeder Stadt sollte ein einziger Schreiber der Judenbriefe sein, der dafür bürgte, daß er sein Amt in gesetzlicher Weise verwaltete (also ein Beamter zur Überwachung des jüdischen Geschäftsgebarens). Wie sehr die Juden in Frankreich gehaßt und den Wohlstand des Volkes gestört hatten, ergibt eine Bestimmung Louis IX., wonach keiner gezwungen werden durfte, zwecks Bezahlung einer jüdischen Forderung seine ererbten Güter zu verkaufen. Philipp IV. verbot 1299 und 1303 den Wucher und alle Wucherkontrolle, verbannte 1306 alle Juden und verwies sie bei Todesstrafe außer Landes. Die Juden schloßten aber immer wieder in das Land heim. Deshalb begegnete wir 1394 bereits wieder einer Verfügung (Karl IV.), wonach die Juden in Monatsfrist das Land zu verlassen haben. (Hierzu siehe Bild Seite 64: Judenläuf. Schriftl.)

Bis zum Ende des 18. Jahrhunderts behauptete der gesunde arische Sinn seine Abwehrstellung gegen die Juden (neben der Kontrolle ihres Gebarens Zwangssteuung im Geiste). Auch die für das ganze Reich geltenden Bestimmungen von Karl V. (1530 und 1541) waren aus dieser Grundhaltung. Das intellektuelle Deutschland aber zeitigte die ersten Wortführer für das Hebräertum. Ein Beispiel: Wilhelm von Humboldt fordert in seinem Gutachten über den Entwurf zu einer neuen Konstitution für die Juden 1809: „Meiner Überzeugung nach wird daher keine Gesetzgebung über die Juden ihren Eindruck erreichen, als nur diejenige, welche das Wort „Jude“ in keiner anderen Bedeutung mehr anzuwenden nötigt, als in der religiösen, und ich würde daher allein dafür stimmen, Juden und Christen ...“

#### Die Gleichstellung der Juden

erfolgte in der Zeit von 1808–1813 in den verschiedenen deutschen Staaten, nachdem 1803 bereits der Reichsall in ganz Deutschland aufgehoben worden

war. Grundlegend ist das preussische Edikt Hardenbergs vom 11. März 1812. Es folgt hier ein Textauszug: „Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen usw., haben beschlossen, den jüdischen Glaubensgenossen in unserer Monarchie eine neue, der allgemeinen Wohlfahrt angemessene Verfassung zu erteilen, erklären also bisherige, durch das gegenwärtige Edikt nicht bestätigte Gesetze und Vorschriften für die Juden für aufgehoben und verordnen wie folgt: § 1. Die in unsern Staaten jetzt wohnhaften, mit General-Privilegien, Naturalisationspatenten, Schutzbriefen und Konzeptionen verliehenen Juden und deren Familien sind für Einländer und Preussische Staatsbürger zu achten. § 2. Die Fortdauer dieser ihnen verliehenen Eigenschaft als Einländer und Staatsbürger wird aber nur unter der Verpflichtung gestattet: daß sie fest bestimmte Familien-Namen führen, und daß sie nicht nur bei Führung ihrer Handelsbücher, sondern auch bei Abfassung ihrer Verträge und rechtlichen Willenserklärungen der deutschen oder einer andern lebenden Sprache, und bei ihren Namens-Unterschriften keiner andern als deutscher oder lateinischer Schriftzüge sich bedienen sollen. § 3. Binnen sechs Monaten, von dem Tage der Publikation dieses Edikts an gerechnet, muß ein jeder geschätzte oder konzeptionierte Jude vor der Obrigkeit seines Wohnortes sich erklären, welchen Familien-Namen er beständig führen will. Mit diesem Namen ist er, sowohl in öffentlichen Verhandlungen und Ausfertigungen, als im gemeinen Leben, gleich einem jeden andern Staatsbürger, zu benennen. § 4. Nach erfolgter Erklärung und Bestimmung seines Familien-Namens erhält ein jeder von der Regierung der Provinz, in welcher er seinen Wohnsitz hat, ein Zeugnis, daß er ein Einländer und Staatsbürger sei, welches Zeugnis für ihn und seine Nachkommen künftig statt des Schutzbriefes dient. § 5. Diejenigen Juden, welche der Vorschriften der §§ 2 und 3 zuwiderhandeln, sollen als fremde Juden angesehen und behandelt werden. § 7. Die für Einländer zu achtende Juden hingegen sollen, insofern diese Verordnung nichts Abweichendes enthält, gleiche bürgerliche Rechte und Freiheiten mit den Christen genießen. § 8. Sie können daher akademische Lehr- und Schul-, auch Gemeinde-Amt, zu welchen sie sich gesandt gemacht haben, verwalteten. § 9. So wie fern die Juden zu andern öffentlichen Bedienstungen und Staats-Ämtern zugelassen werden können, behalten Wir Uns vor, in der Folge der Zeit, gesetzlich zu bestimmen. § 10. Es steht ihnen frei, in Städten sowohl als auf dem platten Lande sich niederzulassen. § 11. Sie können Grundstücke jeder Art, gleich den christlichen Einwohnern, erwerben, auch alle erlaubte Gewerbe mit Beobachtung der allgemeinen gesetzlichen Vorschriften treiben. § 12. Zu der aus dem Staatsbürgerrechte fließenden Gewerbefreiheit gehört auch der Handel. ... § 16. Der Militär-Kontribution

(Fortsetzung Seite 63)



hæc eadē uerba romanā linguā porasse  
Lodhu mē qm maior natuerat - prior  
hæc deinde, fēseruaturu testatur ē -

Pro dō amuz & pxiān poblo & nrōtōm  
saluamētē dist. ch. fēruant - inquamēdī  
sōm & podir medūnat - sūsaluāraio  
cūst meon fradre karlo & in ad iudgē  
& in ead hūnā cōfā sicut om p drem sōn  
fradre saluā dist. Ino quid el mōstare  
q fēre. Et ab iudher nūl placid nūquā  
pīndnā qui meon uol cūst / in cōnfradre  
karlo in damno sit. Quod cū lodhu pōt  
explōssē, karolus mōdica linguā fēre  
eadē uerba testatur ē.

In godes minna inden thet xpanes folches  
indanfer bedherogēalissi. fōrthese  
pōda ge fram mōr desso fram tō mōgē  
gōuuzē indimadh fūrgibte so haldet hōf  
an nūmān brūodher so so mōgē mit rōtē  
sthan brūher scāl in thī uza zermūgē  
maduo in dīmē tubēren in thī in uiz  
hing nege gōmē. Dēmēran dailōr in q  
cēf cādhen uorhōn.

## Die Straßburger Eide (14. J. 842)

Ältestes Zeugnis für die sprachliche Trennung  
germanischer und romanischer Bevölkerung im  
Karolinger-Rich

Am 1. der Eide von Wehrkanen beschwört in rhein-  
fränk (schem Deutsch) (unten), Ludwig der Deutsche  
in pfälzisch (oben) das Bündnis gegen ihren  
Bruder Lothar von Burgund. Die Eide dagegen  
schworen jedes in ihrer eigenen Landessprache  
(Dicht Textual, Beginn des Pfälzischen. Erste Zeile: Dichtungsge)

Rechts

Eines für viele. Alemannisches Fachwerkhhaus  
(1589) in Straßburg, ein hervorragendes  
Zeugnis deutscher Baukultur im Westen

Aufn.: H. Starck, Bilderdienst, Berlin (2)  
Hersfui h, Marsburg (1)

Lois lareu, hsi farun lera dno der si ma  
hapt heptida sumaherile zidun iuracēn  
bōcū mōbēuonno undi mōpme hōp  
bandū mōu arigā lan. H  
Pōl endemwida uorun zihol cā dūmōr  
dēm baldetē uol on sinuoz birukie i  
thūmquolēn in lēgūm. sū mōrāstūstē  
thūl quā lēu. sū mōrāstūstē zū  
lēgūlōn mōdān. sū mōrāstūstē  
sūl mōrāstūstē. sū mōrāstūstē  
mōrāstūstē ben zūmāstūstē. sū  
mōrāstūstē sūl zūmāstūstē

Ältestes deutsches Sprachdenkmal aus vorchristlicher Zeit  
Die im zehnten Jahrhundert aufgeschriebenen Merseburger Zaubersprüche



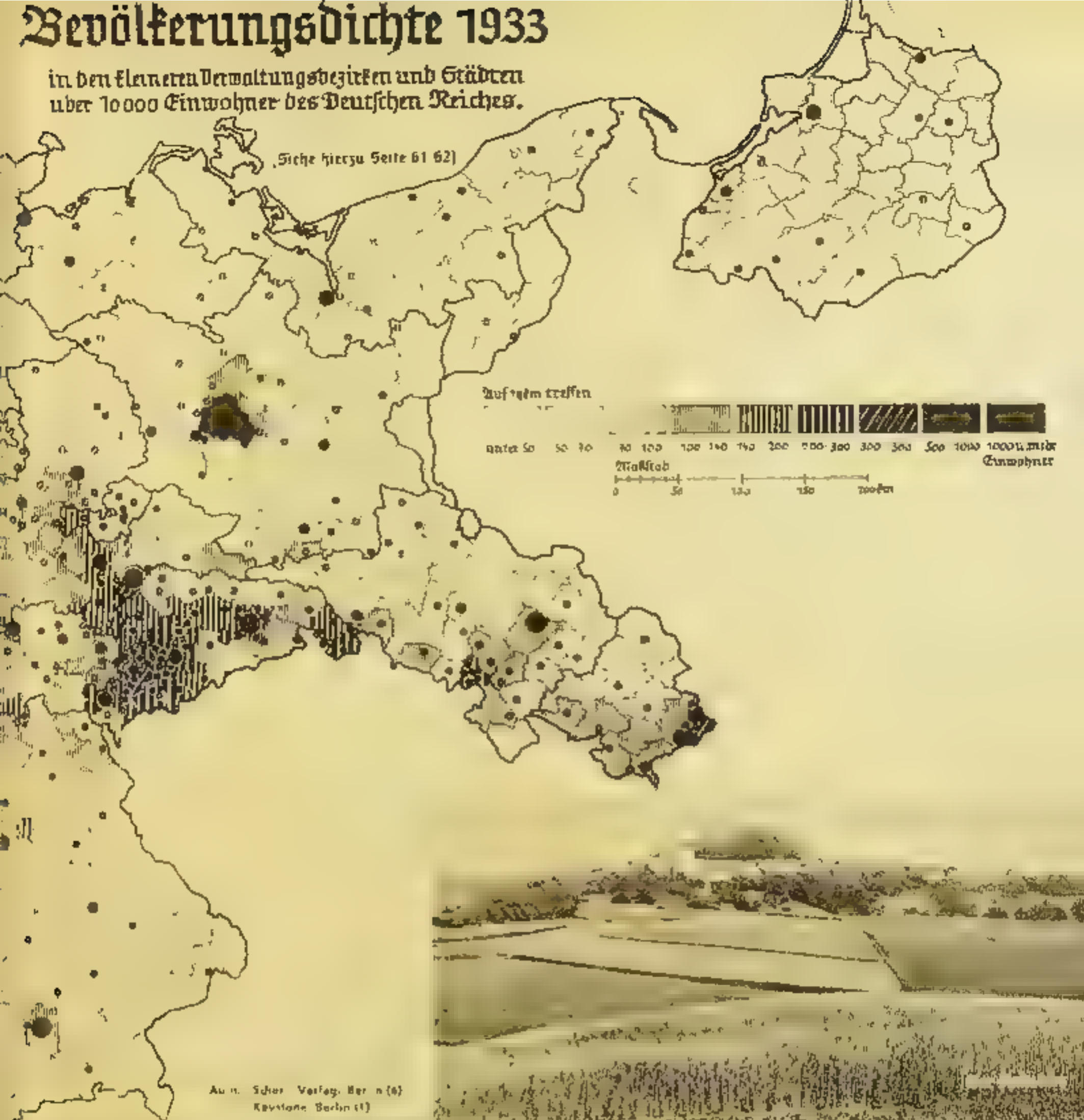






# Bevölkerungsdichte 1933

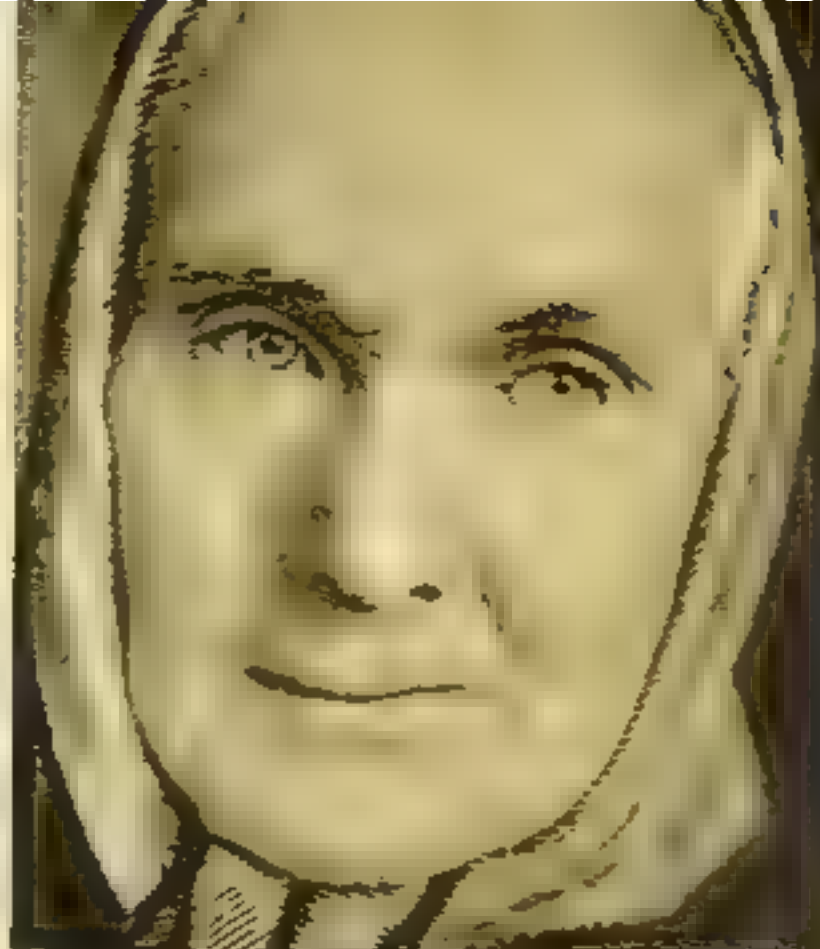
in den kleineren Verwaltungsbezirken und Städten  
über 10000 Einwohner des Deutschen Reiches.



Aus: H. Scher, Verlag, Berlin (6)  
Kartographie Berlin (1)







# Das deutsche Volks- gesicht



Aufn. E. Landvas-Dirksen  
Berlin (5)  
H. Retzsch, Berlin (1)



# Deutschlands Bevölkerungsdichte 1933

Am Orte Karte auf den mittleren Bildseiten

Im Jahre 1816 ist Deutschlands Bevölkernngsdichte noch weitgehend ausgeglichen, obwohl das Gefälle von Westen nach Osten bereits besteht. Die Rheinprovinz zählt fast 73 Einwohner auf das Quadratkilometer, Westfalen 52; Pommern umgekehrt 23, Ostpreußen 25. Doch nehmen von 1816 bis 1834 Oberland, Westfalen und Saar um 25 v. H. an Bevölkerung zu, während das Land östlich der Elbe um 34 v. H. wächst: ein für heute unerhörtes Schauspiel! Der Osten entwickelt sich prächtig und lässt die Erfüllung der deutschen Sehnsucht nach voller Durchdringung des Ostens erhoffen. Die weitgehend ausgeglichene Bevölkerungsstruktur Deutschlands scheint in jener Zeit noch ausgeglichener werden zu wollen. Einerseits ist der Osten äußerst geburtenreich, andererseits aber ging doch schon jahrhundertlang der Strom der überschüssigen Bevölkerung aus dem Rheintal hinüber nach Osten. Von 1640 bis 1840 betrug die Zuwanderung in die preussischen Ostmarken nicht weniger als 300 000 Köpfe! Aber in Mecklenburg ist es schon in den 20er Jahren, Pommern und Ostpreußen in den 40er Jahren endgültig bann zu Ende.

Außerdem aber seit der Jahrhundertmitte, vor allem jedoch seit 1871 und dem Beginn des Großindustrials, mus im Jahre 1890. Die Maschinisierung, Industrialisierung und Verarostädterung Deutschlands

### die Zusammenballung der Menschenmassen

mit sich. Gewerbe und Kleinindustrie gehen von der Nahrungsgrundlage des Landes, aus Märkten und kleineren Städten weg — bzw. machen diese zu Großindustrieorten — und ballen sich in den Zentren der Rohstoffgrundlage und des Verkehrsnetzes. Die Ballung vollzieht sich in einigen wenigen Industriebezirken vor allem des Westens, während der größere Rest zurückbleibt oder gar zurückgeht. Sie ist mit Opfern besten Blutes verbunden, das in einem unaufhörlichen Strom aus dem Osten ins Gebiet der Erie und der Kohle herüberklemmt. Die Entwicklung teilt sich um: Der Volksstrom flutet nun

aus dem Osten zurück nach dem Westen.

Die ostdeutsche Kolonisation scheint zu Ende: es wird zum Rückzug geblasen. Deutschland wendet sein Gesicht wieder dem Westen zu. Agenten holen die Menschen nach Rheinland Westfalen hinüber. Deutschland verzahnt in dieser Zeit seine große Mission und seine Zukunft, erfert sie der Riesenstadt. Das ländliche Volk Ostpreußens wandert

nach Berlin und dem Westen ab, wo die Bevölkerungszahlen steil anwachsen. Es ist die Zeit, wo die „Vergeldung“ Berlins aus dem neuen Nordrand des Reichs ebenso an Stelle des rauhen und kargen Potsdamer Lebens im Sinne des „Ich dien“ ist, wie an Stelle der Herrschaft des bürgerlichen Grundbesitzes diejenige der Dominanz.

Schon vor dem Weltkrieg, mehr noch nach ihm, ist Deutschland zerrissener als je. Zwar ist es staatspolitisch durch Bismarck geeint, aber innerlich zerfällt es mehr und mehr in das Stadt- und Landreich, die sich gegenseitig nicht mehr verstehen, in reiche und verarmende, in übertölpelte und untertölpelte, in linderarme und linderreiche, in „fortschrittliche“ und „rückständige“ Gebiete. Damit läuft parallel die seelische, geistige, politische und soziale Zerkümmung des deutschen Volkes. Die Bevölkerungsgebiete des Westens übersteigt die des Nordostens schon um ein Vielfaches.

Hier nun standen wir im Jahre 1933, an der deutschen Schutzsalzwende. Wir leben auf der Karte der „Bevölkerungsgedichte 1933“ (Vulsteine 4 und 5) weisse Gebiete Deutschlands mit Dichten unter 50 Einwohner auf das Quadratkilometer (Grenzmark 43,8, Reg.-Bez. Köslin 48,6, Allenstein 48,0), daneben Ballungen unerhörte. Ausmasses (Bezirk Düsseldorf 742, Chemnitz 502, Köln 388). Hohe Dichtengebiete wechseln mit tiefen Dichtetalern. Über alle völkischen, wirtschaftlichen und politischen Gefahren hinaus bedroht diese Veredung einerseits und Ballung andererseits eine Verengung des Horizonts und eine westanschauliche Gefahr. Von der sächsischen, Berliner und ober-schlesischen Ballung abgesehen, haufen sich die Menschenmassen an der Westgrenze, den Rhein entlang. Der Rhein ist wahrlich Deutschlands Schutzsalzstrom geworden. Weichsel, Oder, Elbe und Donau, um die wir tausend Jahre kämpften, scheinen bedeutungslos, wenn es auf die Bevölkerungsgedichte ankommt. Deutschlands Blick ist einseitig geworden. Die französische Bewegung von 1793 schreckte uns noch, die Bewegung von 1830 griff schon auf Deutschland über, weil wir bereits gastend mit dem Gesicht zum Rhein standen. Der Freiherr vom Stein äusserte sich darüber empört in seinen Vorträgen an Richthausen und Häffner. Den Liberalismus übernahmen wir Deutsche in westeuropäischer Prägung, statt ihn aus der Freiheit der bayerischen Bergwelt, wo die besten Demokraten wohnen, oder aus der Weite der norddeutschen Tiefebene, die bis nach Mittelasien hinein verläuft, zu

<sup>\*)</sup> Zu: 11.01.1923 Wien, „Zoll und Handel“





Ohne Macht und Wehrbereitschaft kein sicherer Osten,  
solange der Bolschewismus Angriffsarmeen schafft

schöpfen, wozu Kant auf dem östlichen deutschen  
Lehrstuhl uns so herrlich vorgearbeitet hatte — nicht  
frei sein von etwas, sondern für etwas (kategorischer  
Imperativ). Der Blick nach dem Westen hat uns  
als freier

iden Seele, der deutschen Kultur, der  
deutschen Kolonisation entstanden, von  
Estland bis hinunter zum Danub und nach  
Steiermark. Die Grenze ist der Mutterboden der  
großen Probleme.

Zugleich trat mit der räumli-  
chen Auseinanderentwicklung des  
deutschen Volkes eine politische  
Gefahr ersten Ranges hervor,  
indem die Wallung im Westen  
für Frankreich dauernd ein An-  
laß zum Ruf nach Sicherheit  
vor die er Menschenflut wurde.

Demgegenüber richtet das  
neue Deutschland seinen

Blick nach West und Ost.

Es wird einen verstärkten Men-  
schenwall im Osten auf dort  
noch vorhandenem Raum auf-  
bauen. Dieser Wall wird  
nur ein Ausfluß, nur eine Form  
der Kräftigung der ganzen deut-  
schen Kulturlandschaft sein. Wir  
werden uns in den Städten be-  
schränken, damit der Wall von  
selbst wächst. Denn der Osten  
gibt uns die Kraft. Hier im  
Grenzraum gegen die öst-  
lichen Bedrohungen aus  
der Vergangenheit und  
aus der Gegenwart (Bol-  
schewismus) sind die acut-  
esten Probleme der deut-

## Gegen Arndt, Fichte, Jahn und Menzel!

.. In Nr. 163 des „Mühlbauer Tageblattes“ erdreißet sich ein „Jemand“, in dem Beirartikel  
„Die Bedeutung des Korbinian-Jubiläums“ zu schreiben:

„Korbinian ist ein leuchtendes Vorbild deutscher Art. Und diese ist von Haus aus Weisheits-  
heit. Sie hat das Deutschtum angenehm und beliebt vor aller Welt gemacht. Hochmut ist dem  
echten deutschen Wesen ein völlig fremder Charakterzug. Diese abstoßende und uns mit dem  
Hass einer Welt belastende Charaktereigenschaft ist unserem Volke erst seit Anfang des 19. Jahr-  
hunderts aneignet worden. Als erste Wortführer zu dieser Verbildung unseres Volkes nennen  
wir Arndt, Fichte, Jahn und Menzel.“

Gegen diese schwarze Geschichtsschreibung schreibt ein tapferer deutscher Lehrer und Kampf-  
genosse in meiner „Ann- und Salzschlacht“ folgende Entgegnung:

„Das heißt also auf gut Deutsch: Wir Deutschen sind nur mehr ein hochmütiges Volk. Unser  
Stolz hat uns den Haß der ganzen Welt zugezogen und alle Freunde abgestoßen. In unserem  
Charakter liegt die Schuld am Weltkrieg. Zum Hochmutsdunkel verführt, verzogen, verbildet  
haben uns Männer wie Arndt, Fichte, Jahn und Menzel. So beschimpft und beleidigt ein  
Deutscher das deutsche Volk und die besten, auserlesenen deutsche Männer, deutsche Führer,  
edelste Charaktere, die deutschen Weisesten von fremder Knechtschaft. Das bringt nur ein wahr-  
echter Internationalist oder ein politischer Ultramontanist über sein Herz. Ein Mann solcher  
armisellen Kreatur, solcher Judasnatur!

Auszug aus dem in vorliegender Folge besprochenen Werk  
Hans Sintel, „Einmal unter Hunderttausend“



oder Kantonalpflichtigkeit, und den damit in Verbindung stehenden besonderen gesetzlichen Vorschriften sind die einländischen Juden gleichfalls unterworfen.

§ 20. Die privatrechtlichen Verhältnisse der Juden sind nach eben denselben Gesetzen zu beurtheilen, welche andern Preussischen Staatsbürgern zur Richtschnur dienen. § 21. Ausnahmen finden bei solchen Handlungen und Geschäften statt, welche wegen der Verschiedenheit der Religionsbegriffe und des Status an besondere gesetzliche Bestimmungen und Formen notwendig gebunden sind. . . . § 31. Fremden Juden ist es nicht erlaubt, in den hiesigen Staaten sich niederzulassen, so lange sie nicht das Preussische Staatsbürgerrecht erworben haben. . . .

§ 36. Ausländischen Juden ist der Eintritt in das Land zur Durchreise oder zum Betrieb erlaubter Handels-Geschäfte gestattet. Über das von denselben und gegen dieselben zu beobachtende Verfahren sollen die Polizei-Behörden mit einer besondern Instruction versehen werden. . . . Hiernach haben sich unsere sämtlichen Staats-Behörden und Unterthanen zu achten."

Ein grelles Licht auf die schlechten Erfahrungen, die mit obigem Edikt bereits nach kurzer Zeit gemacht wurden, wirft folgende Inaspe Verordnung vom 4. Dezember 1822: „Seine Majestät der König haben durch Hochse E. O. vom 18. August d. J. die Bestimmung des Edicts vom 11. März 1812, §§ 7 und 8, wonach die für Einländer zu achtenden Juden zu akademischen Lehr- und Schulämtern, zu welchen sie sich gedrückt gemacht haben, zugelassen werden sollen, wegen der bei der Ausföhrung sich zeigenden Misverhältnisse aufgehoben, welches hierdurch bekannt gemacht wird."

Freyschule sagt in seiner „Deutschen Geschichte" über die Namensänderung der Juden. „ . . . geschah nun die große Umtaufung der preussischen Judenschaft. Die Levi, Eobn und Jakobsbn behielten ihre semitischen Namen bei, die Wolf und Kuh begnügten sich mit den Ewettinamen, welchen ihnen der grausame Volkshumor der Germanen anhängt, die Zwickauer und Bomberger nannten sich einfach nach ihrer Heimat; jene sinnigen Naturen aber, die der sanfte Hauch dieser sentimentalen Epoche angeweht hatte, wählten heilere Namen, um die Schönheit der Seele getreulich auszudrücken, also daß die Turen unserer Versen noch heute von Plümen, Weiden, Nellen und Rosenzweigen dicht umrankt sind . . ."

Dieses Hardenberg'sche Edikt bedeutet einen geschichtlichen Markstein — allerdings nicht des Aufstiegs, sondern des Verfalls. Es festigt ein Entwicklungsresultat, an dem die internationale Judenschaft ein Jahrtausend emig gezimmert hatte. Es bedeutet den Uebergang von der blutembarischen Volksgenossenschaft zur „Staatsgemeinschaft" der auf einem Gebiet befindlichen „Menschen". Welcher Art diese Menschen sind, welcher Ehebegriff ihre

Handlungen leitet — das ist gleichgültig geworden. Sie sind alle „gleich" geworden, so ungleich sie in Wirklichkeit auch sein moogen. Das ist die liberale Gedankenwelt der Französischen Revolution und die Verschiebung der Gesenssage aus der volkisch-rassischen in die religiöse Ebene, nicht zuletzt durch klerikale und jüdische Propaganda (vergleiche oben Seite 49). Dem Deutschen wird die Heimat genommen; denn nichts anderes bedeutet es, wenn Fremdrassigen deutsche Erde ausgeliefert wird (§ 11 des Edicts): Für den Juden ist die Erde nicht Heimat, denn er ist trotz aller abendländischen Zucht immer Nomade geblieben, sie ist für ihn nur Ware und es war nicht nur ein Raub der Heimat, es war auch ein Raub des politischen Grundrechtes der Deutschen, als der Jude mit der Pbrause des „Menschenrechtes" Staatsbürger wurde; denn damit war nicht das Volk Grundlage der Staatsgewalt, weil mit der Aufnahme der Juden jene „Staatsgemeinschaft" nie und nimmer wirkliche Volksgemeinschaft sein konnte. Das Volk war durch eine Summe von „Menschen" ersetzt worden. Das ist echt liberale Lehre.

Hardenberg's Edikt war durchaus gegen jede preussische Tradition: noch das Judenedikt von 1750 untersagte den Juden den Grunderwerb und beschränkte sie hinsichtlich Aufenthalt, Niederlassung und Verheirathung erheblich; selbstverständlich befohl es auch den Verbiess; noch 1772 jagte Friedrich der Große 4000 Juden aus Westpreussen und setzte eine genau bestimmte Zahl, die er duldet, fest. Friedrich Wilhelm I. befohl am 4. 1. 1726, alle Zigeuner unter 16 Jahren sollten ins Zuchthaus, alle darüber sollten gehängt werden.

Auf diesem Erbe hat die Judenschaft weitergebaut: die Taufe wird zum beliebtesten Mittel, um deutschen Volk unterzulassen und unter dieser Maske das Werk der Volkzerstörung fortzuführen. Die damalige Staatsführung bleibt weiter mit Blindheit geschlagen: am 2. Februar 1827 taucht ein Reskript des Ministeriums der geistl. den Angelegenheiten und des Innern auf, worin ausgeführt wird, daß Se. Königl. Majestät ausdrücklich befohlen haben, darauf zu halten, daß den Juden, welche zum Christentum übergehen wollen, gar keine Schwierigkeiten gemacht, „vielmehr ihnen darin möglichst Vorstand geleistet werden sol."

Ein kleines Beispiel dafür, wie sich nun auf allen Gebieten der Einbruch jüdischen Geistes starker denn je vollzog. Im Jahre 1825 trat der Jude Eduard Gans zum Christentum über. 1828, also schon drei Jahre später, wurde er ordentlicher praktischer Professor. Er nahm den „wissenschaftlichen" Streit gegen den deutschen Rechtslehrer von Savigny auf und versuchte durchzusetzen, daß der Dieb in seiner Rechtspersönlichkeit nicht geringer angesehen werde wie der, der nicht gestohlen habe; weiterhin: das diebische Verbrechen als „anfangendes Eigentum" angesehen werden solle. Wir sehen



darin, wie die jüdische Hehlerrasse ihre „Rechts“verstellungen mit den raffiniertesten, angeblich philosophischen Mitteln dem deutschen politischen Leben einzuverleiben suchte.

### Das Gesetz vom 3. Juli 1869 bringt die völlige Gleichstellung der Juden mit den Deutschen.

**Einziger Artikel:** „Alle nach Rücksichten, aus der Verschiedenheit des religiösen Bekenntnisses hergeleiteten Beschränkungen der bürgerlichen und staatsbürgerlichen Rechte werden aufgehoben. Insbesondere soll die Befähigung zur Teilnahme an der Gemeinde- und Landesvertretung und zur Bekleidung öffentlicher Ämter vom religiösen Bekenntnis unabhängig sein.“

Hierdurch wurde die letzte Schranke, die die Juden von der Zulassung insbesondere zum Richteramt abhielt, beseitigt. Ebenso wurde es dem Juden ermöglicht, Vormund deutscher Kinder zu sein. Das Reichsgesetz vom 6. Februar 1875 (Reichspersonenstandsgesetz) beseitigte die letzten Beschränkungen des Rechts der Eheschließung (§ 19) und hob die formell bestehende Ungleichheit der Ehe zwischen Juden und Christen, wie sie nicht nur das gemeine Recht, sondern sogar das römische Recht vertrat, auf.

Diese Gleichstellung der Juden als Staatsbürger ist der eine politische Vorgang innerhalb der Länder, vornehmlich Preussens, den man kennen muß, um zu verstehen, wie das spätere Zweite Reich ausfiel.

Der andere innerpolitische Vorgang ist der Kampf um ein neues Verhältnis der Deutschen zueinander,

### der Kampf um eine neue Gemeinde.

Der Freiherr von Stein kennzeichnet das damalige politische Problem folgendermaßen (Brief aus Troppau vom 9. Juli und 3. August 1809 an Gens und Etablon):

„Beurteilt man den Geist der verschiedenen Klassen der bürgerlichen Gesellschaft in dem nördlichen Deutschland, so herrscht bei dem wohlhabenden Adel überwiegend der Wunsch, sein Eigentum ruhig zu genießen, auf den ärmeren würde die Aussicht, bei den neuen militärischen Einrichtungen angestellt zu werden, wirken, die handelnde Klasse wünscht die Wiederherstellung des freien Verkehrs, insofern er ohne große Aufopferung zu erhalten ist, der Mittelstand und der Bauer haften treu und fest an Deutschland, seinem alten Landesherrn und dem alten Zustand der Dinge. Diesen Stand muß man ehren, heben und ihm die Aussicht zu großen Vorteilen verschaffen. Am gemeinsten denken die öffentlichen Beamten, bei ihnen ist der Metellingsgeist der herrschende, sie wird man streng sichten und die beibehaltenen unter genauer Aufsicht nehmen müssen. Alle kleinen Fürsten haben aus Egoismus und Gerühl der Schwäche denselben Geist; ihnen kommt es nur an auf Erhaltung ihres winzigen Daseins, gleichgültig gegen das Schicksal des Vaterlandes; sie

wird man daher entweder alle vorläufig entfernen oder an einem sicheren Ort sammeln und unter strenger Aufsicht nehmen müssen, da man denn ihr Land in ihrem Namen verwalten, bis man umstände sein wird, eine dauerhafte Ordnung der Dinge zu berücksichtigen.“

Stein unternahm nun den großen Versuch einer erneuten politischen Einschaltung des Bauerntums und kleinen Bürgertums.



Geheimer Finanzrat Süß im Galgenhöf (4. 2. 1738)

Kupferstich, Germanisches Museum, Nürnberg 1738

Süß-Oppenheim war ein Muster des fürstlichen Hofjudentums, der das Vertrauen des geldbedürftigen Herzogs Karl Alexander von Württemberg hemmungslos und ohne Erbarmen gegen Nichtjuden mißbrauchte, den Staat korrumpierte und die Finanzen in Unordnung brachte



## Das Werk des Reichsfreiherrn vom Stein und sein Scheitern.

Lassen wir Stein über sein Werk selbst sprechen (aus seinen „Lebenserinnerungen“):

„Man ging von der Hauptidee aus, einen sittlichen, religiösen, vaterlandischen Geist in der Nation zu heben, ihr wieder Mut, Selbstvertrauen, Beratwilligkeit zu jedem Opfer für Unabhängigkeit von Fremden und für Nationallehre einzulösen und die erste günstige Gelegenheit zu ergreifen, den blutigen, wagnisvollen Kampf für beides zu beginnen. Man zählte auf den Beistand von England, hoffte auf Rußland und auf mögliche unerechenbare Ereignisse — die dann in der Folge auch bald eintraten. Die zur Erreichung jenes allgemeinen Zweckes ergriffenen Maßregeln waren

1. Aufhebung der persönlichen Leibeigenschaft in der preussischen Monarchie; durch ein Edikt Oktober 1807 sollte mit dem 8. Oktober 1809 die persönliche Leibeigenschaft mit ihren Folgen, insbesondere dem sehr drückenden Gesinde-Zwangsdienst, aufgehoben sein, die aus dem dinglichen Besitz fließenden Verpflichtungen des Bauern bleiben unverändert. Es war der Meaerungsgeist des Staatskanzlers Hardenberg (beraten von einem Phantasten, Herrn Scharrenweber, der im Jrenhaus zu Eberbach 1820 starb) vorbehalten, die Verhältnisse des Gutsherrn zum Bauernstand und dessen innere Familienverhältnisse auf eine diesem verderbliche Art 1811 umzuwalzen. Hieran halte ich keinen Anteil.

2. Verwandlung der Domänenbauern in Ost- und Westpreußen in freie Eigentümer.

3. Bildung städtischer Gemeinden durch die Städteordnung von 1808, versehen mit dem Wahlrecht ihrer Magistrate und einer angemessenen inneren Verwaltung, um die Liebe zur Gemeinde und Teilnahme an Gemeindeangelegenheiten zu erwecken und zu unterhalten ...

4. Der König war damals schon geneigt zur Bildung von Reichsständen und zog in vielen Fällen die vorhandenen Landstände zu Rat.“

Der Wert dieser Maßnahmen Steins kann nur aus der geschichtlichen Situation beurteilt werden, in der er sich als deutscher Mann bezeugte. Sein großer Gedanke war, den deutschen Männern, die fest und lebhaft im deutschen Lande verwurzelt und daraus wahrhaft völkisch gebunden sind, politische Verantwortung zurückzugeben.

Stein will nicht eine bloße Verwaltungsorganisation, sondern eine wirkliche Zusammenführung der Menschen:

„Ersparung der Verwaltungskosten ist aber der weniger bedeutende Gewinn, der erhalten wird durch die vorgeschlagene Teilnahme der Eigentümer an der Provinzialverwaltung, sondern weit wichtiger ist die Belebung des Gemeingeistes und Bürger sinns,

die Benutzung der schlafenden oder falschgeleiteten Kräfte aus der zerstreut liegenden Kenntnisse, der Einklang zwischen dem Geist der Nation, ihren Ansichten und Bedürfnissen und denen der Staatsbehörden, die Wiederbelebung der Gefühle für Vaterland, Selbstständigkeit und Nationallehre.“

So sehr Stein aber das Ziel richtig erkannt hatte und sich mit ganzer Lebenskraft dafür einsetzte, konnten doch seine Maßnahmen, so sehr sie dazu beitrugen, die Fremdberrschaft abzuschütteln, den langen geschichtlichen Weg des Volkserfalls nicht entscheidend aufhalten. Die Gründe dafür sind:

1. Stein war (ähnlich wie später Bismarck) ein großer Einzelner. Er führte nicht eine Gefolgschaft, die an allen Stellen des Volkslebens in geschlossener Willenseinheit ansetzt, um jeden deutschen Menschen zum Träger des Gemeingeistes und damit zum Volksgenossen zu machen. Seine Mittel zur Erreichung des großen Zieles der Volkwerdung waren also nicht Menschen, sondern Regierungsmaßnahmen, die von oben her verwaltend verordnet wurden. So wenig Stein selbst eine bloße Verwaltungsreform wollte — er konnte als Einzelner nicht bewirken, daß seine Maßnahmen mehr wurden. Wie kann ein Einzelner einen revolutionären Umbruch allein vollziehen, sondern immer nur eine Mannschaft. Diese war am Anfang des 19. Jahrhunderts nicht vorhanden. Der großartige völkische Appell der Freiheitskriege setzte zwar die Männer in gleichen Schritt und Tritt — aber nur, solange es dem äußeren Feinde galt. Die letzte weltanschauliche Ausrichtung der Herzen, denen die vielfältigen täglichen Entscheidungen des Volkslebens anvertraut sind, kam nicht zustande.

2 Die Stadtgemeinde Steins nach der Städteordnung vom 9. November 1808 raumt zwar zu Gunsten des Gemein sinnes auf,

a) mit der Absonderung der Städte aus dem gemeinen Ganzen (indem sie ihnen ihre bisherigen Hauptfunktionen, Gerichtsbarkheit und Polizei, nahm),

b) mit der sich in der Stadtverfassung ausprägenden Zerspaltung der Stadt in Interessengruppen (indem die Wahl der Stadtverordneten nach Ordnungen, Zünften und Korporationen aufgehoben und anstatt dessen die Teilnahme der ganzen Bürger schaft gesetzt wurde),

sie vermag aber die verknöcherte Stadtverfassung einer vergangenen Zeit nicht zu ersetzen durch eine neue lebendige Ordnung der Menschen, sondern allein durch eine Papierordnung der formalen Willensbildung der Stadt. Jede Lebensordnung bedarf einer blutgegründeten Weltanschauung. Die Stadtgemeinde Steins gab den Menschen keine innere Gerichtlichkeit solcher Art. Deshalb begünstigte sie die Entwicklung der Großstadt mit ihrer meinungslosen Masse.

3. Zur Aufstellung einer neuen Ordnung der Landgemeinde ist es nicht gekommen. Die Maß-



nahmen Steins, die in die alte Landordnung ein-  
griffen, tragen den gleichen Charakter wie die städti-  
schen Maßnahmen: sie beseitigen wohl die lan-  
gueterten Zustände der feudalen Abhängigkeits-  
verhältnisse, aber sie setzen an deren Stelle keine  
neue Lebensordnung des Volkes.

Ein Satz aus der Verordnung vom 27. Juli 1808 kenn-  
zeichnet mit zum entscheidende Lage am treffendsten: „Jeder  
eigenthümliche Inhaber eines bäuerlichen Grundstücks, und zwar  
in Unveräußerlichkeit demselben erlangt, als von heute  
an die Befugnis, über dasselbe frei und ungehindert, den  
Wechsel gemäß, zu verfügen, selbes nach Belieben zu ver-  
kaufen, zu vererben und zu verpfänden und kann sich über-  
haupt davon aller Nützlichkeiten, Vorteile und Rechte und  
Verpflichtungen erheben wie der freie und eigenthümliche  
aus dem vollständigen Eigentum eines bäuerlichen Grund-  
stücks entspringen.“

Nun ist der Boden zur Sache geworden. Es ist  
das Verhängnis dieser Steinischen Maßnahme, daß  
sie den Bauern zwar die Entscheidungsfreiheit  
schenkt, nicht aber die Entscheidungsgrundlage,  
die verhüten, daß diese Freiheit Volksverfall bewirkt.  
Der weitere Gang der Geschichte brachte den Bauern  
in die Abhängigkeit der Geldmächte, denen nun der  
Zugriff zur Erde eröffnet war. Stein hat der  
neuen Landordnung nicht die Grundlage  
gesicherter Weltanschauung zu geben ver-  
mocht. Die Landgemeinde ist deshalb in der Zukunft  
dem Einbruch des liberalen städtischen Geistes mehr  
denn je ausgeliefert gewesen.

4. Der große Angriff Steins gegen die anonymen  
Geldmächte und das Judentum blieb erfolglos. Es  
ist das tragische Schicksal dieses großen Deutschen,  
daß sein Schlag gegen das innerlich längst abge-  
storbene Feudalsystem, also der Schlag gegen die  
Küste der Vergangenheit, glückte, nicht aber  
der Schlag gegen den aufstrebenden Ver-  
fallsgeist der Gegenwart. Damit blieb seinem  
Wirken der Zukunftssegen versagt.

Lassen wir wieder Stein selbst sprechen: „Die  
Bank hielt ich für ein verderbliches Institut, sie  
zog bedeutende Geldsummen an sich, deren Verwen-  
dung Beamten anvertraut war, sie sollte zwar nicht  
auf Grundstücke ausleihen, sondern nur auf Waren,  
Papiere u. v. diskontieren. Die Beamten ihrer  
Provinzialkontoren zu Elbing ließen leichtsinnig auf  
Güter in Preussisch-Polen, woraus nachher sehr ver-  
derbliche Transaktionen mit Napoleon, später mit  
Rußland entstanden. Die anderen Kontoren beauftra-  
ten hauptsächlich jüdische Bankiers, deren List,  
Zusammenhang, Beharrlichkeit, Mangel an Ehr-  
gefühl, wenn nur Habguth befriedigt wird, in jedem  
Staate verderblich ist und besonders nachteilig auf  
die Beamtenwelt wirkt. Ich verbot die hypothekari-  
schen Geldwerte in Preussien, zog alle zwei Monate  
die zum Teil seit Jahren ausstehenden Fonds ein,  
bei welcher Gelegenheit sich ein großer Betrug eines  
jüdischen Bankiers (Ephraim) entdeckte, der ihn zur  
Flucht nach Wien zwang, wo er Schutz durch seine  
Schwägerin Frau von Arnstein und durch Verände-  
rung der Religion fand und einen Dismantanten zum  
Selbstmord brachte. Zugleich entwarf ich einen Plan  
zur Beschränkung des Zuflusses des baren Geldes in

der Bank, um den unmittelbaren Verkehr zwischen  
den Geldbesitzenden und der das Geld zum Gewerbe-  
betrieb bedurftenden Klasse zu begünstigen, welcher  
dessen Erhaltung ohnehin erschwert war durch die  
Vollkommenheit des Hypothekenwesens und die land-  
wirtschaftlichen Kreditverhältnisse.“ („Lebenserinne-  
rungen“, Zeit von Nov. 1804 bis Sept. 1806.)

Hardenberg, der Stein ablöste, ließ das Wertvolle  
der Steinischen Maßnahmen in das glatte Gegenteil  
umschlagen. Es wurde oben hervorgehoben, daß es  
Stein nicht gelang, seine Maßnahmen in die Sicher-  
heit einer blutgebundenen Weltanschauung zu stellen  
und hieraus aufbauend wirken zu lassen, daß sein  
Werk gegen den liberalen Verfallsgeist nicht ge-  
nügend Sicherungen besaß. Hardenberg war (im  
Gegensatz zu Stein, dem Kämpfer für Gemeingeist)  
der ausgeprobierte Verfechter der individuellen libe-  
ralen Theorie. Sein Vollerwerb ist die politische  
Einordnung der Juden als Gleichberechtigte (siehe  
oben S. 60 ff.). Dieser liberale Geist zog nun auch  
in den Gemeinden, in dem ganz anders gedachten Bau-  
Steinischen Selbstverwaltung ein, und so sieht Stein  
sein Werk vernichtet. Am 5. Januar 1818 klagt er  
in einem Briefe an Arndt:

„So gehen wir blind in die Irre und hegen  
uns auf die tollste Art gegeneinander; der eine  
will das Volk in einen großen Brei auflösen,  
alle Gliederungen und Absonderungen zerstören,  
der andere will die Bauern in Tagelöhner, die  
Bürger in patentierte Pöbel und das Ganze  
in ein Aggregat von Gesindel, Juden, neuen  
Reichen, phantastischen Gelehrten verwandeln.“

Stein hat die liberalistische Volksauf-  
lösung, die seine Nachfolger in den staa-  
tlichen Ämtern betrieben, richtig  
durchschaut.

Er hat auch das treffendste Urteil über das „Welt-  
bürgerthum“, die große Phrase seiner Zeit. „Der Kommo-  
dismus ist unter den Staatsbürgern, was der Poltrichter unter  
den Gelehrten, der eine gehört allen Staaten zu und mit  
dem letzten Worte der letzte weiß alle Welt zu schmeicheln und  
schmeichelt in keiner Weise.“ Dem Kommodismus fehlt eine bestimmte Richtung“, sagt er ein-  
mal.

#### Die Vernichtung der politischen Gemeinde durch den nachfolgenden Liberalismus.

So kennzeichnen die Gemeindeforderungen des  
Liberalismus nach der Tendenz, die politischen Wirk-  
lichkeiten der Gemeinde zu untergraben und als  
Grundlage der Gemeindeforderung nicht mehr die  
Menschen so zu begreifen, wie sie nach ihren Wirk-  
lichkeiten sind, sondern als „Einzelne“, als „Indi-  
viduen“. Dieser Vorgang der Entwirklichung  
hat sich in einer sehr charakteristischen Weise voll-  
zogen: er zeigt als Zwischenererscheinung die Un-  
deutung der Menschen auf ihren Geldes-  
wert.

Die Stufen sind für die Landgemeinde:

I. Der Bauer ist die ursprüngliche Lebenswirk-  
lichkeit der Landgemeinde. Das Bauertum als



Grundlage der Landgemeindeverfassung erhält sich (wenigstens der Sache nach) noch bis zum Allgemeinen Landrecht für die Preussischen Staaten (A.L.R.) von 1794.

X. V. Tit. II, Titel 7, § 18, heißt: „Die Besitzer der in einem Orte oder in einem Vorwerk gelegenen bäuerlichen Grundstücke machen zusammen die Dorfgemeinde aus.“ § 20: „Nur die angesessenen Wirte nehmen, als Mitglieder der Gemeinde, an den Beratungen derselben teil.“ Das ist der letzte Rest der alten deutlichen Bauernverfassung. Wer nicht Bauer ist, der rechnet in der Gemeindegewalt nicht mit und gehört zu den „übrigen Dorfschmwohnern“.

II. Die Umdeutung auf Geld beginnt damit, daß der Gemeindevort von der Bauerneigenschaft zum Steuerwert verlegt wird.

Beispiel ist das Gesetz betr. die Landgemeindeverfassungen in den sechs östlichen Provinzen der preussischen Monarchie vom 14. 4. 1856, § 5: „1. Zur Teilnahme an dem Stimmrechte dürfen nur solche Einwohner des Gemeindebezirks verstatet werden, welche einen eigenen Hausstand haben und zugleich in dem Bezirk mit einem Wohnhause angesessen sind. 2. Wenn aber jemand in dem Gemeindebezirk ein Grundstück besitzt, welches wenigstens den Umfang einer die Haltung von Zugvieh zu ihrer Bewirtschaftung erfordernden Aderabteilung hat, oder auf dem sich eine Fabrik oder eine andere gewerbliche Anlage befindet, deren Wert dem einer Aderabteilung mindestens gleichkommt, so ist derselbe zur Teilnahme am Stimmrechte auch dann zugelassen, wenn er nicht Einwohner des Gemeindebezirks ist (Forense). Dasselbe gilt auch für juristische Personen, welche Grundstücke von einem solchen Umfang im Gemeindebezirk besitzen. 3. Den Besitzern solcher Grundstücke, welche die übrigen an Wert und Größe erheblich übersteigen, kann mehr als eine Stimme beigelegt werden. 4. Auch können die Gemeindeglieder in Aufhebung ihrer Teilnahme am Stimmrechte in verschiedene Klassen geteilt werden. 5. Die Stimmen der Besitzer derjenigen kleinen Grundstücke, welche zu ihrer Bewirtschaftung kein Zugvieh erfordern, können zu Gesamtstimmen (Kollektivstimmen) verbunden werden. Dergleichen Besitzer haben alsdann das Stimmrecht in der Gemeindeversammlung durch Abgeordnete auszuüben, welche sie aus ihrer Mitte auf mindestens drei und höchstens sechs Jahre wählen.“

Die Anlegung dieses Geldmaßstabes an die Menschen hat für das Gemeindeleben mehrere Folgen:

1. Nicht mehr die ordnungsverwurzelte und aufgabereiche Lebenslage bäuerlichen Einzelstehens ist Voraussetzung des Gemeinder Rechtes, sondern eine formale äußerliche Seßhaftigkeit (Hausstand und Wohnhaus, § 5 Ziff. 1).

2. Die Gesamtheit der Gemeindeglieder wird nach der geldmäßigen Verchiedenheit ihres Besitzes in Klassen zerpalten, und damit wird die Gemeinde der Geldlossenheit des politischen Einflusses beraubt (§ 5 Ziff. 4).

3. Der Geldmaßstab bewirkt die Verleihung des höchsten Gemeinder Rechtes an anonyme juristische

Gebilde und bewirkt die Einflußnahme getarnter Interessen- und Volkszerlegungsgruppen auf das Gemeindeleben. Hier ist ein glänzendes Beispiel dafür, wie die Erhebung des Geldes zum Maßstab immer einen völligen Verzicht auf die leibhaften Menschen bedeutet (§ 5, Ziff. 2, hier ist gleichzeitig für Menschen, die am wirklichen Gemeindeleben nicht teilhaben, weil sie in anderen Gemeinden leben, das Stimmrecht gesichert.).

4. Der Geldmaßstab bewirkt für den kleinen Mann eine Entfernung von der unmittelbaren und persönlichen Gemeindeverantwortung; es geschieht die Zwischenhaltung von Abgeordneten. In der Art, in der das geschieht, liegt eine große Verachtung des Menschen als Volksgenossen: der Mensch ist als deutscher ehrbewußter Mann unerheblich gemacht, und er gewinnt Erheblichkeit nur in dem Maße, in dem er Geld besitzt. Besitzt er wenig Geld, so wird er rechnerisch zusammengefaßt und von allen Entscheidungen ferngehalten (Annahme des § 5, Ziff. 5).

Zusammenfassend ist also festzustellen: der Geldmaßstab entfernt die Menschen voneinander; zerstört damit wirkliches Gemeindeleben; besetzt als Grundlage nicht den leibhaften Menschen, sondern seinen errechneten Geldwert; setzt also an Stelle der Lebenswirklichkeit die erdachte Zahl; faßt die Gemeinde nicht auf als politische Zelle der Volksgenossenschaft, sondern als unpersonliche Anstalt zur Erfüllung kapitalistischer Aufgaben; die wirkliche Sorge und die wirkliche Not der Menschen ist jener Gemeinde gleichgültig, denn sie „reicht“ gar nicht bis an die Menschen, sondern nur bis an deren Geldbeutel.

So war der Kampf Steins nur eine neue politische Gemeinde geüßert. Ein unpersonliches Verhältnis beherrschte das Gemeindeleben, Juden waren in der Gemeinde politisch vollberechtigt — in dieser innerpolitischen Verfassung gingen die Deutschen an den Bau des Zweiten Reiches!

### Die Verfassung des Zweiten Reiches

beruhte ganz und gar auf der Verfassung des Norddeutschen Bundes. Es waren die Landesgewalten, die zusammengekommen waren, um sich unter der Führung der Landesgewalt Preußens staatlich auszurichten. Es war also keine durch und durch völkische Ausrichtung. Der politische Schwerpunkt der Staatsgewalt lag verfassungsgemäß beim Bundesrat. So war das Zweite Reich seiner Verfassung nach nicht die politische Aktionsform des Volkes, sondern der Landesgewalten (25 Staaten und Reichsland Elsaß-Lothringen). Trotzdem ist nicht zu verkennen, daß es in seinen Schicksalsstunden (1870/71 und 1914) immer elementar zur völligen Aktion wurde. Der Reichstag war dem Bundesrat beigeordnet. Die gesamte Reichs-







bekenntnis. (So ist es nicht verwunderlich, daß die Juden Ballin und Rathenau engste Berater Wilhelm II. sein konnten.)

Wie unsicher das Zweite Reich in seinem Volksebegriff war, zeigt der Erlaß des Staatssekretärs im Reichskolonialamt (Solf) vom 7. Januar 1912 in der Frage der Mischlinge: „Ich habe in der langen Zeit, in der ich dem dortigen Schutzgebiet als Gouverneur vorgestanden habe, der Mischlingsfrage unausgesetzt meine besondere Aufmerksamkeit gewidmet. Die Erfahrungen und Beobachtungen, die ich dabei gemacht habe, haben mich immer mehr in der Überzeugung gefestigt, daß es für Samoa die höchste Zeit ist, gegen die Verbreitung der Mischlinge mit durchgreifenden Mitteln vorzugehen. Zu diesem Zwecke erscheint mir die Beobachtung der nachstehenden Grundfätze geboten, nach denen ich künftighin zu verfahren bitte:

1. Ehen zwischen Nichteingeborenen und Eingeborenen werden nicht geschlossen.

2. Die Nachkommen aus den bisher seitens angeführten Mischlingen sind Weiße

3. Die aus illegitimen Verbindungen stammenden Mischlinge, soweit sie in der gegenwärtig geführten Mischlingsliste eingetragen sind, sind den Weißen gleichzustellen. Die Liste ist zu revidieren, Unwürdige sind zu streichen

4. Mischlinge, die nach Bekanntgabe dieser Grundfätze geboren werden, sind Eingeborene.

5. Solche Eingeborene, die fließend Deutsch sprechen und europäische Bildung nachweisen, können auf Antrag den Weißen gleichgestellt werden

Wie ich hinzufüge, soll den Grundfätzen lediglich die Bedeutung allgemeiner Richtlinien für die Behandlung der einschlägigen Angelegenheiten zukommen.

Es ist bemerkenswert, daß in Punkt 5 dieses Solfschen Erlasses dem „fließend Deutsch Sprechen und europäische Bildung nachweisen“ dieselbe vorläufige Rolle zukommt wie der Taufe im Hardenbergschen Edikt 1812! (Seite 60 ff.)

2. Das Zweite Reich kennt nicht den politischen Grundbegriff Volksgenosse, der jeden Träger des deutschen Blutes als Träger derselben deutschen Ehre mit gleichem politischem Grundrecht auszeichnet, gleichgültig, ob er viel Geld hat oder wenig, ob er Arbeiter der Stirn oder Arbeiter der Faust ist

Es kennt eine Verschiedenheit des politischen Grundrechtes nach der Verschiedenheit des kapitalistischen Besitzes und nach der Verschiedenheit des Standes: Dreiklassenwahlsystem und Bevorrechtigung der Fürsten und der Standesherren

3. Der Staat wird nicht begriffen als Werkzeug der völkischen Blutsgenossenschaft, nicht als politische Aktionsform des Volkes, sondern als politische Aktionsform der deutschen Landesgewalten unter Führung der Landesmacht Preußen.

Die Vorrede zur Verfassung des Norddeutschen Bundes ist der schlagende Beweis hierfür. Sie lautet: „Seine Majestät der König von Preußen, Seine Majestät der König von Sachsen, Seine Königl. Hoheit der Großherzog von Mecklenburg-Schwerin, Seine Königl. Hoheit der Großherzog von Sachsen-Weimar-Eisenach, Seine Königl. Hoheit der Großherzog von Mecklenburg-Strelitz, Seine Königl. Hoheit der Großherzog von Oldenburg, Seine Hoheit der Herzog von Braunschweig und Lüneburg, Seine Hoheit der Herzog von Sachsen-Meiningen und Hildburghausen, Seine Hoheit der Herzog zu Sachsen-Altenburg, Seine Hoheit der Herzog zu Sachsen-Koburg und Gotha, Seine Hoheit der Herzog von Anhalt, Seine Durchlaucht der Fürst zu Schwarzburg-Rudolstadt, Seine Durchlaucht der Fürst zu Schwarzburg-Sondershausen, Seine Durchlaucht der Fürst zu Waldeck und Pyrmont, Ihre Durchlaucht die Fürstin Reuß älterer Linie, Seine Durchlaucht der Fürst Reuß jüngerer Linie, Seine Durchlaucht der Fürst von Schaumburg-Lippe, Seine Durchlaucht der Fürst zur Lippe, der Senat der freien und Hansestadt Lübeck, der Senat der freien Hansestadt Bremen, der Senat der freien und Hansestadt Hamburg, jeder für den gesamteten Umfang ihres Staatsgebietes, und Seine Königl. Hoheit der Großherzog von Hessen und bei Rhein, für die nördlich vom Main gelegenen Teile des Großherzogtums Hessen, schließen einen ewigen Bund zum Schutze des Bundesgebietes und des innerhalb desselben gültigen Rechtes, sowie zur Pilege der Wohlfahrt des Deutschen Volkes...“ Die Vorrede zur Verfassung des Deutschen Reiches vom 16. April 1871 vermehrte diese Aufzählung der einen Bund schließenden um Seine Majestät der König von Bayern, Seine Majestät den König von Württemberg, Seine Königl. Hoheit den Großherzog von Baden und seine Königl. Hoheit den Großherzog von Hessen und bei Rhein für die südlich vom Main gelegenen Teile des Großherzogtums Hessen und schließt: „Dieser Bund wird den Namen Deutsches Reich führen und wird nachstehende Verfassung haben!“

Aus dem Inhalte der Verfassung ergibt sich die Führerbestimmung der Landesmacht Preußen

Der Begriff „Deutsches Volk“, der in dieser Vorrede aufsteht, ist nicht der politische Grundbegriff der Verfassung des Zweiten Reiches, sondern in die Zweckbestimmung des Bundes der Landesgewalten als „Pilege der Wohlfahrt des deutschen Volkes“ neben „Schutz des Bundesgebietes“ und „Schutz... des innerhalb desselben gültigen Rechtes“ eingefügt (unter letzterem ist die Aufrechterhaltung der politischen Zersplitterung in Länder und Ländchen einbegriffen). Das ist für das Zweite Reich kennzeichnend: es ist verfassungsgemäß nie zur totalen völkischen Ausrichtung des Staates durchgedrungen. Hierüber ist im letzten Heft der Schulungsbriefe (I/38) ausführlich berichtet worden.



**Ergebnis:** Das Deutsche Volk hatte in der Verfassung des Zweiten Reiches keine ihm gänzlich entsprechende politische Aktionsform erhalten; daraus ergab sich zweierlei: 1. Ein fortwährender innerpolitischer Kampf um neue Formen war an der Tagesordnung, 2. Da in diesem innerpolitischen Kampfe das Volk an keiner blutsbewußten Führung (die notwendigst Staatsführung gewesen wäre) Halt hatte, war es volksfremden, eigenmächtigen Kräften ausgeliefert, die sich insbesondere den wirtschaftlichen Wandel zunutze machten. Aus ihrer eigenen Unzulänglichkeit mußte deshalb die Reichsgewalt zwei innerpolitischen Machtfaktoren erliegen: der politisierenden Kirche und dem Marxismus.

### Politisierende Kirche gegen Zweites Reich

Die Kirche hatte zu Beginn des 19. Jahrhunderts an politischer Position stark eingebüßt (Schulungsbrief 8/37). Sie versuchte nun ihre weltlich-politische Macht wiederherzustellen, um die mittelalterliche Verfassung wieder zu erreichen. Zuerst wurden große Hoffnungen auf revolutionäre Ereignisse gesetzt (so

auf 1848, dann auf späterer, nie eingetretener Revolutionen). Da wurde, als sich auch diese Hoffnung auf eine deutsche Niederlage 1870/71 zerbrach und sich die deutsche Einheit allen Widerständen zum Trotz festigte, ein politisches Zerfällungsinstrument geschaffen. bereits 1852 hatte sich im Landtag Preußens eine „Katholische Fraktion“ gebildet; ähnliche Erscheinungen tauchten in den süddeutschen Staaten auf, — nun nach der deutschen Einigung konstituierte sich Anfang des Jahres 1871 die Zentrumsfraktion des Reichstages; es war kurz nachdem sich das Papsttum im ganzen neu konstituiert und damit seine weltlich-politische Schlagkraft ungeheuer gesteigert hatte, als es das Dogma der Unfehlbarkeit verkündete. Am 3. März 1871 zählte die Zentrums-partei 718 348 Stimmen (53 Abgeordnete), am 25. Januar 1907 bereits 2 190 976 Stimmen (105 Abgeordnete).

Bismarck über seine Erfahrungen mit dem Zentrum (Rede am 8. Mai 1880): „Unser Hauptgegner ist die Partei des Zentrums gewesen. Das Zentrum hat seit 6 Monaten in allen Fragen des preussischen Landtags und in allen Fragen des Reiches ausnahms-

### Das deutsche Wasserstraßennetz

Künstliche West-Ost-Kanäle überwinden die Wasserscheiden  
12. Februar 1924 Nr. 1/25 Deutscher Geogr. Anz. 11. Tafel und Höhenprofil





los mit wenig Diskussion und wenig Aufwand von Argumenten geschlossen gegen die Regierung geschlossen. Das ist ein Gegner, der an und für sich so stark, so diszipliniert ist, daß er von seinen über 100 Mann so an den meisten Tagen reichlich die Hälfte der Prasenzzahl, die augenblicklich in diesem Jahre üblich war, zu stellen umstände ist . . . Zur n. d. liegt in dem Auftreten des Zentrums gegen die deutsche, respektive preussische Regierung eine Interpretation für die Intentionen des römischen Stuhls, ein Barometer für das, was wir von Rom schließlich zu erwarten haben . . ." (Rede am 16. April 1875): „An der Spitze dieses Staates im Staate steht der Papst mit autokratischen Rechten, welcher durch das Vatikanum die bündelnde Gewalt in sich aufzunehmen und sich selbstherrlich an deren Stelle gesetzt hat. Dieser Monarch befindet sich außerdem bei uns an der Spitze einer geschlossenen Partei, die wählt und abtut nach seinem Willen, der durch die von ihm abhängigen, nie anders als der Papst zu denken berechtigten Priester kundgegeben wird. Der Papst hat in Preußen seine offiziöse Presse besser bedient als die des Staates, wohlfeiler, ausgefeilter, jugendlicher; er hat in dieser offiziellen Presse die Möglichkeit, seine Dekrete amtlich, wenigstens mit amtlicher Glaubwürdigkeit, zu verkünden und die Gesetze unseres Staates für null und nichtig zu erklären, er hat außerdem auf unserem Boden ein Heer von Geistlichen, er zieht Steuern ein, er hat uns mit einem Völkchen von Vereinen und Kongregationen übersponnen, deren Einfluß sehr wirksam ist, kurz, es gibt kaum, seitdem wir verfassungsmäßig sind, jemanden, der in Preußen persönlich und autokratisch so mächtig wäre wie dieser hohe italienische Prälat, mit seinem Rat des italienischen Klerus umgeben, — so mächtig wie er mit jenem Apparat kann kaum eine andere Persönlichkeit auf unsere preussischen Verhältnisse einwirken. Eine solche Stellung, um so viel Machtmittel umgeben, wäre an sich eine sehr gefährliche und für den Staat kaum erträgliche, wenn sie einem Inländer verliehen und garantiert wäre, und zwar einem solchen, der dieselben Ziele erstrebt wie der Staat, aber vielleicht mit anderen Mitteln . . . Hier aber steht die Macht einem Ausländer zu, gewählt von italienischen oder mehr als zur Hälfte italienisierten Prälaten, die mit dem Deutschen Reiche und mit dem Königreich Preußen sehr wenig zu tun haben . . ." Am 16. Mai 1873 verliest Bismarck einen diplomatischen Bericht über die Tätigkeit der ultramontanen Presse im Verhältnis zwischen Großbritannien und Irland: „... sie suchen die Achtung vor dem Gesetz und die Autorität der Obrigkeit zu untergraben — und indem sie anscheinend zur Ruhe und mit Martinvermutungen zur christlichen Duldung der Unbilden ermahnen, schüren sie, befördern Unzufriedenheit und Zwietracht im Volke und suchen durch Entstellung von Tatsachen, Verdrehung und Übertreibung die alten Wunden offen, Haß und Verachtung gegen die Regierung rege zu halten. Während sie so das arme Volk in Erregung halten, haben sie, unbekümmert um des

Volkes Wohl, nur das einzige Ziel, Rom's Allmacht, im Auge . . ." Rede am 24. April 1873: „Ich mache nur aufmerksam auf die Tatsache . . ., daß bis zum Jahre 1871, bis zur Bildung der Zentrumspartei und bis zur letztendlichen Verwicklung der bestehenden Kaplantreife in das deutsche Reich, bis zur Bildung einer polnischen Partei in Schlesien, bis zu dem Mißbrauch der Kirchengewalt zu national-polnischen Zwecken unter der Mitwirkung der Geistlichen, daß bis zu dieser Zeit eine wohlmeßende, verschönte Stimmung geherrscht hat.“ Rede am 10. März 1875: „Das Ziel, welches der päpstlichen Gewalt, wie den Franzosen die Abhängigkeit, ununterbrochen vorlag, war, das Programm, welches zur Zeit der mittelalterlichen Kaiser seiner Verwirklichung nahe war, ist die Unterwerfung der weltlichen Gewalt unter die geistliche, ein eminent politischer Zweck . . ." In zwei kurz aufeinander folgenden Reden, am 4. und 5. Dezember 1874, gibt Bismarck über die Art, in der man kämpfte, Auskunft. In diesem Jahre wurde auf ihn ein Attentat verübt. Bismarck zitiert nun die verbürgte Äußerung des damaligen Ministers Meglia, München: „Wir können uns auf Vergleiche nicht mehr einlassen, uns kann doch nichts helfen als die Revolution.“ Diese Revolution fand allerdings nicht statt; dagegen kam der Krieg von 1870. „Daß der Krieg um Einverständnis mit der römischen Politik gegen uns begonnen worden ist . . ., daß an dem französischen Kaiserhofe gerade die katholischen Einflüsse den eigentlichen Ausschlag für den kriegswidrigen Entschluß gaben, ein Entschluß, der dem Kaiser Napoleon sehr schwer wurde und der ihn fast überwältigte, daß eine halbe Stunde der Frieden dort fest beschlossen war und dieser Beschluß umgeworfen wurde durch Einflüsse, deren Zusammenhang mit den jesuitischen Propaganden nachgewiesen ist: — über das alles bin ich vollständig in der Lage, Zeugnis ablegen zu können.“



#### Die wesentlichsten Maßnahmen des Zweiten Reiches gegen die politisierende Kirche sind:

1. Der Kanzelparagraph, neuer § 130a des Strafgesetzbuchs, der Mißbrauch der Kanzel bei „Angelegenheiten des Staats“ unter Strafe stellt. Verabschiedung durch Gesetz vom 26. Februar 1876.
2. Das Jesuitengesetz vom 4. Juli 1872 verfügte über 200 Jesuiten die landesgesetzliche Ausweisung (§ 2) und enthielt das Niederlassungsverbot (§ 1). Aufhebung des § 2 im März 1904, der übrigen durch Bundesratsbeschluss 1917.
3. Das Priesteranweisungsgesetz vom 4. Mai 1874 für durch gerichtliches Urteil aus ihrem Amte entlassene Geistliche. Aufgehoben am 6. Mai 1890.
4. Anzählung des preussischen Zivilbezuges auf Deutschland durch Gesetz vom 6. Februar 1875.
5. Eine Reihe praktischer Maßnahmen (Schulpflichtgesetz (Anschluß geht endgültig über an den Staat), Aufhebung der Art. 15 und 18 W. V., Gesetz über die kirchliche Disziplinargewalt, Gesetz über den Gebrauch kirchlicher Straf- und Zuchtmittel, Gesetz über den Austritt aus der Kirche (zur Erhaltung des



Aktkatholikismus), obligatorische Einführung der Zivilehe am 9. März 1874, Gesetz über Verwaltung erledigter Distrikte, Einsetzung aller staatlichen Leutungen für Postämter und Briefe am 22. April 1875, Ordensanweisung vom 31. Mai 1875, Gesetz über Vermögensverwaltung in den katholischen Kirchengemeinden, Aktkatholikengesetz vom 4. Juli 1875, Gesetz über das Aufsichtsrecht des Staates bei der Vermögensverwaltung in den katholischen Diözesen.

Am 20. Mai 1880 mußte Bismarck seine Aktion gegen die politisierende Kirche einstellen. Das Zentrum hatte gesiegt. Neben ihm gewannen andere politisch-kirchliche Organisationsformen an zunehmendem Einfluß: insbesondere der 1890 von Windthorst gegründete Volksverein für das katholische Deutschland (§ 1 der Satzungen: „Zweck des Vereins ist die Förderung der christlichen Ordnung der Gesellschaft . . .“; im Geschäftsjahr 1913/14 wurden 2873 Versammlungen veranstaltet; im demselben Jahr wurden 36 Millionen Flugblätter sozialpolitischen, 15 Millionen apologetischen, 38 Millionen agitatorischen Inhalts verbreitet; Mitglieder 1913/14 im Deutschen Reich 805 478).

Die am 14. Mai 1891 erschienene Arbeiterengesetztafeln des Reichs machte die Gründung konfessioneller Arbeitervereine dringlich: die katholischen Arbeitervereine zählten 1895 etwa 80 000 Mitglieder, 1914 etwa 450 000 Mitglieder; die christlichen Gewerkschaften (interkonfessionell, 1910: 76 000 Mitglieder, 1912: 344 000 Mitglieder) gerieten immer mehr unter römisch-katholischen Einfluß. 1887 und 1893 wurde der Reichstag aufgelöst, weil das Zentrum, das ausschlaggebend geworden war, die notwendigen Militärvorlagen ablehnte; als Deutschland in die ausschlaggebende Krise des Weltkrieges geriet, verlor das Zentrum den „Recht nach links“ (außenministerregende Rede Erzbergers im Hauptausschuß des Reichstages zugunsten des „Verständigungsfriedens“ gegen den „starken“ Frieden Anfang Juli 1917, Bildung eines Arbeitsblocks zwischen Zentrum, Fortschrittlichen und Sozialdemokraten: Hier fand die Geburt der parlamentarischen Grundkonstellation des Weimarer Zwischenreiches statt).

## Marxismus gegen Reich

Zusammen mit der ungeheuren Änderung der wirtschaftlichen Verhältnisse war im 19. Jahrhundert eine Änderung der sozialen Schichtung des Volkes vor sich gegangen. Die entstehende soziale Frage war aber nicht, wie die Staatsmänner meinten, ein nur materielles Problem; das war lediglich ihre äußerliche Verdrängung. Die soziale Frage war von vornherein ein Problem, welches an das innere Verhältnis von Mensch zu Mensch, an das Verhältnis von Volksgenosse zu Volksgenosse. Es kennzeichnet die unter dem Namen „Sozialgesetzgebung“ oder „Arbeiterschutzesgesetzgebung“ jügernd entstandenen Maßnahmen des Zweiten Reiches, daß sie nur die materielle Seite betrafen (und auch diese unzulänglich) und daß sie das

Seelische nicht bemerkten, daß sie nur die geldliche Seite erfaßten, nicht aber die menschliche. So erschöpfte sich der Sozialismus der Vergangenheit in einer Summe materialistischer Hilfsmaßnahmen. Er kam innerlich an das eigentliche, nämlich volkspolitische Problem nicht heran. Das genossenschaftliche Verhältnis, das zwischen den Schaffenden der alten Handwerkerschaft bestand, hatte sich in der Großindustrie in ein Herren—Knechte-Verhältnis verwandelt. Jeder echte Sozialismus paßt hier an und ändert von hier aus die materiellen Fragen. Das Zweite Reich hat das Herren—Knechte-Verhältnis bestehen lassen und mit seinen ärmlichen Maßnahmen deshalb nichts erreicht; es zeigte zwar guten Willen, wie die folgenden Erlasse der Kaiser zur Arbeiterfrage erkennen lassen:

1881: Botschaft Wilhelms I. über Arbeiterversicherung („Reichs- u. Staatsanzeiger“ vom 17. November)

„... Schon im Februar dieses Jahres haben Wir Unsere Überzeugung ausprechen lassen, daß die Heilung der sozialen Schäden nicht ausschließlich im Wege der Repression sozialdemokratischer Ausschreitungen, sondern gleichmäßig auf dem der positiven Förderung des Wohles der Arbeiter zu suchen sein werde. Wir halten es für Unsere Kaiserliche Pflicht, dem Reichstage die Aufgabe von neuem ans Herz zu legen, und würden Wir mit um so größerer Befriedigung auf alle Erfolge, mit denen Gott Unsere Regierung sich zu leisten vermag, wenn es uns gelänge, bereits das Verwirklichen mitzunehmen, dem Vaterlande neue und dauernde Burgschaften seines inneren Friedens und den Hilfsbedürftigen größere Sicherheit und Erheiterung des Lebens, auf den sie Anspruch haben, zu hinterlassen. In Unseren darauf gerichteten Bestrebungen sind Wir der Zustimmung aller verbundenen Regierungen gewiß und vertrauen auf die Unterstützung des Reichstages ohne Unterschied der Parteistellungen.

In diesem Sinne wird zunächst der von den verbündeten Regierungen in der vorigen Session vorgelegte Entwurf eines Gesetzes über die Versicherung der Arbeiter gegen Arbeitsunfälle mit Rücksicht auf die im Reichstage stattgehabten Verhandlungen über denselben einer Umarbeitung unterzogen, um die bessere Veratung desselben vorzubereiten. Ergänzend wird ihm eine Vorlage zur Seite treten, welche sich eine gleichmäßige Organisation des gewerblichen Krankenversicherungswesens zur Aufgabe stellt. Aber auch diejenigen, welche durch Alter und Invalidität erwerbsunfähig werden, haben der Gesamtheit gegenüber einen begründeten Anspruch auf ein höheres Maß staatlicher Fürsorge, als ihnen bisher hat werden können.

Für diese Fürsorge die rechten Mittel und Wege zu finden, ist eine schwierige, aber auch eine der höchsten Aufgaben eines jeden Gemeinwesens, welches auf den ständigen Fundamenten des christlichen Volkslebens steht. Der engere Anschluß an die realen Kräfte dieses Volkslebens und das Zusammenfassen der letzteren in der Form korporativer Genossenschaften unter staatlichem Schutz und staatlicher Fürsorge werden, wie Wir hoffen, die Lösung auch von Aufgaben möglich machen, denen die Staatsgewalt allein in gleichem Umfang nicht gewachsen sein würde. Unzweifelhaft aber wird auch auf diesem Wege das Ziel nicht ohne die Aufwendung erheblicher Mittel zu erreichen sein.

Gegeben Berlin, den 17. November 1881. Wilhelm.

(L. S.) von Bismarck.



## 1890: Die Februarerlasse Wilhelms II

### a) Kaiserlicher Erlass betr. Internationale Arbeiterverhältnisse

Ich bin entschlossen, zur Vesserung der Lage der deutschen Arbeiter die Hand zu bieten, soweit die Grenzen es gestatten, welche dieser Sorge durch die Nothwendigkeit gezogen werden, die deutsche Industrie auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig zu erhalten und dadurch ihre und der Arbeiter Existenz zu sichern. Der Ausgang der heimischen Betriebe durch Mangel ihres Absatzes im Auslande wurde nicht nur die Unternehmer, sondern auch ihre Arbeiter brotlos machen. Die in der internationalen Konkurrenz begründeten Schwierigkeiten der Verbesserung der Lage unserer Arbeiter lassen sich nur durch internationale Verständigung der an der Beherrschung des Weltmarktes beteiligten Länder, wenn nicht überwinden, so doch abmildern. In der Überzeugung, daß auch andere Regierungen von dem Wunsche befehle sind, die Vorsehungen einer gemeinsamen Prüfung zu unterziehen, über welche die Arbeiter dieser Länder unter sich schon internationale Verhandlungen führen, will Ich, daß zunächst in Frankreich, England, Belgien und der Schweiz durch meine hiesigen Vertreter amtlich angefragt werde, ob die Regierungen geneigt sind, mit uns in Unterhandlung zu treten behufs einer internationalen Verständigung über die Möglichkeiten, beiderseits den Bedürfnissen und Wünschen der Arbeiter entgegenzukommen, welche in den Ausständen der letzten Jahre und anderwärts zutage getreten sind. Sobald die Zustimmung zu Wiener Ausräumung im Prinzip gewonnen sein wird, beauftrage Ich Sie, die Kaiserliche aller Regierungen welche an der Arbeiterfrage den gleichen Antheil nehmen, zu einer Konferenz behufs Beratung über die einzunehmenden Abmachungen einzuladen.

Berlin, 4. Februar 1890.

Wilhelm I. R.

An den Reichskanzler.

### b) Königlicher Erlass über die Aufgaben der Staatsgewalt hinsichtlich der Arbeiterregelung:

Bei meinem Regierungsantritte habe Ich Meinen Entschluß kundgegeben, die fernere Entwicklung unserer Verfassung in der gleichen Richtung zu fördern, in welcher Mein in Vortrübender Proklamator sich der Fürsorge für den wirtschaftlich schwächeren Teil des Volkes im Reichsrathlichen Entschlusse angenommen hat. So wertvoll und erfolgreich die durch die Gesetzgebung und Verwaltung zur Vesserung der Lage des Arbeitervolkes bisher getroffenen Maßnahmen sind, so erfüllen sie doch nicht die ganze mir gestellte Aufgabe. Neben dem weiteren Ausbau der Arbeiter-Verfassungsgesetzgebung sind die bestehenden Vorschriften der Gewerbeordnung über die Verhältnisse der Fabrikarbeiter einer Prüfung zu unterziehen, um den auf diesem Gebiete laut gewordenen Klagen und Wünschen, soweit sie begründet sind, gerecht zu werden. Die Staatsgewalt hat davon auszugehen, daß es eine der Aufgaben der Staatsgewalt ist, die Zeit, die Dauer und die Art der Arbeit so zu regeln, daß die Erhaltung der Gesundheit, die Rechte der Arbeiter, die wirtschaftlichen Bedürfnisse der Arbeiter und ihre Ansprüche auf einen gerechten Lohn sichergestellt werden.

Für die Pflege des Friedens zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern sind gesetzliche Bestimmungen über die Formen in Aussicht zu nehmen, in denen die Arbeiter durch Vertreter, welche ihr Vertrauen besitzen, an der Regelung gemeinsamer Angelegenheiten beteiligt und zur Wahrnehmung ihrer Interessen bei Verhandlung mit den Arbeitgebern und mit den Organen meiner Regierung befähigt werden. Durch eine solche Einrichtung ist den Arbeitern der freie und fried-

liche Ausdruck ihrer Wünsche und Beschwerden zu ermöglichen und den Staatsbehörden Gelegenheit zu geben, sich über die Verhältnisse der Arbeiter fortlaufend zu unterrichten und mit den letzteren Fühlung zu behalten.

Die staatlichen Bergwerke wünsche Ich bezüglich der Fürsorge für die Arbeiter zu Musteranstalten entwickeln zu sehen, und zur dem Privatbergbau erstrebe Ich die Herstellung eines organischen Verhältnisses meiner Bergbeamten zu den Betrieben behufs einer der Stellung der Fabrikbeamten entsprechenden Aufsicht, wie sie bis zum Jahre 1869 bestanden hat.

Zur Vorbereitung dieser Fragen will Ich, daß der Staatsrat unter Meinem Vorsitz und unter Zuziehung derjenigen sachkundigen Personen zusammenstehe, welche Ich dazu berufen werde. Die Auswahl der letzteren beauftrage Ich Meiner Bestimmung vor.

Unter den Schwierigkeiten, welche der Ordnung der Arbeiterverhältnisse in dem von Mir beabsichtigten Sinne entgegenstehen, nehmen diejenigen, welche aus der Nothwendigkeit der Schonung der heimischen Industrie in ihrem Wettbewerke mit dem Auslande sich ergeben, eine hervorragende Stelle ein. Ich habe daher den Reichskanzler angewiesen, bei den Regierungen der Staaten, deren Industrie an der Umgestaltung des Weltmarktes beherzigt, den Zustimmung zu einer Konferenz zu erwirken und die Vorsehungen alsdann möglicher internationaler Regelungen der Grenzen für die Arbeiter zu erörtern anzufragen, welche an die Zukunft der Arbeiter gestellt werden dürfen. Der Reichskanzler wird Ihnen Abschrift Meines an ihn gerichteten Erlasses mitteilen.

Berlin, 4. Februar 1890.

Wilhelm I. R.

An die Minister der öffentl. Arbeiten und für Handel und Gewerbe.

Aber die Staatsmänner des Zweiten Reiches kamen über den teilweise vorhandenen guten Willen nicht hinaus und bewiesen keine Fähigkeit zum Volksoberhaupt. Das Zweite Reich überwand nicht den Gegensatz Arbeitgeber — Arbeitnehmer, sondern erkannte ihn schließlich an und konnte keine Maßnahmen darauf auf (vgl. 1. B. die §§ 1, 13 und 67 des Gewerbeverordnungs-Gesetzes 1890/1901); der Marxist Radbruch konnte deshalb am 24. Februar 1922 als Reichsjustizminister den Gewerbeverordnungen, also Einrichtungen des Zweiten Reiches, das lebende Zeugnis ausstellen, daß sie unüberwindliche Klassenkampferrichtungen darstellten: „Sie sind die einzigen Gerichte, die das volle Vertrauen des Volkes genießen, weil sie auf den Klassenstaat zugeschnitten sind, in dem wir nun einmal leben. In ihnen tritt durch die Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer der Partei Gegensatz zutage und dadurch kommt dem Richter zum Bewußtsein, daß der Einzelstreit nur eine Einzelerscheinung eines gewaltigen Klassenkampfes ist.“

Wir sehen daraus, daß das politische Denken der bürgerlichen Welt sich im Grunde auf der gleichen Denkebene befindet wie das marxistische Denken. Das kaiserliche Gewerbeverordnungs-Gesetz hatte die gleiche grundsätzliche Anlage wie das Betriebsrätegesetz des Weimarer Erlasses vom 4. Februar 1920 (vgl. dessen § 1 mit den §§ 1, 13 BGG.).

So wäre ein Sozialismus unserer Auffassung auch bei einem Siege des Zweiten Reiches über den



Marrismus nicht Wirklichkeit geworden. Es kam aber nicht einmal zu einem solchen äußeren Siege.

1890 wuchs die SPD. auf 1 427 298 Stimmen an. Bismarck nahm Ende März seinen Abschied. Die neue Regierung ließ das am 19. Oktober 1878 mit 221 gegen 149 Stimmen angenommene „Sozialistengesetz“ im September 1890 einfach ablaufen.

Adolf Hitler über das Scheitern von Bismarcks Kampf gegen den Marrismus:

„Jeder Versuch, eine Weltanschauung mit Machtmitteln zu bekämpfen, scheitert am Ende, solange nicht der Kampf die Form des Angriffs zur eine neue geistige Einstellung erhält. Nur im Ringen zweier Weltanschauungen miteinander vernag die Waffe der brutalen Gewalt, beharrlich und rücksichtslos eingesetzt, die Entscheidung für die von ihr unterstützte Seite herbeiführen.“

Daran aber war bislang noch immer die Bekämpfung des Marrismus gescheitert.

Das war der Grund, warum auch Bismarcks Sozialistengesetzgebung endlich trotz allem versagte und versagen mußte. . .“

Der Erfarter sozialdemokratische Parteitag 1891 nahm das (bis 18. September 1921 grundlegend gebliebene) auf rein marxistischen Gedankengängen beruhende neue Programm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands an. Die Lehre war nun fertig. Die Front der Anhänger war hergestellt. Der große Schlag gegen das Gefüge des Zweiten Reiches konnte vorbereitet werden. Zu ihm wurde ausgehellt, als das Reich in Not kam.

Der Weltkrieg war die Gelegenheit, um dem deutschen Heere den

### Dolchstoß

in den Rücken zu verfehlen und das vom äußeren Feinde nun abhängige Reich an sich zu reißen.

Lassen wir über die Unklarheit des Marrismus ein Dokument sprechen, das von dem Leiter des Archivs der SPD. stammt und eine Zusammenfassung der einzelnen Aktionen dieses Dolchstoßes bringt. Es befindet sich im „Deutschen Revolutionsalmanach 1919“ Seite 45 ff. Wesentlich ist hier das Zugeständnis, daß der Dolchstoß mit Geldern des feindlichen Auslandes finanziert wurde.

### 1914

2. Dezember. Die Opposition des linken Flügels in der Sozialdemokratie Deutschlands tritt zuerst in öffentliche Erscheinung durch die Ablehnung der Kriegskredite durch Karl Liebknecht im Reichstage.

### 1915

September. Zusammenritt der Zimmerwalder internationalen Konferenz.

### 1916

27. Januar. Erstes Erscheinen der Spartakus-Briefe.

Februar. Zweite internationale Konferenz in Bern.

1. Mai. Karl Liebknecht sucht zur Front gehende Soldaten auf dem Potsdamer Bahnhof an der Abreise zu verhindern. Rede auf dem Potsdamer Platz. - Auf Grund dieser Agitation wurde L. zu Zuchthaus verurteilt (23. August). - Maidemonstration.

Mai Juni. „Hungerdemonstrationen“ in verschiedenen Städten Deutschlands.

Juni-Juli. Verbreitung von revolutionären Flugblättern in Deutschland und an den Fronten (Hunger, Handelspolitik, U-Boot-Krieg. Was ist mit Liebknecht).

Sommer. Erste vorbereitende Aufzüge von linken linksradikalen Kreise, die Revolution in Deutschland ab zum Ausbruch zu bringen (laut Rede Richard Malers in der Vollversammlung der A. und S. Rate Deutschlands in Berlin). - Zum Streik auffordernde Flugblätter werden in größeren Städten Deutschlands verbreitet.

28. bis 30. Juni. Massenstreik in Berliner und Braunschweiger Munitionsbetrieben.

23. September. Die erste Nummer der geheim verbreiteten Zeitschrift „Spartakus“ erscheint. - Reichstagskorymp der Deutschen Sozialdemokratischen Partei.

21. Oktober. Friedrich Adler erschießt den österreichischen Ministerpräsidenten Graf Starckh in Wien.

### 1917

9. Februar. Manifest der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft.

27. Februar. Der deutsche Reichskanzler spricht sich über die Neuorientierung in Preußen aus.

Anfang März. Zusammenschluß der Linksradikalen in Hamburg, Bremen, Hannover, Köttingen usw.

7. März. Kaiserliche Verfassung zur Wahlreform in Preußen.

6. bis 8. April. Parteitag der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft in Gotha. Gründung der „Unabhängigen“ und des Spartakus-Bundes.

14. April. Gründung der „Freien Zeitung“ in Bern. Demokratisch-revolutionäre Kreise schaffen sich damit unter Zuhilfenahme von Entente-mitteln eine Zentrale in der Schweiz.

16./17. April. Große Streiks in den Kriegs-industrie-Zentren gegen die Herabsetzung der Produktion, Hilfsdienstpflicht usw. (Dazu Auftreten von gedrucktem Agitationsmaterial aus dem Auslande.)



19. April. Resolution der Sozialdemokratischen Partei mit der Forderung auf sofortige Beseitigung aller Ungleichheit der Staatsbürgerrechte im Reich, Staat und Gemeinde sowie Beseitigung jeder Art bürokratischen Regiments und seine Ersetzung durch entscheidenden Einfluß der Volksvertretung.

Sommer. Revolutionäre Agitation in der Marine. Gehorsamsverweigerungen auf Schiffen der Nordsee-Station. (Vollstreckung von Todesurteilen an Marineangehörigen: Reichspriest und Gen. — Zucht- und Strafen.)

11. Juli. Ankündigung des gleichen Wahlrechts für Preußen.

November. Beginn der russisch-bolschewistischen Agitation an der Ostfront und im Innern Deutschlands.

## 1918

Januar. Verstärkte revolutionäre Entente-Propaganda im Innern und an der Westfront durch Flugblattschmuggel und Flugeraufwürfe beginnt.

16. Januar. Beginn des politischen Massenstreiks in Wien. Bildung von Arbeiter-Räten.

28. Januar. Erste polnische Massenaufstände in Deutschland. Arbeiter- und Soldatenräte treten hier zum ersten Male in öffentliche Erscheinung.

August. Nachlassen der Disziplin an der Westfront nach Einsetzen größerer Teile der amerikanischen Armee.

September. Durch bolschewistische Aufstände veranlaßtes Ausscheiden Bulgariens aus dem Bund der Mitte mächte.

14. September. Österreichisches Friedensangebot an Wilson.

20. September. In Ungarn tritt das Gesetz über Wahlreform in Kraft.

24. September. Mitteilung der deutschen Obersten Heeresleitung an die Reichsregierung, daß sich die Einleitung von Waffenstillstandsverhandlungen notwendig macht.

1. Oktober. Die Verfassungskommission des Preussischen Herrenhauses erklärt sich für das allgemeine, geheime, direkte Wahlrecht mit einer Zusatzstimme für das Alter über 40 Jahre.

2. Oktober. Max von Baden wird Reichskanzler. Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei treten in das Ministerium ein. — Verfassungsreformen. — Ferdinand von Bulgarien dankt ab.

4. Oktober. Deutscher, österreichischer und türkischer Friedensschritt bei Witten.

5. Oktober. Deutsche Note über Friedens- und Waffenstillstandsangebot wird durch Vermittlung der Schweiz an Wilson abgesandt.

7. Oktober. Reichskonferenz der Spartakusgruppe in Gotha. Bildung von A. und S.-Räten wird für sofort an allen Orten beschlossen, wo solche noch nicht verbanden. Zusammenschluß mit den Linksrädisalen, Militaragitation.

15. Oktober. Der deutsche Bundesrat beschließt Verfassungsänderung: Kriegserklärungen und Friedensverträge bedürfen der Zustimmung des Reichstages.

17. Oktober. Österreichs Umwandlung in einen Bundesstaat der Deutsch-Österreicher, Tschechen, Ukrainer und Südslawen. — Ungarn hebt die Realunion mit Österreich auf.

21. Oktober. Karl Liebknecht wird aus dem Zuchthaus entlassen. — Beginn der Waffentäufse im Kreise der Unabhängigen (Selbstladepistolen und Munition) mittels russischer Gelder.

22. Oktober. Beginn der Reichstagsverhandlungen über Abänderung der Reichsverfassung.

28. Oktober. Gehorsamsverweigerung auf dem Linienschiff „Markgraf“ vom 3. Geschwader auf der Nordsee-Station. Die Verfassungsänderung wird vom deutschen Kaiser vollzogen. Auch die Militärgewalt wird der Volksregierung darin unterstellt.

30. Oktober. Ausrufung der Republik Ungarn unter Herrschaft des Militärrats. — Weigerung der Besatzungen einer Anzahl Linienschiffe auf der Nordsee-Station, weiter wie nach Helgoland zu fahren. — Festlegung der den Dienst verweigernben Mannschaft des Linienschiffes „Großer Kurfürst“ in Wilhelmshaven. — Abfahrt des 3. Geschwaders nach Kiel. — Der Kaiser reist von Berlin an die Front. — Tisza, der frühere ungarische Ministerpräsident, wird ermordet. — Aufstände in Österreich und Gründung des deutsch-österreichischen, tschechischen und slowakischen Staates.

31. Oktober. Weitere Weigerungen von Kriegsschiffbesatzungen, die Anker zu lichten und Lössen der Kesselfeuerung auf der Jade.

1. November. Neubildung des Ministeriums in Sachsen unter Eintritt von Sozialdemokraten.

3. November. Große Versammlungen von Marineangehörigen auf dem großen Exerzierplatz in Kiel. — Kampf zwischen aufständischen Marinemannschaften und einer Abteilung von Deckoffizieren und Matrosen an der Arrestanstalt.

4. November. Hisung der roten Flagge auf allen Kriegsschiffen in Kiel. — Die Vertreter der aufständischen Marine übergeben auf Verlangen des Gouverneurs ihre Forderungen mit 14 Punkten. — Absendung des Reichstagsabgeordneten Moste nach Kiel.

5. November. Ausweisung des russischen Botschafters Joffe wegen revolutionärer Propaganda in Deutschland. (Beschlagnahme einer beschädigten Kiste





Die Angriffe  
der tschechischen Hussiten  
Bekanntnis der  
Tschechen in dem  
Memoire I, das Dr.  
Beneš 1918 den  
Verfaller Diktat-  
machten übergab:  
„Auf alle Fälle sind es  
diese beiden Elemente,  
die im besondern die  
Zivilisation der Tschecho-  
slowaken kennzeichnen:  
Einerseits bestän-  
diger und münder  
Kampf gegen die  
Deutschen, anderer-  
seits fieberhaftes Suchen  
nach einem moralischen  
und vor allem nach  
einem neuen religiösen  
Leben, und — wie ge-  
sagt — das zweite  
Element ist fast die  
Folge des ersten.“

Am Schluß desselben Memoires, das der Friedenskonferenz als Wünsche des tschechoslowaki-  
schen Nationalrates vorlag, heißt es: „... Ihre allgemeine Lage machte aus den Tschechen not-  
wendigerweise Todfeinde der Deutschen.“

Vollst. Hans Krebs — Emil Lehmann „Als Guckstein der Welt“ 1908. Als Edwin Hange Berlin Tempelhof 1907. 1908. 1909.

mit revolutionären Schriften deutscher Sprache aus  
dem Kurlergepäck der russischen Botschaft auf dem  
Bahnhof Friedrichstraße.) — Ausstand der Kieler  
Arbeiter. — Bildung von Arbeiterräten. — Bil-  
dung von Arbeiter- und Soldatenräten in Me-  
melsburg, Lübeck und Hamburg. — Generalfireil in  
Hamburg. — Anschluß an die 14 Punkte der Kieler  
Marine.

6. November. Arbeiter bestimmen in Bremen die  
Truppen in den Kasernen zum Aufstand. — Be-  
freiung der Marinearrestanten. Bildung von Ar-  
beiter- und Soldatenräten. — Forderung der Sozial-  
demokratischen Partei für Demokratisierung der Re-  
gierung und Verwaltung Preussens sowie der anderen  
Bundesstaaten. — Der Deutsche Kaiser verweigert  
die Abdankung. — Übergabe von vier Millionen  
Rubel durch den russischen Botschafter Joffe an den  
Unabhängigen Oscar Cohn für Zwecke der deutschen  
Revolution.

7. November. Ultimatum der Sozialdemokratie  
an den Kanzler bez. Abdankung des Kaisers bis zum

8. November mittags sowie des Thronfolgeberichts  
des Kronprinzen. — Der Reichskanzler bietet dem  
Kaiser seine Entlassung an. — In Schwerin i. M.  
sowie in ganz Nord-, West- und Mitteldeutschland  
bilden sich Arbeiter- und Soldatenräte. — Kand-  
gebungen der vereinigten Sozialdemokratie auf der  
Thronkandidatur in München. Forderungen des Thron-  
verzichtes des Kaisers und Kronprinzen und des so-  
fortigen Friedensschlusses. — Bildung eines Ar-  
beiter-, Soldaten- und Bauernrates in München.  
Flucht des Königs von Bayern nach Schloss Asch  
in Salzburg.

8. November. Aufstand in Braunschweig. Hissen  
roter Fahnen auf dem Schloß und den öffentlichen  
Gebäuden. Verzicht des Herzogs von Braunschweig  
auf den Thron. — Der Rat der Arbeiter, Soldaten  
und Bauern in München erklärt in seiner ersten  
Sitzung durch seinen Vorsitzenden Eisner Bayern  
zum Freistaat, nachdem ein vorläufiges Ministerium  
aus Mitgliedern beider Richtungen der Sozialdemo-  
kratie gebildet ist. In der zweiten Sitzung des A.,  
S. und B.-Rates in München wird die Forderung





## Der Osten unser Schicksalsraum.

Nach den Hunnen (um 370 n. u. Zeit-  
raum) und den Magyaren im zehnten  
Jahrhundert bedrohen Mongolen (1241)  
das Reich. Es folgen die Tüken  
(Bild 1), ihrem Einbruch in Ungarn  
(1396 Vihopolis) folgt 1410 die  
Niederlage des Ritterordens; bald  
danach (1420) führt Ziska (Bild 2)  
die Tschechen (Hussiten, Bild 3) in den  
deutschen Raum. Dem Einbruch der  
Russen 1914 (Bild 4) folgt die bol-  
schewistische Gefahr und der Hand-  
streich auf Memel, wo am 10.1.1923  
der Tag der Ruhrbesetzung, die  
Erfahrung einbrachten (Bild 5)

Aufst. Kierowski B. dardienst (3)  
Scher Verlag. Bar n (2)







Aufl. Deschener Verlag, Berlin



nach einer konstituierenden Nationalversammlung organisiert. Die revolutionäre Bewegung arbeitet auf Sachsen über. — Virandung eines Soldatenrates in Darmstadt. — Der Arbeiterrat in Bremen setzt einen Aktionsausschuß ein.

9. November. Austritt der Sozialdemokraten aus der Reichsregierung. Vereinbarung der Berliner Arbeiterschaft beider Richtungen zu gemeinsamer Aktion. Proklamation des Generalstreiks. Übergabe der Reichskanzlerschaft an den sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Ebert. Übergang von geschlossenen Truppenkörpern zur revolutionären Arbeiterschaft (4. Jäger, Alexander, Kraftfahrer). Abdankung des Kaisers. Ausrufung der Deutschen Republik durch den sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Scheidemann.



Die Strategie des politischen Katholizismus

Rom — Paris — Madrid als Ausgangsstellung der Gegenreformation und der jesuitischen Angriffe im germanisch-deutschen Raum (Jesuitenkollegs)

Fassen wir zusammen! Die Vernichtung des Zweiten Reiches durch die weltanschaulichen Gegenmächte politisierende Kirche und Marxismus war nicht zufällig, sondern ergab sich mit zehner Notwendigkeit aus der Weltanschauungslosigkeit der Reichskonstruktion. Diese Weltanschauungslosigkeit des bürgerlichen Reichstaates war wiederum das notwendige Ergebnis einer langen geschichtlichen Entwicklung. Wir sehen, was der Gründung des Zweiten Reiches vorausgegangen war: die Einschaltung der Juden als Staatsbürger und die Vernichtung des alten Zustandes der Gemeinden, ohne eine neue gemeindliche Lebensgenossenschaft zu errichten. Auf diesen Voraussetzungen war es unmöglich, etwas anderes zu errichten als jenes völkisch-weltanschaulich ungesicherte Gebäude des Zweiten Reiches. Ein Volksreich hätte anderer Grundlagen bedurft.

So blieb es bei einer staatlichen

Reichskonstruktion ohne die Grundlage des bewussten Blutzusammenhanges. Und so kam der Verfall ebenso wie beim Ersten Reich. Nur um Jahrhunderte schneller. Politik ohne Volk führt immer zum Verfall.

Aus den Trümmern des Reiches nach dem Weltkriege erhob sich das Volk, um das Schicksal von mehr als einem Jahrtausend zu wenden. Bald werden es zwanzig Jahre sein, daß die Männer Adolf Hitlers trommeln und hämmern: Alle Politik für das Volk und vom Volke her.

Und unter harten aber doch behutsamen Händen, geleitet von dem Wissen, das politische und geschichtliche Erfahrung vermitteln und darüber hinaus offensichtlich von dem Segen eines höheren Wollens getragen, entsteht das Volksreich der Deutschen. Schritt für Schritt. Und jeder Schlag am Wert zu seiner Zeit.



# Fragen und Antworten

**Frage:** Wer verleiht Politische-Leiter-Dienststränge bzw. wer nimmt deren Ernennungen vor?

**Antwort:**

- a) Die dem Ortsgruppenleiter bzw. Stützpunkt-leiter der NSDAP. disziplinar unterstehenden Politischen Leiter der Ortsgruppe, einschließlich der Block- und Zellenleiter, werden vom zuständigen Kreisleiter der NSDAP. ernannt.
- b) Die Ortsgruppen- und Stützpunkt-leiter und sämtliche Politischen Leiter der Kreisleitung, außer dem Kreis-leiter, werden vom zuständigen Gauleiter der NSDAP. ernannt.
- c) Die Politischen Leiter der Gauleitung vom Mitarbeiter bis zum Gauhauptstellenleiter werden vom zuständigen Gauleiter ernannt.
- d) Die Kreisleiter, Gauamtsleiter, Gau-hauptamtsleiter, Stellvertretenden Gauleiter und Gauleiter werden vom Führer ernannt.
- e) Die Politischen Leiter der Reichslei-tung unterliegen folgenden Ernennungsbestim-mungen

Die Politischen Leiter vom Mitarbeiter bis Stellenleiter werden vom Stellvertreter des Führers ernannt; die Politischen Leiter vom Hauptstellenleiter bis Hauptdienstleiter werden vom Führer ernannt.

Die Ernennung erfolgt auf Vorschlag des übergeordneten Reichsleiters bzw. Leiters des Hauptamtes oder Amtes.

**Frage:** Ist der Stellvertretende Gauleiter Hoheits-träger, weil er als Stellvertreter des Gauleiters einen Teil der Hoheitsrechte des Gauleiters aus-übt oder ist er nur der Leiter des Mitarbeiter-stabes des Gauleiters?

**Antwort:** Der Stellvertretende Gauleiter hat sinngemäß die Stellung eines Hoheits-trägers. Er vertritt den Hoheitsträger in allen Fragen und Zuständigkeiten, die auf Grund seiner Ver-trauensstellung der Gauleiter ihm laufend oder von Fall zu Fall überträgt.

**Frage:** Kann ein Blockhelfer den Dienststrang eines Ortsgruppen-Stellenleiters erhalten? Nach dem bisherigen Verfahren konnte ihm der Dienststrang eines Mitarbeiters der Ortsgruppe verliehen werden.

**Antwort:** Der Blockhelfer kann als Partei-genosse den Dienststrang als Ortsgruppen-Mit-arbeiter verliehen erhalten. Sofern ein bis-heriger Stellenleiter die Dienststellung als Blockhelfer erhält, kann ihm sein bisheriger Dienststrang als Stellenleiter beibehalten bleiben.

**Frage:** In die Bezeichnung „kommissarischer Haupt-stellenleiter“ oder „kommissarischer Gauamts-leiter“ zulässig?

**Antwort:** Die Bezeichnung „kommissarischer Hauptstellenleiter“ oder „kommissari-scher Gauamtsleiter“ ist unzulässig. Es handelt sich hierbei um Dienststränge, die ent-weder verliehen werden, oder nicht verliehen werden. Eine kommissarische Ver-leihung gibt es nicht. Es kann ein Partei-genosse kommissarisch mit der Leitung einer Dienststelle betraut werden, z. B. kommissari-scher Kreisorganisationsleiter. Es handelt sich jedoch dabei um eine Dienststellung und keinen Dienststrang.

**Frage:** Wird die Größe einer Ortsgruppe der NSDAP. bestimmt nach der Einwohnerzahl des Ortes oder nach der Anzahl der Partei-genossen oder nach der Anzahl der Haus-haltungen?

**Antwort:** Die Größe einer Ortsgruppe richtet sich bisher nach einer bestimmten An-zahl von Parteigenossen. In Zukunft ist beabsichtigt, zur organisatorischen Grundlage des Ortsgruppenbereiches entsprechend der Block- und Zellen-neuordnung der NSDAP. die Haus-haltungen zu machen. Es ist dabei beab-sichtigt, das Ortsgruppengebiet nicht mehr als etwa 1000 Haushaltungen umfassen zu lassen. Da die Tätigkeit der Ortsgruppenamtsleiter und des Ortsgruppenleiters ehrenamtlich ist, wird Wert darauf gelegt, das Hoheitsgebiet so klein wie möglich zu halten. Dadurch wird leichter die Gewähr gegeben, daß die Politischen Leiter der Ortsgruppe neben der Erfüllung ihrer Berufs- und Familienpflichten ihren Dienst für die Partei vollwertig versehen können. Weiter-hin wird dadurch der persönliche Kontakt und das Sichkennenlernen der Politischen Leiter der Ortsgruppe untereinander gefördert und ein Durchbetrieb von vornherein zurückgedrängt. Die Aufgabe der Partei ist es, sich um den Volksgenossen zu kümmern und nicht zu warten, bis er aus Not oder anderen Gründen sich in einer Geschäftsstelle meldet. Mehrere Aus-führungen folgen durch die Anordnungen usw.

**Frage:** Muß das Gebiet einer Ortsverwaltung eines angeschlossenen Verbandes der NSDAP. mit dem Gebiet der zuständigen Ortsgruppe der NSDAP. übereinstimmen?

**Antwort:** Der gebietliche Bereich einer Ortsverwaltung eines angeschlossenen Ver-bandes der NSDAP. muß ohne Ausnahme mit dem Gebiet der zuständigen Orts-gruppe der NSDAP. übereinstimmen.

Fortsetzung im nächsten H.-H.



# Das deutsche Buch

Em. Meynen

## „Deutschland und Deutsches Reich“

Sprachgebrauch und Begriffsweltlichkeit des Wortes Deutschland.

Herausgegeben von der Generalkommission für die wissenschaftliche Landeskunde von Deutschland. 255 Seiten mit 40 Abbildungen und 10 Karten, gebunden 11,— RM, Einbände 12,— RM

Verlag: Brockhaus, Leipzig, 1935.

Die Erlebung von vollständigen Denken und Handeln ist im Deutschen Reich die unabdingbare Forderung einer ganz einfachen Naturerkenntnis. Die Überbewertung des Geistigen in den vergangenen Jahrhunderten unserer Geschichte und die Naturfeindschaft vieler kirchlicher Kreise haben ganz bewusst den Staatsbegriff über den Ursprung setzen, von dem Naturbegriff „Volk“ gestellt und in den daraus sich entwickelnden zahllosen Vermirrungen, von denen unsere Geschichte ein mehr als bereites Zeugnis liefert, haben ebenso zahllose Fürsten und Demokraten eifrig ihre eitelischen Sonderinteressen verfolgt.

Wäre der Blut- und Boden-Mythos der germanischen Vorfahren immer das innere Geis eines Handels gewesen, so hätte nie eine Frage Deutschland und Deutsches Reich gegeben. — Da durch eine falsche Politik schließlich erreicht wurde, daß unsere Volks- und Staatsgrenzen schreie auseinanderfielen, empfinden wir es deutscher als je, daß das Deutsche Reich, so wie es mit seinen heutigen Grenzen in Europa da ist, auf immer als unauflöslich und nicht mehr Deutschland ist. Deutschland und Deutsches Reich sind nicht dasselbe. Diese Frage untersucht Emil Meynen aus der Geschichte von der Zeit an, wo der Name Deutsch und Deutschland in deutschen Werken das erste Mal genannt wird, bis auf unsere unauflösliche gewaltige Gegenwart, in der sie mit einer noch nicht da war Menschheit die Irregelmäßigkeiten sucht. Die Quellen und Belege, die seiner Untersuchung zugrunde liegen, sind dem Werk, dessen Grundgedanken im Schulungsbrief 1/38 entwickelt wurden, in einem hochinteressanten Anhang beigegeben.

W. H. Mehl

## „Deutscher Volkshandbuch“

70 Seiten; Preis geb. 0,80 RM.

Erstverlag: W. H. Mehl in Jena.

## „Von deutschen Völkern“

Das Wesentliche aus seinen Werken ausgewählt von Friedrich Dab

70 Seiten; 1937. — Preis 2,40 RM

Aus der Reihe „Verfaßte der Nationen und der“

von Karl Robert Langewiesche, Herausgeber (Leipzig) und Leipzig.

Sehr vielen Büchern haben wir vor uns die besten Ausgaben gute Unterlagen zur Erforschung des Geistes und Wissens W. H. Mehl. Seine Lebensbeschreibung im vorliegenden Schulungsbrief läßt erkennen, in welchem besonderen Maße dieser große Volkswissenschaftler und kommt auch die genannten Auswahlsammlungen für uns heute von Bedeutung sind.

## Haus und Hof im nordischen Raum

1. Band: „Haus und Hof der Germanen in vor- und frühgeschichtlicher Zeit“

2. Band: „Haus und Hof der Germanen in geschichtlicher Zeit“

Herausgegeben im Auftrage der Nordischen Gesellschaft von Alexander Hakenberg, Hausbesitzer Prof. Dr. Matverth und Ernst Otto Heide.

Preis. Kartomert pro Band 9,— RM, beide Bände beim gleichzeitigen Bezug 16,— RM.

Verlag: Kurt Schönbach Leipzig, 1937.

Im Auftrage der Nordischen Gesellschaft hat Alexander Hakenberg mit der Herausgabe des zweibändigen Werkes „Haus und Hof im nordischen Raum“ zur vorgeschichtlichen und vorklassischen Zeitungs- und Schulungsarbeit einen wertvollen Beitrag geleistet.

Im 1. Band, der den Titel „Haus und Hof der Germanen in vor- und frühgeschichtlicher Zeit“ trägt, findet der Leser eine umfassende Darstellung. Jeder Interessierte weiß, daß in der Erforschung des Haus- und Hofes die Vorklassische Zeit eine der wichtigsten Aufgaben für die Vorklassische Zeit hat und daß von ihr aus eine große Zahl von Vorklassischen und Vorklassischen in der allgemeinen Kultur und dem Lebensablauf unserer Vorklassiker ergeben.

Der 2. Band ist eine selbsterklärende Auswertung der vor- und frühgeschichtlichen Vorklassiker. Hier wird aus klar, in wie großem Umfange in geschichtlichen Zeitraum der Hof und das Haus germanischer Vorklassiker an die Vorklassiker Vorklassiker gebunden blieben und wie entscheidend heute noch der Einfluß dieser germanischen Vorklassiker auf den Vorklassiker Vorklassiker heraus auf die Vorklassiker und Lebensform deutscher Vorklassiker wirkt. Gerade das Aufgehen dieser Vorklassiker Einbeziehung im Rahmen der kulturellen Entwicklung von der vor- und frühgeschichtlichen Zeit bis zur Gegenwart macht das vorliegende Buch ein wertvolles in der Schulung der Partei überaus wertvoll. Und es werden die Ausführungen durch eine ausgezeichnete und reichhaltige Bildauswahl.

Dr. Robert Ley:

## „Soldaten der Arbeit“

Mit 21 Kunstbroschüren, 229 Seiten; 1.— RM.

Zentralverlag der NSDAP, Franz Eher Nachf. GmbH, München-Berlin 1937.

Hauptamtsleiter Martenbach, der langjährige enge Mitarbeiter Dr. Ley, schreibt in diesem Buch: „Ein Erpreßreglement des friedlichen Aufbaues, des Aufbaues des Friedens auf dem deutschen Volkstum“ und ein Spiegelbild vom Leben und Erleben an jener Front der Arbeit, deren vollkommene Ausrichtung und stete Einigkeit die Vorklassiker der NSDAP dem Führer mit diesem Buch malen.“ In 29 sorgfältig ausgewählten Abschnitten wird den Vorklassikern Vorklassikern nationalsozialistische Vorklassiker Vorklassiker, Ehre, Gemeinschaft, Lebensbejahung, Partei und Kampfbereitschaften vorangestellt. Das Buch läßt sich nicht allein als wertvolles Schulungsmittel bezeichnen, es ist in gleichem Maße Propaganda für das beste Wissen des Vorklassiker Vorklassiker und ist darüber hinaus auch ein Dokument und Denkmal der Gestaltung unserer neuen Sozialismus in der Vorklassiker Vorklassiker Vorklassiker. Schon die Nennung einiger der behandelten Fragen charakterisiert den Wert dieses Buches. Einige Vorklassiker „Erst der Mensch und dann der Staat“ — „Jeder Vorklassiker muß der erste Sozialist seines Vorklassiker Vorklassiker“ — „Menschenführung und Schwärmerei.“ — „Arbeiter und Soldat — sie haben eine gemeinsame Ehre!“ — „Unsere Gemeinschaft muß klar, sauber und übersichtlich sein.“ — „Wir leben und arbeiten.“ — „Wir überleben auch die kleinen Sorgen nicht.“ — „Das deutsche Volk will und kann die Wahrheit hören.“ — „Mensch und Technik.“ — „Warum haben wir den Reichsbürgerkrieg durch?“ — „Wir Deutsche verlangen unseren Raum!“

Alfred Rosenberg:

## „Der staatsfeindliche Zionismus“

88 Seiten, breiter 0,90 RM, ab 100 Stk. 0,80 RM.

Zentralverlag der NSDAP, Franz Eher Nachf. GmbH, München-Berlin 1937.

„Palästina, der Zionismus, sind erneut Probleme der Weltpolitik, vor allem aber umstrittene Fragen des Nahen



Oftens geworden. Um sie zu verstehen, muß man die Vorgänge und Äußerungen aus der Zeit des jüdischen Triumphes kennen. Diese habe ich 1921 in vorliegender Schrift dargestellt. Ich glaube, daß sie gerade heute wieder eine unerlässliche Grundlage darstellt, um die weltpolitischen Tendenzen des Judentums, im besonderen des Zionismus, zu verstehen, weil früher niemand sich der Mühe unterzogen hatte, die Stimmen des Triumphes der Weltjüdischkeit zu sammeln. Auch das, was damals gegen Deutschland gesagt und geschrieben wurde, darf niemals mehr vergessen werden und muß einst übergeben in die Schulen des Reiches, in die Erziehungsarbeit der ganzen nationalsozialistischen Bewegung."

Diesen eigenen Worten des Reichsleiters brauchen wir hier keine weiteren Hinweise beizufügen. Es soll daher nur unterstreichend betont werden, daß gerade für die politische Schulung und Selbsterziehung die 16 Abschnitte dieses wichtigen Quellenmaterials besonders notwendig sind, um jeden Deutschen die letzten Folgerungen verstehen zu lassen. Es sind sachliche und weltanschauliche Unerbittlichkeiten, die wir in einem Kampf, der „auf Viegen und Wachsen geht" (Mosenberg), immer noch klarer erkennen müssen.

Karl Miedbrodt:

„Die Maren des Kaganowitsch"

415 Seiten. Preis 6,50 RM.

Wien und Wöden, Verlag, Reichsbauernstadt Goslar, 1937.

Hier schreibt ein Mann über die Regierungsmethoden der Sowjetverbrecher, der eigenes Erleben und aus jeder Seite fließende Sachkenntnis mit außerordentlich packender Darstellungskraft ebenso in diesem, wie bereits in einem anderen Werk („Ein Deutscher geht am Tod vorbei" ...) zu verbinden wußte. Unerbittlich wird gezeigt, daß die Verzeichnung „Sowjet-Jahla" keine leere Phrase, sondern ein sehr genau beweisbarer Tatsachenbegriff ist, der sich gerade in den dunklen Methoden der jüdischen Familie Kaganowitsch in dramatischer Form offenbart. Lazar Meles Kaganowitsch ist Estlins Schwiegervater, des Moses Bruder Jakob ist der Geheimsekretär des roten Blutaren, weitere Geschwister dieser Sippe wirken mit unheimlicher Zielstrebigkeit im Betrieb der grausamen roten Regierungsmaschinerie, ohne im Licht der öffentlichen Politik erkannt zu werden. Aber auch dunkle blutbedingte Spannungen unter den Juden selbst werden aufschlußreich beleuchtet.

Wer der Aufklärungsarbeit über die Innenstruktur des Sowjetregimes dienen will, kann das mit Hilfe dieses Werkes in einer außerordentlich wirkungsvollen und gleichzeitig romanhaft unterhaltsamen Weise. Das Buch wird deswegen nachdrücklich empfohlen.

Hans Hinkel:

„Einer unter Hunderttausend"

264 Seiten. Preis 3,- RM. kartoniert, 3,70 RM. gebunden.

Verlag Knorr & Hirth, G. m. b. H., München, 1938.

Es ist sogar einer unter den ersten 1000 Nationalsozialisten, der hier seine Erfahrungen aus dem schweren und schönen Erleben der Kampfszeit wiedergibt. Parteigenosse Hinkel hat sich sowohl als Kämpfer der Kampfszeit wie auch als Schriftleiter der ersten NS-Organen vor der Machtübernahme, ebenso aber auch nach 1933 als Reichskulturwart ein Namen gemacht, der diesem Erlebnisbuch positiv vorausgeht. Der Auszug, den wir in vorliegender Folge des Schulungsbriefes auf Seite 62 bringen, zeigt, welche Kampferlebnisse das besondere Merkmal dieser Schilderung sind. Die Art der Darstellung berechtigt, das

Werk nicht nur für die Männer zu empfehlen, die selber einen ähnlichen Weg aus dem politischen Chaos zum neuen Reich gegangen sind, sondern es auch für die heranwachsende Generation als packenden Erlebnisbericht eines Mitgelebten der Bewegung wirken zu lassen.

### Zu unteren Aufsätzen

Es handelt sich im Haurtauszug des vorliegenden Heftes vornehmlich um für den Schulungsbrief besonders bearbeitete Teile des „Staatshandbuch des Volksgenossen" von Dr. F. K. Leistner (m. E. des Wirtschaftsverlags A. Eubau, Berlin-Südende), in Leinen gebunden: 6,- RM., in Halbleber 8,- RM. Es umfaßt 976 Seiten und 8 Beischichtarten.

Der Auszug „Familie und Staat", Seite 45, ist aus „Deutscher Volksharakter", v. W. H. Riehl, Auswahl von Wilhelm Riehl, Eugen Dieckmann Verlag, Jena, Deutsche Reihe, Bd. Nr. 12.

Sowohl das Lied auf Seite 42 der vorliegenden Folge „Man laßt die Fahnen fliegen" als auch das Lied im Dezember-Heft, Seite 458, „Hoch Nacht der klaren Sterne", stammen von Hans Baumann und wurden mit Erlaubnis des Ludwig Woggenreiter Verlags, Potsdam, aus der Niederfassung „Hoch auf, Kamerad" von Hans Baumann entnommen. Seitenzahl 91; Preis geb. 1,95 RM., kart. 1,50 RM.

Das Lied „Heilig Vaterland" von Heinrich Spitta in der Januar-Folge, Seite 2, entstammt der Kantate „Deutsches Vaterland", Verlag C. F. Peters, Leipzig. Preis 9,- RM.

Die Abbildungen auf Umschlagseite 4 und den Seiten 48, 51, 57 und 64 sind Illustrationen aus „Der Richter und die Rechtspflege in der deutschen Vergangenheit" von Franz Heinemann (zweite Auflage, 9.-18. Tausend) mit 159 Abbildungen. Preis geb. 4,50 RM., br. 3,50 RM. Eugen Dieckmann Verlag, Jena, 1924.

Die Darstellung auf Seite 50 stammt aus dem Buchdruck „Mori Petrus, Erben des Meissas, Erlangen 1477" und wurde von und entnommen aus dem Werk Wilhelm Brau, „Antisemitismus im späten Mittelalter"; Preis 7,50 RM. in Leinen, Verlag von Duncker und Humblot, München und Leipzig, 1934; 380 Seiten.

Die Skizzen auf den Seiten 52, 53, 56, 59 und 76 sind aus „Geopolitischer Geschichtsatlas", herausgegeben von Dr. Franz Braun und A. Hilgen, Ziegfeld, Ausgabe in einfarbigem Druck, 269 Karten auf 116 Tafeln, auf 64 Seiten (zweite, verbesserte und vermehrte Auflage); Preis 6,40 RM. Verlag von F. Ehlertmann, Dresden, 1934.

Die Karten auf den Seiten 28, 34, 63, 74 und 77 sind Neubearbeitungen für den Schulungsbrief, nach farbigen Vorlagen aus „Hanns Meier Deutscher Geographischer und Kulturatlas". Herausgegeben von Dr. Fr. Eberhardt; Preis gebunden 3,95 RM.; 90 Seiten. Verlagsanstalt Visk & von Wessendorf, Leipzig, 1937 (West-Nr. 324).

Die nächste Folge des Reichsschulungsbriefes behandelt: „Das Gewaltdiktat von Versailles".

### Auflage der Januar-Folge über 2,5 Millionen

Stachtdruck, auch auszugeweise, nur mit Genehmigung des Verlages und der Schriftleitung. Herausgeber: Der Reichsorganisationsleiter — Hauptschulungsamt, Hauptschriftleiter und verantwortlich für den Gesamtinhalt: Reichsorganisationsleiter Hans H. Womersley, WDR., Berlin W 15, Großadmiral-Prinz-Heinrich-Straße 52, Fernruf: 22 55 63; verantwortlich für die amtlichen Bekanntmachungen: Hauptorganisationsamt der NSDAP., München, Verlag Franz Eber Riehl, Koch, Jocheniederlassung Berlin SW 68, Zimmerstraße 87-81 (Zentralverlag der NSDAP.), Fernruf: 11 90 22; Druck: M. Müller & Sohn R.G., Berlin SW 19.



# Der ewige Jude

2. Auflage

(51. – 100. Tausend)

205 Bilddokumente, gesammelt von Dr. HANS DIEBOW

Zum ersten Male findet man hier in eindrucksvollen Aufnahmen der unbestechlichen Kamera und in packenden, sorgfältig zusammengestellten Texten ein Gesamtbild des Weltjudentums, wie es in dieser plastischen Eindringlichkeit bisher noch nicht vorlag. Auch dem Kenner der Judenfrage bietet fast jede Seite Neues. Die Juden, die in Politik, Wirtschaft und Wissenschaft in der vergangenen Zeit groß geworden sind, die Hochfinanz, Sittenfäulnis und Tendenzlüge als „Kunst“ bezeichneten, die als Schieber, Verbrecher, Mädchenhändler und Rasseschänder ihrem Vernichtungstrieb lebten und jetzt als bolschewistische Agitatoren und Deutschenhasser sich in Zügellosigkeit ausleben — sie alle sind in diesem Buch im Bild an den Pranger gestellt.

Das Buch kostet kartoniert 1,— RM. • Umfang 128 Seiten

Rb 100 Exemplare . . . . . RM. 0,95  
Rb 500 Exemplare . . . . . RM. 0,90

Rb 1000 Exemplare . . . . . RM. 0,85  
Rb 10000 Exemplare . . . . . RM. 0,70

## Männer um den Papst



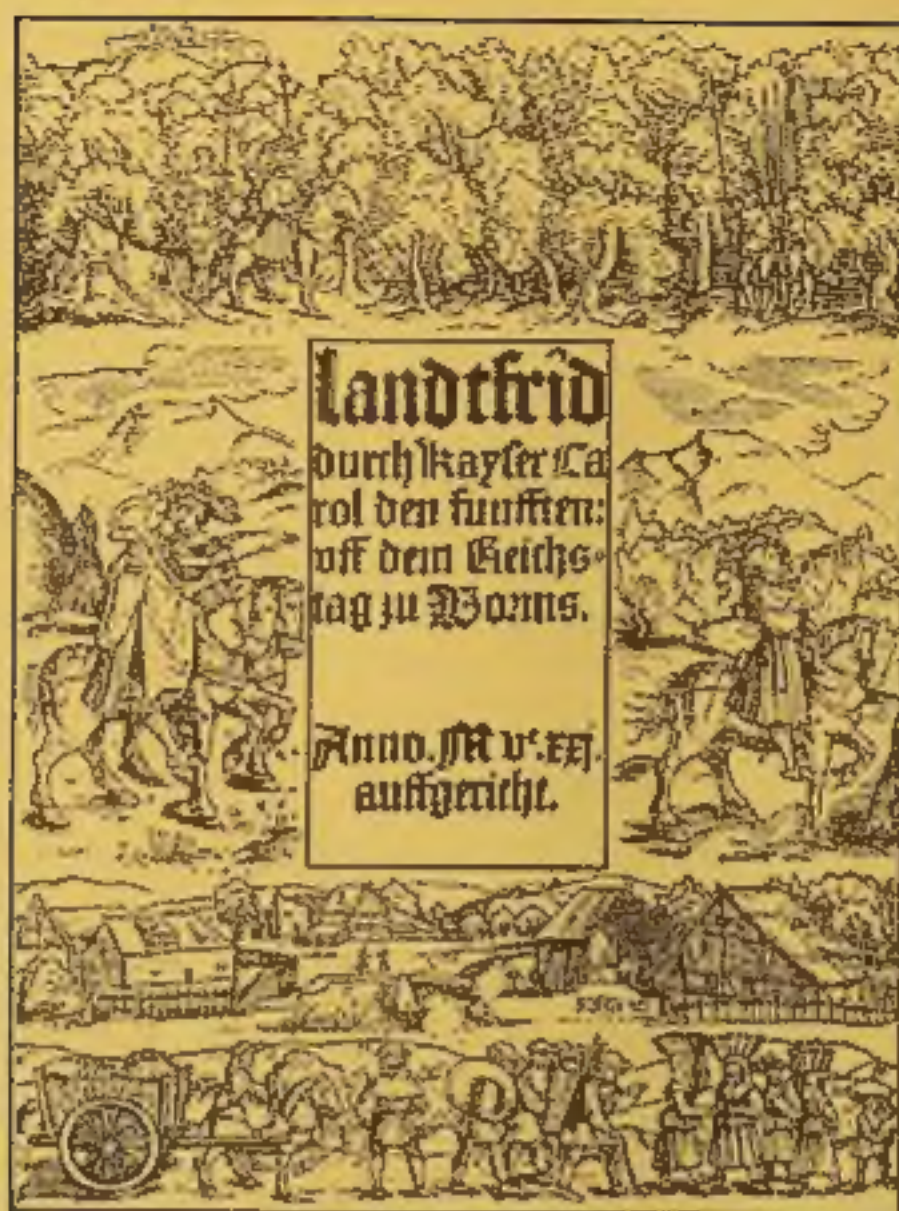
Die genaue Kenntnis des politisierenden Vatikanstaates, seines Aufbaues, seiner Methoden und der geistigen Haltung der Männer, die ihn vertreten, ist eine der vordringendsten Forderungen, die an jeden gestellt werden müssen.

Die durchschlagende Auffanfolge des „Angriff“ geben wir in einer Broschüre heraus.

Umfang etwa 40 Seiten, mit etwa 14 Bildern / Preis etwa 30 Pf.

Zu beziehen durch alle Buchhandlungen  
und durch den Zentralverlag der NSDAP, Franz Eher Nachf. G.m.b.H., Berlin SW 68, Zimmerstraße 87-91





**Titelseite: Zeichnung Hans Schürmer, Berlin**

Oben: Titelblatt der Verkündigung eines Landfriedens unter Karl V.  
Die Landfrieden waren die letzten Ordnungsversuche des Ersten Reiches





Offens geworden. Um sie zu verstehen, muß man die Vorgänge und Äußerungen aus der Zeit des jüdischen Triumphes kennen. Diese habe ich 1921 in vorliegender Schrift dargestellt. Ich glaube, daß sie gerade heute wieder eine

bedeutungsvolle Aufgabe stellt, um die multipolitisches Indentum, im besonderen weil früher niemand sich der Stimmen des Triumphes der Auch das, was damals gegen geschrieben wurde, darf niemals muß einst übergeben in die Erziehungsarbeit der ganzen ng."

es Reichleiters brauchen wir beifügen. Es soll daher nur daß gerade für die politische ung die 16 Abbildungen dieses besonders notwendig sind, um in Folgerungen verfallen zu o weltanschauliche Unerbittlich- Kampf, der „auf Viegen und immer noch klarer erkennen

gagnewitsch"

lag, Reichshauptstadt Breslau,

er die Regierungsmethoden der s Erleben und aus jeder Seite außerordentlich packender Dar- t, wie bereits in einem anderen am Tod vorbet" ....) zu ver- erd gereigt, daß die Bezeichnung e Phrase, sondern ein sehr griff ist, der sich gerade in den en Familie Kaganowitsch

erl. Lajar Moses Kaganowitsch er, des Moses Bruder Jelech roten Blutaren, weitere Ge- mit unheimlicher Ziellichkeit roten Regierungsmaschine, n Politel erkannt zu werden. Spannungen unter den Juden leuchtet.

it über die Innenskultur des kann das mit Hilfe dieses lich wirkungsvollen und gleich- en Weise. Das Buch wird len.

erttaufend"

M. kartiert, 3,70 RM. ge-

, G. m. b. H., München, 1938.

en ersten 1000 Nationalisier- rungen aus dem schweren und weit wiedergibt. Parteigenosse s Redner der Komplexität wie ersten NS-Organen vor der auch nach 1933 als Reichs- gemacht, der diesem Erlebnis- Auszug, den wir in vorliegen- dieses auf Seite 82 bringen, das besondere Merkmal dieser der Darstellung berechtigt, das

Folge über 2,5 Millionen

aus mit Genehmigung des Verlags und der Schriftleitung. Herausgeber: Der Reichsorganisa- tionsleiter — Hauptabteilungsamt, Hauptchriftleiter und verantwortlich für den Gesamtinhalt: Reichsamtseiler Franz H. Wommers, 2002, Berlin 35, Großadmiral-Prinz-Friedrich-Straße 12, Fernruf: 23 55; verantwortlich für die amtlichen Bekanntmachungen: Hauptorganisationsamt der NSDAP, München, Verlag Franz Eber Nachf. GmbH, Ansigniederlassung Berlin 23 05, Zimmer- 17-21 (Zentralverlag der NSDAP), Fernruf: 11 00 22; Druck: M. Müller & Sohn A.G., Berlin 67 12.

Werk nicht nur für die Männer zu empfehlen, die selber einen ähnlichen Weg aus dem politischen Chaos zum neuen Reich gegangen sind, sondern es auch für die heranwachsende Generation als packenden Erlebnisbericht eines Mitgelebten der Bewegung wirken zu lassen.

### Zu unseren Aufsätzen

Es handelt sich im Hauptauszug des vorliegenden Heftes vornehmlich um für den Schulungsbrief besonders bearbeitete Teile des „Staatshandbuch des Volksgenos- sen“ von Dr. H. K. Leisler (in E. des Wirt- schaftsverlags A. Sudau, Berlin-Süd- ende), in Feinen gebunden: 6,- RM., in Halbleder 8,- RM. Es umfasst 976 Seiten und 8 Geschichtsbilder.

Der Auszug „Familie und Staat“, Seite 45, ist aus „Deutscher Volksharakter“, v. M. H. Niehl, Auswahl von Wilhelm Rohle, Eugen Diebe- richs Verlag, Jena, Deutsche Reihe, Bd. Nr. 12.

Sowohl das Lied auf Seite 42 der vorliegenden Folge „Nun laßt die Fahnen fliegen“ als auch das Lied im Dezember-Heft, Seite 458, „Hohe Nacht der klaren Sterne“, stammen von Hans Baumann und wurden mit Erlaubnis des Ludwig Woggenrei- ter Verlags, Potsdam, aus der Liederammlung „Horch auf, Kamerad“ von Hans Baumann entnommen. Seitenzahl 91; Preis geb. 1,95 RM., kart. 1,50 RM.

Das Lied „Heilig Vaterland“ von Heinrich Spitta in der Januar-Folge, Seite 2, entstammt der Kantate „Deutsches Gelassenheit“, Verlag E. F. Peters, Leipzig. Preis 9,- RM.

Die Abbildungen auf Umschlagseite 4 und den Seiten 48, 51, 57 und 64 sind Illustrationen aus „Der Richter und die Rechtspflege in der deutschen Ver- gangenheit“ von Franz Heinemann (zweite Auflage, 9.-18. Tausend) mit 159 Abbildungen. Preis geb. 4,50 RM., br. 3,50 RM. Eugen Diederichs Verlag, Jena, 1924.

Die Darstellung auf Seite 50 stammt aus dem In- kunabeldruck „Migri Petrus, Stern des Messias, Erlangen 1477“ und wurde von uns entnommen aus dem Werk: Wilhelm Brau, „Antisemitismus im spä- ren Mittelalter“, Preis 7,50 RM. in Feinen. Verlag von Duncker und Humblot, München und Leipzig, 1934; 380 Seiten.

Die Stichen auf den Seiten 52, 53, 56, 59 und 76 sind aus „Gesopolitische Geschichtsalbum“, her- ausgegeben von Dr. Franz Braun und A. Hillen, Siegfried, Ausgabe in einfarbigem Druck, 269 Karten auf 116 Tafeln, auf 64 Seiten (zweite, verbesserte und vermehrte Auflage); Preis 6,40 RM. Verlag von F. Ehlermann, Dresden, 1934.

Die Karten auf den Seiten 28, 34, 63, 74 und 77 sind Neubearbeitungen für den Schulungsbrief, nach farbigen Vorlagen aus „Hanns Meier Deutscher Ge- schichts- und Kulturatlas“. Herausgegeben von Dr. Fr. Eberhardt; Preis gebunden 3,95 RM.; 90 Seiten. Verlagsanstalt List & von Breiten- borch, Leipzig, 1937 (Verf.-Nr. 324).

Die nächste Folge der Reichsschulungsbriefe behandelt: „Das Gewaltdiktat von Versailles“.